

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Eine illustre Gesellschaft

Katja Niederkirchner ist eine Heldin des deutschen Widerstandes. Als die Hitlerfaschisten die Sowjetunion überfielen, befand sich die Tochter von Michael Niederkirchner, Mitglied des Thälmannschen ZK der KPD, in Moskau. Die junge Kommunistin drängte es an die Front. Doch ihr Auftrag war noch gefährlicher. Hinter den Nazi-Linien sprang sie ab, fiel auf dem Weg ans illegale Ziel in die Hände der Gestapo, wurde brutal gefoltert und gab nur ihren Namen preis. Dann brachte man sie nach Ravensbrück. Dort wurde sie ermordet. Ihr Gegenstück – Elsa (Erna) Dorn. Sie war KZ-Aufseherin in Ravensbrück. Nach dem Krieg verurteilte sie ein sowjetisches Tribunal zu lebenslanger Haft. Ihr Schicksal schien besiegelt. Als jedoch konterrevolutionäre Kräfte – vom RIAS instruiert, von westlichen Geheimdiensten gesteuert und auf der Woge der Unzufriedenheit breiter Bevölkerungsschichten reitend – am 17. Juni 1953 losschlugen, um den gerade erst begonnenen Aufbau des Sozialismus zu beenden und die Kapitalisten wieder an die Macht zu putschen, wurde Elsa Dorn „befreit“. Sie besaß „Erfahrungen“. So schob man sie an die Spitze eines Hallenser „Bürgerkomitees“, das den Terror gegen staats-treue DDR-Bürger organisierte. Nach Verhängung des Ausnahmezustandes dingfest gemacht, wurde sie zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Die DDR nannte Straßen und Plätze, Schulen und Betriebe nach Frauen und Männern wie Katja und Michael Niederkirchner. Sie ehrte die Helden des antifaschistischen Widerstandes und die Vorkämpfer der Arbeiterbewegung. Als die 1953 gescheiterte Bourgeoisie mehr als dreieinhalb Jahrzehnte später durch eine nunmehr erfolgreiche Konterrevolution auch bei uns wieder ans Ruder gelangte, begann die Ära der Bilder- und Schilderstürmerei. Lenins Denkmal fiel als erstes – ihn hätten sie am meisten, weil er die proletarische Revolution nicht nur gedacht, sondern auch gemacht hatte. Doch zunächst wagten sie sich an die Namen der im Kampf gefallenen deutschen Antifaschisten nur zögerlich heran. Der Katja Niederkirchners wurde erst später ins Visier genommen. Elsa Dorn – nun eine Galionsfigur der neuen Herren – war vorerst tabu. Als KZ-Aufseherin eignete sie sich nicht zur Märtyrerin.

Aber inzwischen ist auch die fanatische Faschistin eine antistalinistische „Größe“. Werden bald eine Straße oder ein Platz nach ihr heißen? Das jedenfalls schwebt offenbar einer illustren Gesellschaft vor, die sich lange vor dem „50. Jahrestag des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953“ konsti-

tuert hat. Umbenennungen täten not, verkündete sie. „Akteure des 17. Juni“ müßten Berücksichtigung finden. Nicht wenige von denen hätten „ihren Mut mit dem Leben bezahlt“. Der Nachholbedarf sei gewaltig. Vorläufig trage leider „nur in Jena eine Straße den Namen des von einem sowjetischen Standgericht erschossenen Alfred Diener“.

Und was wird mit Elsa Dorn? Wäre es nicht an der Zeit, den Namen Katja Niederkirchners durch den ihren zu ersetzen? Schließlich sei der 17. Juni 1953 „eine gescheiterte Revolution“ gewesen und stehe „in der Tradition von 1848 und 1918/19“, erklärte das Gremium der Umbenennungsversessenen. Im Osten gebe es ohnehin viel zu viele Namen, „die den Kommunismus und die SED-Geschichte ehren“. Da bestehe „ein krasses Mißverhältnis“. Bruno Baum, der im KZ Auschwitz zur illegalen Leitung gehörte, sei z. B. völlig obsolet. Auch der bekannte Komponist Ernst Hermann Meyer habe auf einem deutschen Straßenschild nichts mehr zu suchen.

Die Unterzeichner der obszönen Erklärung „17. Juni – Orte des Erinnerns“ bilden Bundesdeutschlands politische Creme de la Creme! Die in der DDR zum Promovieren gezwungene Familienministerin Christine Bergmann und Marianne Birthler, Bundesbeauftragte zur Dämonisierung des MfS, rangieren an erster und zweiter Stelle. Rainer Eppelmann, den die Presse als CIA-nah einstufte, und der stets griffbereite Günther Emmerlich sind ebenso mit an Bord wie ein Rudel von Bürgerrechtlern auf Lebenszeit. Natürlich dürfen Erich Loest und Hans-Dietrich Genscher bei der Posse nicht fehlen.

Doch gemacht – es kommt ja noch viel besser. Denn auch die PDS-Spitze hat sich nicht lumpen lassen und ist in Birthlers Kommission würdig repräsentiert. Sie entsandte Ex-Kulturminister Dietmar Keller, der ohnehin schon tief genug gesunken ist, und den Berliner Kultursenator Thomas Flierl. Beide wollen den Dichter Louis Fünberg und den Musiker Ernst Hermann Meyer aus dem Straßenbild verbannt sehen. Auf „sensible“ Art, versteht sich. So heißt es jedenfalls in der Erklärung.

Für das Privileg, an einer Koalition mit der SPD höchstpersönlich teilzuhaben, ist Herr Flierl offenbar auch zu einem Pakt mit dem Teufel bereit. Oder mit dem Schatten von Elsa Dorn.

Von Gisela Karau im ND zur Rede gestellt, hat sich der Senator ins Dementi geflüchtet. Was aber ist schon das Dementi eines Mannes wert, der seine Seele verkauft hat?

Klaus Steiniger



INHALT

Zur PDS-Polemik	S. 2
Die Glaubwürdigkeitslücke	S. 3
Aus meiner Sicht	S. 4
Grunerts politischer Suizid	S. 5
Scharf daneben ist auch vorbei	S. 6
Defizite eines Bildungsmaterials	S. 7
Die Sowjets als Machtorgane	S. 8
Abwehrkräfte klärten auf	S. 9
„RotFuchs“ an der Saale	S. 9
Mit offenen Karten	S. 9
Ungeliebtes Plebiszit	S. 10
Neuendorfer Wick in Gefahr	S. 10
Die FAZ kommt zur Sache	S. 11
Die Telekomdiade	S. 11
Der Enkel will 'ne Taube	S. 12
Die neuen Bellizisten	S. 13
Wäre Stoiber ein deutscher Berlusconi?	S. 14
Von Schutzwällen zu Kriegszäunen	S. 15
Freiheit für Ahmed Sa'adat und Marwan Barghout!	S. 15
Die Mär vom „Prager Frühling“	S. 16
Das Neueste aus Afghanistan	S. 17
Der Altonaer Blutsonntag	S. 18
Ein irischer Sozialist	S. 18
Tschechien: Der eigentliche Sieger	S. 19
Portugal: PCP-Nationalkonferenz	S. 19
Drei Parteitage in Kiew	S. 20
Informationsgespräch mit Gast aus Sidney	S. 20
Für eine kommunistische Renaissance der FKP	S. 21
Warum Tibet zu China gehört	S. 22
Haltet den Dieb!	S. 23
An der Seite der Helden Kubas	S. 23
Generalstreik in Spanien	S. 23
¡Presente!	S. 24
Leserbriefe	S. 25
Termine & Anzeigen	S. 28

Bemühen um eine ausgewogene Betrachtungsweise

Zur PDS-Polemik

Zu der im „RotFuchs“ kontinuierlich behandelten Thematik gehört die Politik der PDS. Daß dabei Polemik den Grundtenor bestimmt, ist nicht redaktionellem „Sektierertum“ zuzuschreiben. Was kritische Bewertung unumgänglich machte und macht, ist jener „Wandlungsprozeß“, der diese Partei von sozialistischen Positionen wegführt, hin zur systemkompatiblen Anpassung an die „Gegebenheiten“ der imperialistischen Bundesrepublik. Im Lichte eines möglichen neuen Schubes nach rechts im Herbst – der realen Gefahr eines Stoiber-Wahlsiegs – sollte überlegt werden, wie die Polemik mit nichtkommunistischen, nichtmarxistischen, nichtrevolutionären, aber antifaschistisch-demokratischen Kräften zu führen ist. Mit dem nachstehenden Beitrag von **Dr. Hans Joachim** will „RotFuchs“ seine Leser anregen, sich zu dieser wichtigen Problematik zu äußern.

Der Ausgangspunkt. Für einen großen Teil der PDS-Klientel sind die „Demokratischen Sozialisten“ derzeit noch die einzig wählbare Partei, weil sie bisher gegen die NATO-Kriegseinsätze votierte, als „Ostpartei“ Interessen und Gefühle DDR-verbundener Menschen – trotz der antikommunistisch ausgerichteten „Aufarbeitung“ der DDR-Geschichte durch die Führung – entsprach und als Sammelbecken für Proteste gegen die Folgen der Rekapitalisierung in der annektierten DDR diente. Die dabei entstandene gefühlsbetonte und großenteils unkritische Treue zur PDS, bei der auch der politische Positionswechsel einstiger DDR-Bürger – einschließlich ehemaliger SED-Mitglieder – ins Gewicht fällt, kann und wird nur durch eigenes Erleben und Erkennen jener Zwiespältigkeit, der Anpassung an Normen und Denkweisen der kapitalistischen Gesellschaft oder des geringen Einflusses der Partei in Regierungskoalitionen erschüttert werden. Diese Gefahr ist für die PDS heraufgezogen. Gewinne Enttäuschung über sie die Oberhand, würde das bei vielen Mitgliedern und Wählern Ratlosigkeit (welche andere Partei ist noch wählbar und zugleich chancenreich?), Abwanderung zur Gruppe der politisch nicht mehr Parteigegebenen, der Nichtwähler oder gar ins Lager der rechten antikapitalistischen Demagogen zur Folge haben. Die marxistischen Kräfte müssen einen politisch-ideologischen Dauerbeschuß der PDS von links vermeiden, indem sie Lehren aus dem Stil der Auseinandersetzung der KPD mit der SPD in der Weimarer Republik ziehen.

Was ist die PDS heute für eine Partei? Sie ist eine kleinbürgerlich-intellektuelle Reformpartei mit demokratischer Ausrichtung. Auch das sozialistische Element in ihrer Programmatik wird von diesem Habitus geprägt. Es ist bezüglich des Weges zu antikapitalistischen Umgestaltungen illusionär, soll aber die DDR-verbundenen Mitglieder und andere linke Klientel, solange diese noch in der Partei und in der Wählergruppe stark vertreten sind, binden oder für den Fall einer unerwarteten Entwicklung in der kapitalistischen Niedergangsgesellschaft eine sozialistische Option bewahren. Aktuelle Bedeutung für die Handlungsweise der Parteiführung besitzt diese Option nicht, wie stark oder schwach sie in der Programmatik auch auftaucht.

War diese Entwicklung der PDS Ausdruck für Anpassungszwänge oder gewollt? Gysi, die Bries, Bartsch und andere haben die Entwicklung von Anfang an so gewollt, um die PDS koalitionsfähig zu machen, speziell für die SPD, und sogar kompatibel mit ihr zu werden bis hin zu einer Vereinigungsoption. Zugleich drückte die Parteientwicklung eben die kleinbürgerlich-intellektuelle Position ihrer Führung aus. Solange Oskar Lafontaine an der Spitze der SPD stand, war der Kurs der PDS-Führung sogar mit einer Erfolgchance versehen. Die Überlegungen von Lafontaine und Gysi zu einer späteren Vereinigung hatten offenbar schon Konturen angenommen. Mit dem vom Großkapital betriebenen und erreichten raschen Ende Lafontaines als Finanzminister der Regierung Schröder und als Parteivorsitzender – nur scheinbar ein freiwilliges Abtreten –, änderte sich die Situation jäh. Der linke Flügel der SPD verlor mit dem Ausbooten seines Anführers an Bedeutung; der rechte Flügelmann Schröder, Genosse der Bosse und dementsprechend neudeutscher Großmachtpolitiker, bekam das alleinige Sagen.

Welche Schuld hat die PDS auf sich geladen? Der Erfolgskurs der PDS bei Wahlen ging zunächst – scheinbar unberührt von dem Umschwung in der SPD und dem Rechtsdrill in der Bundesrepublik Deutschland – weiter und ließ sogar den einen oder anderen PDS-Spitzenmann übermütig und laut über die Möglichkeit einer Regierungsbeteiligung auf Bundesebene nachdenken. In Wirklichkeit begann die Chance für einen dauerhaften Erfolg der bisherigen politischen Strategie zu sinken.

Was als eine erfolgreiche Entwicklung der PDS, ihrer wachsenden deutschlandweiten Akzeptanz bezeichnet und gefeiert wurde, war allerdings mit einem Verrat an der revolutionären Tradition und der 40jährigen Geschichte einer nichtkapitalistischen Gesellschaft in Deutschland, an den Menschen, die sie aufgebaut und getragen hatten, erkaufte worden. Diese 40 Jahre waren durchaus einer gründlichen Kritik zu unterziehen. Was aber die PDS-Führung betrieb, war ein systematisches Zerstören von antikapitalistischem, sozialistischem Bewußtsein, was sich in der Forderung an die Mitglieder ausdrückte, „in der BRD anzukommen“, weil sie die Modernerepräsentiere. Die PDS-Führung hat etwas vollbracht, was niemand in der alten Bundesrepublik hätte bewerkstelligen können: das Zerstören des sozialistischen Bewußtseins gerade in DDR-tragenden Schichten und seine Ersetzung durch ein diffuses Schuldbewußtsein.

Wenn sich heute die PDS als regierungsfähig bezeichnet, wird eines vergessen: Regierungsfähig ist nicht schon, wer gute und realistische Programme in der Tasche hat, sondern erst derjenige, der auch das notwendige Durchsetzungsvermögen besitzt. Und das wiederum hängt vom jeweiligen Rückhalt ab. CDU und CSU, die FDP haben die Wirtschaftsverbände hinter sich. Gleiches gilt heute auch für eine nach rechts gesteuerte SPD, die sich außerdem noch auf die Gewerkschaften stützen kann. Und die PDS? Sie müßte, zumal als kleinerer Koalitionspartner in Regierungen, eine außerparlamentarische Kraft im Rücken ha-

ben, mit dieser Druck machen können. Erst dann wäre wirkliche Regierungsfähigkeit erreicht. Bisher ist die PDS sowohl in der Regierung als auch parlamentarisch kraftlos. **Ist also die Rechnung aufgegangen? Hat sich der Kurs bewährt?** Nachdem die Versuche der etablierten Parteien, die PDS durch fortlaufende Diffamierung zu isolieren, fehlgeschlagen waren, nachdem sich das alte Parteiensystem durch die Finanz-Korruptionsaffären, erst der CDU, inzwischen auch der SPD, als funktionsgestört erwies und die FDP für längere Zeit an der 5-Prozent-Hürde hängenblieb – die Grünen hatten unterdessen ihre Systemanpassung weitgehend abgeschlossen und damit ihre politische Sprengkraft eingebüßt –, herrschte bei den Führern der bürgerlichen Parteien zunächst eine gewisse Unsicherheit hinsichtlich des künftigen Umgangs mit der PDS, die bei der SPD durch regionale koalitionspolitische Zwänge gesteuert wurde. Einige Landesverbände machten aus der Not eine Tugend und nahmen die PDS mit in ihr Regierungsfahrzeug. Zur Beschwichtigung konservativer Mitglieder und Wähler diente das Argument: „Soll sich die PDS doch mal beweisen. Regierungsverantwortung wird zur Demaskierung ihres Populismus führen.“ Letztere Erwartung ist nicht von der Hand zu weisen. Aber nun hat sich die Situation wieder gewandelt. Das hängt zusammen mit dem Ausprägen der deutschen Großmachtpolitik, dem innenpolitischen Rechtsdrill, der Tatsache, daß die CDU wieder festeren Tritt gefaßt hat, und ersten Erfolgen der FDP bei ihrer Come-back-Politik. Mit all dem hat sich in der BRD der Wille gefestigt, nach Möglichkeit die alte bewährte Parteienlandschaft aus CDU/CSU, SPD und FDP zu rekonstruieren. Und damit – auch auf Länderebene – zum ursprünglichen regierungspolitischen Dreierspiel zurückzukehren. Außerdem braucht dieses System einen politischen Feind im Land, einen großen roten Buhmann. Daran ist es gewöhnt, ohne einen solchen funktioniert es nicht. Als der große Buhmann kommt aber nur die PDS in Frage, und agierte sie noch so artig, denn die DKP besitzt zu wenig Wahlvolk.

Das bedeutet, daß der PDS der Wind fortan wohl wieder schärfer ins Gesicht blasen und ihre Chance sinken wird, auf Länderebene mitregieren zu dürfen. So wanken zwei Pfeiler des PDS-Konzepts. 1. Dem Wunschpartner SPD, der im deutschen Kriegs- und Großmachtlager heimisch geworden ist, konnte die PDS mit Rücksicht auf ihre Klientel dorthin (noch?) nicht folgen. Und ewig läßt sich das schöne Argument nicht strapazieren: „Wir koalieren mit der SPD ja nur auf Länderebene, und dort ist sie noch etwas Besseres ...“ 2. Ein großartiges weiteres Wachsen der Akzeptanz der PDS als demokratische und regierungsfähige Partei wird von den ökonomisch und politisch Herrschenden kaum noch geduldet werden.

Summa summarum: Es ist an der Zeit, diese und andere Fragen bisheriger und künftiger PDS-Politik sachlich zu erörtern. Besonders angesichts der von rechts drohenden Gefahr muß die marxistische Kritik an ihr prinzipiell, differenziert und ausgewogen sein.

Was zwischen Anspruch und Wirklichkeit klafft

Die Glaubwürdigkeitslücke

Galt für PDS-Spitzenleute unlängst noch ein Ergebnis ihrer Partei von 8 % plus bei der Bundestagswahl als sichere Bank, äußern sie sich nun eher als Bedenkenträger. Besorgter Grundtenor auf der Bundeswahlkonferenz in Halle: Ein Wiedereinzug in das Haus unter der Reichstagskuppel, so Parteichefin Zimmer wie auch Dr. Gysi, könne nur gelingen, „wenn wir wirklich kämpfen“; eine Selbstverständlichkeit sei er keineswegs.

Parteiahe Kommentatoren sehen die Ursache solcher Töne in für die PDS ungünstigen Ergebnissen diverser Meinungsumfragen sowie darin, „daß es in der Wählerschaft eine nicht zu übersehende Unzufriedenheit mit der PDS-Politik gibt“ (ND 27. 5.). Auch an der Parteibasis wird Unmut vernehmbarer. Ein Indiz dafür ist die Gründung eines Netzwerkes „Linke Opposition in und bei der PDS“ mit Rainer Rupp, Prof. Ekkehard Lieberam, Konstantin Brandt, Friedrich Wolff, Detlef Joseph, Herbert Münchow, Andreas Krämer u. a. Die Kernaussagen, mit denen die PDS um Wählerstimmen wirbt, können nicht Grund für derartige Signale sein. Durch Zusicherungen, im künftigen Bundestag als Oppositionspartei wirken, konsequente Friedenspartei bleiben und an der Seite derer, „die da unten, ganz unten sind“ (G. Zimmer), für soziale Gerechtigkeit kämpfen zu wollen, bietet die PDS eine Alternative, die sich durchaus eignet, aus dem Nichtwähler-Potential Teile von enttäuschten Linken und Politikverdrossenen für sich zu mobilisieren.

Wo liegt dann also das Problem?

Unter der Überschrift „Wie kann die PDS Glaubwürdigkeit bewahren?“ fand sich im ND vom 31. 5. eine Antwort. Der gewerkschaftspolitische Sprecher des PDS-Vorstandes Harald Werner und das Mitglied der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus Freke Over warnten vor dem Stolpern „in eine Glaubwürdigkeitslücke, die sie (die PDS) selber geschaffen hat, indem sie Opposition vor allem inszenierte“ statt praktizierte. Gefragt wird, „wo denn der entschlossene gemeinsame Widerstand (ist), der uns unsere Glaubwürdigkeit zurückgeben würde“.

Nun ist politischer Glaubwürdigkeitsverlust kein spezielles PDS-Problem. Genährt von Skandalen, Korruptionsaffären und gebrochenen Versprechungen trifft er die anderen etablierten Parteien viel stärker. Aber wieso wird er nun auch zum Stolperstein einer bisher von politischen Skandalen unbelasteten Partei wie der PDS? So zu fragen heißt zu prüfen, wieviel Verlässlichkeit den Wahlkampf-Kernaussagen der PDS beigemessen werden kann. Prüfen wir die einzelnen Posten.

Daß die PDS im künftigen Bundestag Oppositionspartei bliebe, ist ziemlich glaubhaft. Nicht bloß, weil sie will – sie muß es, da die SPD als einziger denkbarer Koalitionspartner in ihrem Wahlprogramm ein Zusammengehen mit der PDS nachdrücklich ausschließt. Offenkundig verfrüht waren Träume vom möglichen Einsteigen ins SPD-gesteuerte Regierungsboot, von PDS-Spitzenpolitikern wie Bartsch und Holter vorm öffentlich geträumt. Aber als Ziel sind sie keineswegs aufgegeben. „Mittelfristig“, so G. Zimmer, werde Regierungsbeteiligung im Bund angestrebt. Ausdrücklich ist die Oppositionszusage auf nur eine

Legislaturperiode beschränkt! Und inhaltlich weist sie schon jetzt Abstriche auf. Der vom Bundesgeschäftsführer stammenden Definition, daß man sich in Opposition nicht zur Regierung, sondern lediglich zur Regierungspolitik sehe, dürfte die Funktion eines Türöffners zgedacht sein. Bartsch: Wenn ein Kanzler Stoiber drohe, werde die PDS einen Kanzler Schröder nicht verhindern. Daß dies als Tolerierungs-offerte an Schröder und dessen Partei zu verstehen ist, hat Gysi inzwischen unverblümt per „Leipziger Volkszeitung“ verkündet. Das bedeutet die Quadratur des Kreises: Die Opposition will Steigbügelhalter für den Inhaber der Richtlinienkompetenz einer Politik sein, gegen die zu opponieren sie versprochen hat!

Was die PDS als konsequente Antikriegs- und Friedenspartei angeht, streiten in ihr zwei Richtungen: Die Mitglieder Mehrheit ist um keinen Preis bereit, von dieser Position Abstriche zuzulassen. Das trifft auch auf einen Teil des Führungspersonals zu. Vertreter dieser Tendenz, unter ihnen Sylvia-Yvonne Kaufmann und Wolfgang Gehrcke, wissen um das Risiko des Versuchs, ihrer Partei den Sprung über die Kriegshürde zuzumuten. Daran würde sie zerbrechen. Jene Vorstandsmitglieder jedoch, die diesen Sprung für unumgänglich halten, weil nur durch eine NATO-verträgliche Revision der Friedenspolitik ihrer Partei Regierungseignung auf Bundesebene zu erwerben ist, wollen die PDS „mit langem Anlauf“ auf diese Kompatibilität vorbereiten. So schwadronieren sie, die PDS müsse ihre Friedenspolitik „weiterentwickeln“ (Bartsch) und erfinden Konzeptionen wie André Bries „konkret politischen Pazifismus“, der über „Einzelfallentscheidungen“ schließlich den Boden bereiten soll zu militärischer Gewaltanwendung für „Frieden, der schmerzlich sein wird“ (ND 30. 4.).

Bleibt das zugesagte Engagement für soziale Gerechtigkeit. Mal abgesehen davon, daß unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen dies ein inhaltlich schwammige Anspruch ohnehin pure Utopie ist, erscheint es notwendig, den Herrschenden wenigstens Teilzugeständnisse abzutrotzen, die „denen unten“ das Leben erleichtern. In welchem Maße das gelingt, hängt nicht zuletzt davon ab, ob sich eine Partei der sozialen Gerechtigkeit auf entsprechende außerparlamentarische Kräfte stützen kann. Bislang fehlt es jedoch an einer Massenbewegung, in der die Demokratischen Sozialisten eine maßgebliche Rolle spielen. Der von PDS-Reformern praktizierte Anpassungskurs vermittelt vielmehr den Eindruck, daß sie wenig Wert darauf legen, deren Entstehen zu fördern. Bevorzugt wird statt dessen, mittels Regierungsbeteiligung politische „Gestaltungsmöglichkeiten“ und damit angeblich bessere Chancen für die Durchsetzung „sozialer Gerechtigkeit“ zu erlangen.

In Mecklenburg-Vorpommern und Berlin, wo die PDS mitregieren darf, läßt sich dazu die Probe aufs Exempel machen. Die fällt nicht eben positiv aus.

Nur durch Zustimmung bzw. Stimmenthaltung oder duldende Hinnahme seitens der PDS-Koalitionäre konnten solche unsozialen Gesetze wie Steuerreform, Rentenreform, Datschenregelung und Zuwanderungsgesetz den Bundesrat passieren. Von der vor der Wahl zugesicherten Solidarität

mit den bedrängten Grundstücksnutzern war, als es um das höchst unsoziale Datschengesetz ging, bei der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus nichts mehr zu spüren. Die PDS-Fraktionen in Berlin und Schwerin machten mit ihrer Zustimmung den Weg frei für das nach CDU/CSU-Vorgaben vom SPD-Rechtsaußen Schily maßgeschneiderte inhumane Zuwanderungsgesetz, was – soflüchtlingpolitische Experten der PDS – einer „Revision von Grundsatzpositionen der Partei“ gleichkam. Nachdem das von der CSU kreierte Projekt einer Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe schon bei der Schweriner PDS-Sozialministerin Bunge auf Sympathie gestoßen war, sprach sich inzwischen auch Dr. Gysi dafür aus (ND 12. 4.). Daß übrigens zeitgleich die Chefin der PDS-Landtagsfraktion in M/V, Gramkow, vollmundig erklärte, mit ihrer Partei sei die Verschmelzung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe „nicht zu machen“, hinterläßt den faden Eindruck von Doppelzüngigkeit. Den gewinnt man auch angesichts des von der PDS mit zu verantwortenden Kurses, den der „rot-rote“ Berliner Senat steuert: Mit Verweis darauf, die Hauptstadt gehe am Bettelstab, wird eine rigorose Rotstiftpolitik gerechtfertigt. Die trifft mit voller Wucht gerade jene, denen die PDS soziale Gerechtigkeit verheißt. Medizinische Einrichtungen, Theater und Museen werden finanziell auf Hungerdiät gesetzt. Spürbar kürzte man die Mittel für Kindertagesstätten, von denen die Hälfte an „freie Träger“ verscherbelt werden soll. Zuschüsse für Kinder- und Jugendeinrichtungen werden drastisch reduziert. Berlin erlebt deshalb ständig Protestaktionen gegen den SPD-PDS-Senat. Die Gewerkschaften stehen contra.

Keinen Grund zur Unzufriedenheit haben dafür andere. Das „rot-rote“ Bündnis übernahm per Gesetz bis zum Jahre 2030 die Risiken aus den ruinösen Immobiliengeschäften der hauptstädtischen Bankgesellschaft. Das stellt de facto eine Gewinngarantie für 70 000 Fondsanleger dar, bedeutet aber für über 3 Millionen Berliner sozialen Abbau auf Jahrzehnte. Im selben Atemzug, in dem die PDS-Senatoren die dramatische Umverteilung des Volksvermögens von unten nach oben sanktionierten, fanden sie reichlich Geld, um kapitalkräftige Investoren bei Laune zu halten. Beschlossene Sache sind beispielsweise 4,4 Milliarden Euro für die umstrittene Bebauung des Alexanderplatzes im Manhattan-Stil. Wolkenkratzer in Ostbahnhofnähe sollen folgen. Die als Fördermittel bezeichneten Subventionen fließen in die Taschen in- und ausländischer Baukonzerne. Für soziale Gerechtigkeit sind sie verloren. Dem PDS-Wirtschaftssenator aber bringt das, wie eine Umfrage der „Berliner Zeitung“ bei Unternehmern ergab, eine zunehmende „positive Resonanz“ ein. Er habe „ein Gespür“ für ihre Probleme und sei ein „guter Ansprechpartner“ (ND 23. 4.).

Die eingangs zitierten PDS-Politiker haben da mit ihrer Sorge, es tue sich eine „Glaubwürdigkeitslücke“ auf, wohl nicht so unrecht. So weiß man Gysis pessimistisch klingenden Ausspruch beim ND-Pressfest, er habe „auch keine Probleme mit einer möglichen Niederlage“, durchaus zu deuten.

Wolfgang Clausner

Der Weg eines Arbeiters in der DDR (4)

Aus meiner Sicht

In Plauen war bis zum Spätsommer 1989 von den „revolutionären“ Umtrieben nichts zu spüren. Ende September tauchten plötzlich Flugblätter des „Neuen Forums“ mit der Empfehlung auf, an einer Kundgebung am 7. Oktober teilzunehmen. Die Zettel ließen auf die Störung der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Gründung der DDR schließen.

Der 7. Oktober 1989 war ein häßlicher Tag: wolkenverhangen, farblos, kalt. Kein Wetter für geplante Veranstaltungen im Freien und das Kinderfest auf dem Platz vor dem Theater. Schon in den Morgenstunden patrouillierte ich mit einem Genossen neben anderen durch die Innenstadt. Nichts geschah. Kaum ein Mensch auf den Straßen. Totenstille. Über Mittag war ich zu Hause. Gegen 14.00 Uhr begab ich mich wieder ins Zentrum. Nach und nach versammelten sich immer mehr Menschen auf dem Otto-Grotewohl-Platz, dem Straßenbahnknotenpunkt der Stadt. Vor dem Theater sah ich auffallend dunkel gekleidete junge Leute. Bald darauf schritten zwei oder drei Dutzend in ähnlichem Dress die Bahnhofstraße hinunter. Kurz zuvor war ein Zug aus Richtung Reichenbach angekommen. Sie vereinigten sich mit den „Dunkelmännern“ vor dem Theater. Andere gesellten sich dazu. Es mögen dann etwa 120 Mann gewesen sein. Um 15.00 Uhr begann das Spektakel. Die Akteure skandierten „Freiheit, Gorbi, Freiheit, Gorbi ...“ Die Menge der Zuschauer stand teilnahmslos da und harrte der Dinge, die sich ereignen sollten. Ab und zu legten die Schreihäuse eine kleine Pause ein. Vor dem Rathaus auf der mir gegenüber gelegenen Seite des Platzes versuchten Polizeikräfte vergeblich, die Sprechchorgruppe auseinanderzubringen oder einzukreisen. Auch zwei Löschfahrzeuge der Feuerwehr richteten nichts aus, zumal einem der Wasserwerfer auf halben Wege das Wasser ausging. Die nunmehr erregte Menge begann hämisch zu johlen. Nach dem Rückzug der Feuerwehr strömten die Menschen auf das Rathaus zu, das von Volkspolizisten abgeriegelt war. Aus der Ferne konnte ich Gerangel erkennen. Genaueres war nicht auszumachen.

Von nun an fanden in Plauen jeden Montag Demonstrationen und Kundgebungen statt, auf denen Pfarrer, Künstler und Intellektuelle das Sagen hatten. Auch viele Kolleginnen und Kollegen nahmen daran teil. Sie wollten bekunden: Wir sind das Volk. Einige von ihnen verließen vorzeitig ihren Arbeitsplatz, doch sonst ging „jeder“ weiter seiner gewohnten Tätigkeit nach.

Im Betrieb bildete sich unmittelbar nach dem 7. Oktober eine „Opposition“, die unter der Flagge des „Neuen Forums“ segelte. Sie „beschränkte“ sich auf Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen, verlangte Rechenschaft von der Betriebsleitung und nahm irgendwelche Schuldzuweisungen vor. Und sie erzwang den Auszug der Parteileitung aus ihren Räumen und die Auflösung des Kampfgruppenzuges.

In der Tat gab es bei uns neben neuen, mit modernen Maschinen und sozialen wie sanitären Einrichtungen ausgestatteten Produktionsbereichen auch solche, die man

aus finanziellen Gründen vernachlässigt hatte. Diese Diskrepanz bestand auch in den Wohnverhältnissen der Bürger. Ich habe die Existenz von Resten der Vergangenheit immer wieder mit dem vielen neu Geschaffenen in Industrie, Wohnungsbau, Kultur und Sport, mit der flächendeckenden unentgeltlichen Gesundheitsfürsorge in unserem Land und der sozialen Sicherheit seiner Bürger zu erklären versucht. Andererseits konnte ich verstehen, daß die, die mit solchen Relikten auskommen mußten, nicht mit dem Hinweis vertröstet werden wollten, ihren Kindern und Enkeln werde es besser gehen. Schließlich gab es ja viele, viele andere ihrer Generation, die bereits unter guten Bedingungen leben und arbeiten konnten.

Bei uns wurde ein lebhafter Dialog in Gang gesetzt, ausgelöst durch einen Aufruf der Leitungen in der Betriebszeitung. Eine Woche nach Erscheinungen der Ausgabe lagen mir 51 Zuschriften vor. Viele Vorschläge wurden unterbreitet. Unter den Einsendern befand sich auch eine Gewerkschaftsfunktionärin der unteren Ebene, die ihre Bereitschaft erklärte, im „Plau-gardecho“ mitzuarbeiten. Sie äußerte die Hoffnung, daß sich auch andere Betriebsangehörige so entscheiden würden. Bald kam ein sechsköpfiges Redaktionskollektiv zustande, das sich rasch weiter vergrößerte. Während die anderen neun Betriebszeitungen Plauens verstummten, erschien unser Blatt nach entsprechender Lizenzerteilung durch den Rat des Bezirkes Karl-Marx-Stadt weiter. Ich blieb der Redakteur. Die anfangs mitunter sehr heftigen Auseinandersetzungen zwischen Belegschaft und Leitungen auf anberaumten Aussprachen wichen mit der Zeit dem sachlichen Bemühen um Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen im Betrieb. Fast allen war klar geworden, daß positive Veränderungen nicht auf der Straße, sondern nur durch Arbeit und Engagement aller erreicht werden konnten. Aus diesem Grunde folgten auch nur wenige dem Aufruf des Plauener „Neuen Forums“ zu einem Proteststreik am 6. Dezember 1989. Dieser bestärkte mich in der Meinung, daß die Opposition zu diesem Zeitpunkt gar keine politisch, demokratisch und wirtschaftlich reformierte DDR mehr anstrebte.

Ihre „Bereitschaft“ zu einem konstruktiven Dialog mit den „Machhabern“ konnte ich bei einer vom „Neuen Forum“ geforderten Zusammenkunft mit Vertretern des Rates der Stadt und der Presse erleben. Die Repräsentanten des Staates kamen kaum zu Wort. Immer wieder wurden sie vom Stampfen der Füße, vom Trommeln der Fäuste sowie tierartigen Verständigungslauten des Auditoriums unterbrochen. Gab es keine überzeugenderen Argumente? Zwei von den Stampfern und Trommlern kannte ich – einen ehemaligen Redakteur und eine Lehrerin. Was sollte werden, wenn solche Gestalten ans Ruder kämen? Es ist auch ohne sie so gekommen, wie es ist.

Die letzten Wochen des Jahres 1989 waren im Betrieb von einer zwiespältigen Stimmung belastet. Es bestand zwar noch eine gewisse Abneigung gegenüber den „Obere“, aber zu Anfeindungen ist es nicht

mehr gekommen. Auch mir gegenüber nicht. Als dann im Dezember die SED aufgelöst und die SED-PDS „gegründet“ wurde, legte ich mein Parteiabzeichen ab. Da erst wurde mir bewußt, daß ich zumindest in meiner Produktionsstätte der letzte Genosse gewesen war, der die Nadel noch trug.

Anders verhielten sich übrigens einige Stammesbesucher der Kantine meiner Kleingartensparte, deren Vorsitzender ich war. Männer, mit denen ich noch tags zuvor geknobbelt, Karten gespielt, getrunken und sogar scharfe politische Witze gerissen hatte, attackierten mich plötzlich als „rote Sau“. Was war bloß in sie gefahren?

Sehr betroffen war ich von der Euphorie, die nach der Öffnung der Grenze zu Westberlin und zur BRD ausbrach. Viele Menschen gebärdeten sich wie Verhungerte und strömten nach dem Westen, um sich für 100 oder ein paar Mark mehr zu „verkaufen“. Selbst Säuglinge wurden mitgeschleppt und in überfüllte Züge eingepfercht, um die 100 DM Kopfgeld zu erhalten.

In dieser bewegten Zeit kam es zu Mißtrauensbekundungen gegenüber unserer Betriebsgewerkschaftsleitung. Sie sah sich zum Rücktritt gezwungen. Bei den erforderlichen Neuwahlen leitete ich die Wahlkommission. Im Vorfeld der Abstimmung hatte es Auseinandersetzungen um die Kandidatur ehemaliger Mitglieder der BGL und ihres Vorsitzenden gegeben. Schließlich siegte die Seite, die es unsinnig fand, bewährte Funktionäre ins Abseits zu stellen. Alle Bewerber kamen durch.

Später befaßten wir uns mit der Wahl eines Betriebsrates. Die politischen Entscheidungen für eine Währungsunion zwischen beiden deutschen Staaten liefen auf kapitalistische Verhältnisse hinaus und erforderten eine adäquate Interessenvertretung der Werktätigen. Wieder wurde ich mit der Leitung der Wahl betraut. Meiner Nominierung ging der Besuch einer Abordnung der BGL in einer Geschäftsstelle der westdeutschen IG Textil-Bekleidung voraus. Wir mußten uns „sachkundig“ machen und die Aufgaben von Betriebsrat und Gewerkschaften nach dem Betriebsverfassungsgesetz kennenlernen. Ich brauchte etliche Wochen, um mich durch den Dschungel von Paragraphen, Kapiteln und Klauseln zu schlagen. Die Wahl verlief ohne besondere Vorkommnisse.

Unterdessen nistete sich die Treuhand bei uns ein, um den Betrieb voll auf Marktwirtschaft und Verkauf zu trimmen. Das brachte enorme Veränderungen – Aufbau einer neuen Leitungsstruktur, Bildung eines Aufsichtsrates, Reorganisation des Vertriebssystems, Auf- und Ausbau der Direktbeziehungen zu den Kunden, Abbau von Verwaltungsarbeitsplätzen, Umschulungen und Umsetzungen von Werkträgern – mit sich. Es gab viele Unsicherheiten in bezug auf den Fortbestand des Betriebes, auf seine Konkurrenzfähigkeit, auf die Gestaltung der Außenhandelsbeziehungen und in anderer Hinsicht. Kaum ein Leiter konnte oder wollte sich in dieser unsicheren Zeit zu solchen Problemen äußern.

Siegfried Joch

Von morschen Säulen und mangelnder Standfestigkeit

Grunerts politischer Suizid

Im „Neuen Deutschland“ vom 28. Juni 2002 gab es auf der Debatte-Seite 14 zwei unterschiedliche Wortmeldungen zum Thema „DDR“: Horst Grunert, ein hoher Diplomat und Hochschullehrer des untergegangenen Staates auf der einen, und Friedrich Wolff, ein bekannter Rechtsanwalt und Verteidiger in politischen Strafprozessen, auf der anderen Seitenhälfte. Nach dem ersten Lesen beider Stellungnahmen hat sich mir die vorläufige Kennzeichnung Wolfs als eines Optimisten und Grunerts als eines Pessimisten aufgedrängt. In ihrer Sicht auf die DDR scheinen sie auf ein ähnliches Urteil zu kommen wie zwei Leute beim Blick auf das gern zitierte Glas Wasser: Während es dem einen halb voll scheinen kann, mag es für den anderen halb leer sein.

Doch beim zweiten und gründlicheren Überdenken kamen mir Zweifel. Man kann bei der Bewertung von so komplexen Gebilden wie den Gesellschaftsformationen Sozialismus und Kapitalismus nicht die bei einfacheren Systemen mögliche vergleichende Abwägung ihrer Vor- und Nachteile anstellen. Denn: Sozialismus und Kapitalismus liegen nicht wie Waren im Schaufenster aus, von denen man als schlauer Kunde nach Prüfung der Parameter an Nützlichkeit, der Taxierung ihrer Chancen und Risiken die besser scheinende auswählt und kauft. Dabei habe ich solche Torheit selber miterlebt. 1990, kurz vor den „ersten freien Wahlen“ vom 18. März, wurde mir als Pfarrer von ansonsten gutwilligen und ehrenwerten Gemeindegliedern mit verschmitztem Lächeln gesagt (während ich dabei erlebte): „Na ja, Herr Pastor, jetzt wählen wir erst mal das Geld, und wenn wir das haben, dann reden wir über alles andere!“ Mit „Geld“ war die CDU/„Allianz für Deutschland“ gemeint, mit „alles andere“ die Summe an sozialen und kulturellen Errungenschaften, die sie an der DDR schätzen gelernt hatten, und die sie sich nun für das Linsengericht der harten Währung abkaufen ließen. Sie wußten nicht – und hätten es doch wissen können! –, daß die „Härte“ dieser Währung darin bestehen würde, sie von ihrer Arbeitsstelle, von kostenlosen Kindergartenplatz, von der Nutzung ihres Kulturzentrums zu befreien. Solch eine erneute „Wahl“ des ökonomischen Systems – etwa die Rückentscheidung für die sozialen Errungenschaften – wird ihnen in der „freiheitlich“-kapitalistischen Gesellschaft nicht noch einmal geboten werden.

Während man sich in der DDR für oder gegen Personen zu entscheiden hatte, die den Sozialismus gut oder weniger gut mitgestalten würden, können wir uns in dieser „Ordnung“, die in Wahrheit eine himmelstreichende Unordnung ist, nur zwischen Pest und Cholera entscheiden. Wir dürfen das am 22. September wieder einmal tun.

Wie wir also heutzutage nicht wählen können zwischen einer besseren und einer schlechteren Gesellschaftsvariante (auch wenn uns fast alle Parteien dieser Republik ihre jeweiligen Reklame-Bildchen aufschwätzen wollen), konnten wir es auch damals schon nicht, als wir noch auf einer sozialistischen Eigentumsgrundlage unser Leben gestaltet haben. Auch in der DDR

(für Horst Grunert ein Land, das er weit hinter sich ließ: die „alte DDR“) konnten wir nur etwas für das Vorankommen oder für die Blockade des Sozialismus tun. Tragisch ist es freilich gewesen – und darin muß man Horst Grunert ohne weiteres zustimmen –, daß es trotz SED und DDR möglich war, den Sozialismus mit sozialistischer Phraseologie zu blockieren, während sein Voranbringen manchmal nur durchsetzbar war, wenn man sich in den Geruch brachte, ein „Feind“ zu sein, obwohl man seine Verbesserung im Sinn hatte.

Nun muß allerdings die Frage erlaubt sein, wo denn Horst Grunert in diesem Staatsgefüge gestanden hat. War er nur ein einflußloses Rädchen, wurde er nur „hofiert“ oder „bei Laune gehalten“ als Angehöriger des Proletariats, das nach seiner Kenntnis „nichts zu sagen hatte“? Nein, der Generalkonsul, der UNO-Botschafter und stellvertretende Außenminister Grunert war hoch aufgestiegen in die Entscheidungsebene der „alten DDR“. Auch ist er offensichtlich dem Parteilehrjahr „nicht entkommen“. Vermutlich hat er sogar solche Kurse selber geleitet. Mich würde schon interessieren, ob er dort mit sozialistischem Wortgeklingel dem Sozialismus geschadet hat oder ob er seine Lehrgangsteilnehmer zu „unbequemen Kritikern“ heranzubildete, die von einer „unvernünftigen Sicherheitsdoktrin“ dann zu „Gegnern“ gestempelt wurden. Wie auch immer die Antwort darauf ausfallen mag: Er hat groß Karriere gemacht in diesem System der „morschen und brüchigen Säulen“. Was er jetzt an der „alten DDR“ kritisiert – hat er das damals auch schon getan? Und trotzdem konnte er Stellvertreter des Außenministers und erster Mann in verschiedenen Botschaften werden? Konnte gar ein Lehramt an der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften erlangen, an der unsere staatlichen Leiter herangebildet wurden?

Das biographische Lexikon „Wer war wer in der DDR?“ gibt dem neugierigen Leser auch Auskunft über die Eltern von Grunert. Der bis in höchste Staatsämter der „alten DDR“ gelangte ist der Sohn eines Zimmermanns und einer Köchin gewesen. Allerdings, was sich doch dieser Staat so geleistet hat! Es darf bezweifelt werden, daß der westdeutsche Staat ihn, den Sozialisten Grunert, in diese hohe Stellung hätte gelangen lassen. Als Streiter für das Men-

schenrecht der Proletarier hätte er vielleicht schon unter Adenauer Monate oder Jahre im Knast zubringen dürfen. Und als pädagogisch Ausgebildeter, evtl. mit DKP-Mitgliedschaft, hätte er nicht einmal Grundschullehrer, geschweige denn Professor an einer Politikhochschule werden dürfen.

Aber tatsächlich hat er ja in einem anderen Land seinen Aufstieg gemacht als diesem, das – er weiß es – „keine Gelegenheit (hat) vorbeigehen lassen, uns Schaden zuzufügen.“ Er zählt selbst eine lange Liste an Schäden und Mißständen auf, die eben auch durch solche Einflußnahme zustande kamen: Leerläufe in der Produktion, weil die benötigten Teile auf der Cocom-Liste standen; fehlende Reisemöglichkeiten, weil die BRD eine völkerrechtswidrige Staatsbürgerschaftspolitik betrieb; Verfall der Innenstädte und andere Mangelerscheinungen, die wiederum Folge der illegalen Auswanderung in erheblichen Größenordnungen waren. Allerdings fügt er auch so merkwürdige Beobachtungen an wie die, bei uns habe es „das Abrutschen in die Armeleute-Medizin“ gegeben. (Als Botschafter in den USA über fünf Jahre hinweg ist ihm sicher die dort übliche Reicheleute-Medizin nicht verborgen geblieben: Operationen mit allen Schikanen für betuchte Patienten und das Verrecken in dunklen Hauseingängen von jenen, die keine Dollars besitzen.) Oder der Bauer sei „von der Scholle getrennt“ worden – dem widersprechen die hohe Produktivität und die geradezu vorbildlichen sozio-kulturellen Verhältnisse auf dem Lande, die den westdeutschen eindeutig überlegen waren!

Mir scheint, hier hat sich unser Professor die „teils erfundenen, teils modern aufgepeppten Wortwaffen“ (Friedrich Wolff) der Gegenseite aufschwätzen lassen, der man es nicht „verübeln“ kann (Grunert), uns bekämpft zu haben. Ja, er hat recht, wenn er feststellt, „daß es die andere Seite war, die sich in der Auseinandersetzung behauptet hat“. Aber gerade aus seinen Darlegungen wird ja deutlich, wie er sich der „Definitions macht des politischen Gegners“ (Wolff) bereits unterworfen hat, die erkanntermaßen eine Hauptwaffe in seinem Siegeszug war, der mit dem Untergang der DDR nicht etwa beendet ist, sondern fortgeführt werden soll! Während Wolff Fehlersuche anmahnt, aber uns beschwört, an der Hauptsache festzuhalten, weiß Grunert wohl zahlreiche Vorteile des Sozialismus aufzuzählen, aber redet „mit der Zunge unserer Gegner“ (Wolff) von „übergestülpten Modellen“ und „falsch konstruierten Säulen“, die schnell morsch und brüchig wurden. Für mich bleibt die Frage offen: Waren die Säulen morsch oder waren einige diesen Staat tragende Personen nicht so standfest, wie sie es hätten sein müssen? „Den Kommunismus kann niemand umbringen – außer den Kommunisten“, wird Lenin von Grunert ungeprüft zitiert. Mir scheint, hier hat sich ein Sozialist den politischen Freitod als notwendige Konsequenz unserer Niederlage einreden lassen. Dem Gegner ist jedenfalls nicht zu „verübeln“ (Grunert), wenn ihn das freut.

Peter Franz, evang.-luth. Theologe



Der „Entwurf“ der DKP-Programmkommission atmet wenig marxistischen Geist

Scharf daneben ist auch vorbei

Das Programm einer kommunistischen Partei muß sich auf die Erfahrungen bisheriger sozialistischer Revolutionen, ihrer Erfolge und Niederlagen sowie der bleibenden Ergebnisse stützen. Das Studium des vorliegenden „Entwurfs“ für die künftige Programmatik der DKP erweckt jedoch Zweifel, ob die Verfasser das wollen. Die „Erfahrungen“, die darin angeführt werden, decken sich kaum in einem Punkt mit meinen Erfahrungen, die ich in 45 Jahren sammeln konnte.

Die Erfolge sind doch etwas mehr als „erste Anläufe zum Sozialismus“, „Lösungen im sozialen Bereich, im Bildungs- und Gesundheitswesen“ usw. Vor allem ging es um die Brechung der politischen Macht und den Entzug des ausbeuterischen Eigentums der Kapitalisten. Die sozialistische Revolution hat anfangs 240 Millionen Menschen von der Unterjochung durch die Bourgeoisie befreit. Sie ermöglichte den Völkern der Sowjetunion einen unverkennbaren Aufschwung im materiellen Lebensniveau, auf den Gebieten von Wissenschaft, Bildung und Kultur. Und das in einem Tempo, das alle vorangegangenen Geschichtsepochen in den Schatten stellte. Sie konnten so über Jahrzehnte der politischen, ökonomischen, ideologischen und militärischen Aggression imperialistischer Staaten und inneren gegenrevolutionären Kräften Widerstand leisten. Sie waren dazu imstande, Hitlers auf die materiellen Ressourcen ganz Westeuropas gestützte Armeen zurückzuschlagen.

Mit dem Sieg volksdemokratischer Umwälzungen in Ost- und Südosteuropa, mit dem Triumph der Revolutionen in China und anderen asiatischen Ländern sowie in Kuba hatten sich insgesamt 1,5 Milliarden Menschen von der kapitalistischen Unterdrückung befreit. Die Oktoberrevolution war eben nicht nur ein „Signal“, sondern der Beginn der neuen Epoche des weltweiten Übergangs zum Sozialismus. Dieser Prozeß ist trotz aller Rückschläge und Niederlagen keineswegs abgeschlossen, die Wiederherstellung der Macht des Kapitals bleibt räumlich und zeitlich begrenzt. Das Maß der sozialistischen Revolution ist mit der Floskel „eine großartige Leistung unter schlechten Bedingungen“ keineswegs ausgeleuchtet. Nur der Sozialismus war dazu in der Lage, dort, wo er Fuß gefaßt hatte, die Grundlagen des Faschismus und damit auch die Basis seiner Ideologie zu beseitigen. Nur der Sozialismus erreichte ein solches Tempo der industriellen Entwicklung, das einen rückständigen zaristischen Bauernstaat trotz Krieg und Verwüstung in nur wenigen Jahrzehnten zur industriellen Großmacht werden ließ. Nur der Sozialismus schuf die gesellschaftlichen Fundamente für die Gleichberechtigung der Frau, für eine Kultur, der die Hoffnungslosigkeit und Unmenschlichkeit der „westlichen“ Zivilisation fremd ist.

Vor dem Hintergrund solcher Tatsachen erscheint die „Analyse“ der Ergebnisse der sozialistischen Revolution im DKP-Entwurf dürftig und kleinkariert. Sie verkennet völlig die Dimension der abgelaufenen und sich weiterhin vollziehenden revolutionären Prozesse. Andererseits ist man schnell zur Stelle, wenn es um die Darstellung dessen geht, was die Umwälzung nicht erreicht hat. Das wird dann einfach als Fehler, Irrtum, Unfähigkeit oder Unwille der Führungen sozialistischer Staaten deklariert,

also in den subjektiven Bereich abgeschoben, ohne die objektiven Bedingungen zu berücksichtigen. Man greift bereitwillig zu „Argumenten“ aus dem Arsenal der bürgerlichen Propaganda: „Mißachtung der technischen Revolution“, „Einschränkung der Demokratie“, „Geringschätzung bürgerlicher Rechte“ usw.

Damit kommen wir zu einer Kernfrage. Sie stellt sich so: Wenn Erscheinungen des Sozialismus – positive wie negative – auf subjektive Verdienste oder Fehlleistungen von Führungsgruppen reduziert werden, dann hat es sich – das soll vielleicht suggeriert werden – überhaupt nicht um eine richtige Revolution gehandelt, dann war das Ganze – in Übereinstimmung mit Auffassungen der bürgerlichen Geschichtsbetrachtung – vielleicht nur ein Putsch Lenins und einiger Bolschewiki, der vor der Geschichte gar keinen Bestand hat. Letztlich handelt es sich um die Negierung des revolutionären Charakters des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft. Das betrifft auch die Frage einer eigenständigen Revolution in der DDR. Spricht man deshalb so gerne vom „Versuch“? Die den Sozialismus beendende Konterrevolution bezeichnet man aus gleichem Grunde als „Zusammenbruch und Zerschlagung“. Kennt man sich in der marxistischen Terminologie für derlei Vorgänge so schlecht aus oder vermeidet man sie bewußt?

Mit ihrem Herangehen kommen die Verfasser nicht auf eine Hauptsache, nämlich auf die durch die technische und ökonomische Überlegenheit des Imperialismus begünstigte, in den letzten Jahrzehnten immer offensichtlichere Revision von Grundsätzen des wissenschaftlichen Sozialismus. Zu dieser ideologischen Konterbande gehört an erster Stelle die sozialdemokratische These von der Möglichkeit des parlamentarischen Weges zum Sozialismus. Teil dieses Spektrums war auch die den Klassenkampf negierende Behauptung vom endgültigen und unumkehrbaren Sieg des Sozialismus sowie das Konzept vom friedlichen Wettstreit mit dem Imperialismus, dem plötzlich „Friedensfähigkeit“ bescheinigt wurde. Zugleich kam es zum Bruch mit der chinesischen Revolution, wofür es verschiedene Gründe gab. Der Revisionismus zeigte sich besonders in dem seit 1968 vorangetriebenen Übergang kommunistischer Parteien Westeuropas auf „moderne“ antikommunistische Positionen, wie sie sich im Eurokommunismus besonders ausprägten.

Warum werden solche Hauptursachen für den Niedergang der Sache des Sozialismus von den Verfassern des „Entwurfs“ einfach übersehen? Liegt das vielleicht daran, daß man eigene Positionen auf ähnlicher Linie besser durch Schweigen verhüllt als durch Sprechen? Da tauchen Forderungen der bürgerlichen Revolution nach „tatsächlicher Volksherrschaft“, „gleicher Freiheit für alle Menschen“ (also auch für den Klassenfeind) auf. Im Grunde verlangen die Verfasser den Übergang zum Sozialismus nach den Regeln der bürgerlichen Demokratie. Das aber bedeutet den Verzicht auf die sozialistische Revolution und auf die politische Herrschaft der Arbeiterklasse. Was soll man zu dem romantischen Vorschlag sagen, die kommunistischen Parteien sollten nach dem Sieg der Revolution im Wettbewerb mit den anderen politischen Kräften um die besten Lösungen ringen? Hier

wird die Avantgarderolle der KP eindeutig aufgegeben.

Die Einteilung der Ursachen der Niederlage in äußere und innere ist in dieser Form undialektisch und indifferent, bilden doch beide eine untrennbare Einheit. Die Revolution ist ein internationaler Prozeß, bei dem es auf das Zusammenwirken der sozialistischen Staaten, der Arbeiterklasse der kapitalistischen Industrieländer und der nationalen Befreiungsbewegung ankommt. Reduziert man die Niederlage der weltweiten kommunistischen Bewegung auf die Zerschlagung einiger sozialistischer Staaten, dann klammert man z. B. die Mitverantwortung der großen kommunistischen Parteien Westeuropas völlig aus. Der sich seit 1985 abzeichnende Übergang eines Teils der SED-Mitgliedschaft – vor allem von Angehörigen der Parteintelligenz – auf revisionistische Positionen wird den Lesern des „Entwurfs“ ebenso verschwiegen wie die Tatsache, daß auch die DKP-Führung die Thesen Gorbatschows (Neues Denken, Vorrang allgemeiner Menschheitsinteressen vor Klasseninteressen usw.) lebhaft begrüßte. Das ist höchst bedenklich, führte doch der Verrat der Gorbatschow, Schewardnadse, Jelzin, Jakowlew u. a. zur Preisgabe des Kernstücks der sozialistischen Gemeinschaft und zur Zerschlagung der Sowjetunion als der militärisch, politisch und ökonomisch stärksten Macht des Weltsystems. 400 Millionen Menschen wurden so dem Imperialismus ausgeliefert!

Unsere größte „Sünde“ besteht sicher darin, daß wir die „sanfte“ Konterrevolution – vor allem auch auf ideologischem Gebiet – trotz mancher Warnungen nicht rechtzeitig erkannt und nichts gegen sie unternommen haben.

Der „Entwurf“ bietet nicht einmal Ansätze zu einer halbwegs akzeptablen Analyse der bisherigen sozialistischen Revolutionen aus marxistischer Sicht. Manche Erkenntnisse der Mehrheit der Programmkommission der DKP sind von denen der PDS-Führung gar nicht so weit entfernt. Die Auffassungen von Spitzenpolitikern dieser Partei aber basieren gezielt und vorbedacht auf einer klassenindifferenten Einschätzung.

Das Programm einer kommunistischen Partei muß vor allem auch den verbliebenen Bestand der zum Sozialismus strebenden Länder erfassen und deren Entwicklung von einer solidarischen Position aus analysieren: China, Vietnam, Kuba, die KDVR und in gewisser Weise auch Laos. Dabei geht es nicht um Schönfärberei oder Verzicht auf die Darstellung von Problemen.

Die anticolonialen Befreiungsbewegungen flammen in jüngster Zeit erneut auf. Die Arbeiterklasse der imperialistischen Hauptländer formiert sich – wenn auch noch zögerlich – zu aktiverem Widerstand. Neue Bewegungen entstehen. Streiks, Generalstreiks und Großdemonstrationen zeugen von wachsenden Potenzen. Erhebliche Teile der Bevölkerung der ehemals sozialistischen Länder befreien sich von Illusionen und befinden sich in einer Phase der Rückbesinnung auf verlorene Werte. Nicht wenige kommunistische Parteien vollziehen ihre Neuformierung auf marxistischer Grundlage.

Wie man sieht, gibt es nicht nur Schatten, sondern auch Licht. Im „Entwurf“ ist davon wenig zu spüren. **Norbert Pauligk**

Wie aktuell ist die Leninsche „Partei neuen Typs“?

Defizite eines Bildungsmaterials

Kaum hatte ich die von der 9. Tagung des Parteivorstandes der DKP beschlossenen „Ersten Grundlagen zur Diskussion und Erarbeitung eines Programmentwurfs“ einigermassen verdaut, da veröffentlichte die ÜZ das von Nina Hager und Jürgen Horn erarbeitete DKP-Bildungsmaterial „Marxistische Parteitheorie und kommunistische Praxis“. Offensichtlich handelt es sich dabei um einen propagandistischen Vorläufer des modifizierten Statuts, das dem Parteitag im Dezember vorgelegt werden soll. Eine Art Einstimmung. Wer beide Dokumente aufmerksam liest, dem stellt sich unwillkürlich die Frage, worauf das Ganze hinauslaufen soll. „Quo vadis“, DKP? Wohin gehst du?

Es gibt gegenwärtig in Deutschland keine Partei der Kommunisten und Sozialisten mit Masseneinfluß, obwohl sie dringend gebraucht würde. Das einzig mögliche revolutionäre Subjekt – die Arbeiterklasse – steht unter dem massiven Einfluß des Reformismus, wenn sich auch hier und dort Widerstand regt, besonders bei Lohnkämpfen. Dennoch ist die Zahl der überzeugten Kommunisten, besonders im Osten, keineswegs gering. Viele haben dem Marxismus-Leninismus nicht abgeschworen. Aber die Genossen kämpfen zersplittert und sind marginalisiert. Eine grundlegende Wende ist vorerst nicht in Sicht. Vielerorts aber nimmt die Erkenntnis von deren Notwendigkeit spürbar zu. Es wächst der Wille, diesen Zustand zu überwinden. Nach der Veröffentlichung der „RotFuchs“-Annonce in ND und „junger Welt“ klingelten in der Redaktion tagelang die Telefone. Eine Riesenzahl von Anrufern – darunter nicht wenige Genossinnen – bat dringend um die Zusendung von Schnupperexemplaren. Am Ende waren wir „ausverkauft“ und mußten die neuen Besteller auf die Juli-Ausgabe verströmen. Der Tenor von vielen Gesprächen mit unseren Telefonpartnern war: Ihr habt den Nerv getroffen, darauf haben wir lange gewartet.

Wer indes etwa annimmt, die DKP werde solche Stimmungen aufgreifen und daran anknüpfend mit einer programmatischen Erneuerung die Weichen in Richtung einer marxistisch-leninistischen Partei stellen, die die besten Erfahrungen aus West und Ost in sich aufnimmt, sieht sich enttäuscht. Mit den beiden Entwürfen und bestimmten Kommentaren, z. B. des Parteivorsitzenden Heinz Stehr, wird deutlich, daß man offenbar nicht bereit ist, diesen Weg zu gehen. Im Gegenteil. Machten die „Ersten Grundlagen ...“ das in fehlerhaften Ausgangspositionen (Imperialismus-Einschätzung, Sozialismus-Analyse, Perspektiven der Partei u. a.) wurzelnde Dilemma sichtbar, dann wird dieses mit dem „Bildungsthema“ noch verschärft.

Da die Frage nach dem Charakter und den Organisationsprinzipien der revolutionären Partei eine Kernfrage des wissenschaftlichen Sozialismus ist und das „Dokument“ eine bestimmte Linie vorgeben will, muß man sich mit ihm prinzipiell auseinandersetzen.

Als Kommunisten/Sozialisten verfügen wir über reiche theoretische Grundlagen und eine langjährige politische Praxis gerade in der Parteifrage. Das gilt gleichermaßen für Genossen, die in der DDR die Schule

des sozialistischen Aufbaus durchlaufen haben als auch für die bewährten antikapitalistischen Kämpfer aus dem Westen. Gemeinsam besitzen wir das „Manifest“, wissen wir um Marxens Kampf zur Formierung des „Bundes der Kommunisten“, um den theoretischen Erfahrungsschatz von Friedrich Engels zur Entwicklung der alten Sozialdemokratie und um Lenins weltveränderndes Konzept von der „Partei neuen Typus“. Wir verfügen also über eine in sich geschlossene, umfassende Parteitheorie. Hans Heinz Holz, der bedeutende marxistische Philosoph, Mitglied der DKP, stellte hierzu fest: „Lenin hat die moderne, den Erfordernissen der imperialistischen Phase entsprechende Parteikonzeption ausgearbeitet, die bleibender Bestand kommunistischen Selbstverständnisses ist. E. Hobsbawm, selbst kein Kommunist, nennt Lenins Auffassungen vom neuen Parteityp „eine gewaltige Innovation“. Man könne „sicher sein, daß das 21. Jahrhundert von der Tätigkeit des Leninschen Parteityps geprägt sein wird“.

Wie der Vorstand der DKP allerdings mit diesem soliden Fundament umgeht, muß alarmieren. Eigentlich handelt es sich um eine unbegreifliche Situation. Nichtkommunisten erkennen die Bedeutung der Parteitheorie Lenins für die Gesellschaftsentwicklung des Jahrhunderts, die Führung einer sich kommunistisch definierenden Partei aber vermeidet jede Identifikation. Schon die Einleitung zum „Bildungsmaterial“ umreißt die angesteuerte Richtung. Defensive Fragestellungen und konfuse „Antworten“ sollen „Modernität“ in der Parteifrage vortäuschen. Die hinlänglich bekannten Pseudobegründungen von der „veränderten historischen Situation“, der „nichtrevolutionären Zeit“ sowie vermeintliche Schlüsse aus dem „Zusammenbruch und der Zerschlagung des Sozialismus“, wie die Konterrevolution von 1989/90 wortreich umschrieben wird, sollen die Erklärung dafür liefern, daß man von Lenin weg will.

Was aber hat sich am Wesen des Imperialismus eigentlich verändert? Sind nichtrevolutionäre Zeiten nicht schon immer die normale Situation, in der die meisten Kommunisten seit jeher kämpfen müssen? Und was die Ursachen der konterrevolutionären Entwicklung betrifft, gibt es bekanntlich unübersehbare Unterschiede in der Haltung hierzu. Die Wortwahl zur Charakterisierung dessen, was vor 12 und 13 Jahren geschah, ist keine Beliebigkeitsfrage, sondern von fundamentaler Bedeutung. Sie verrät den wahren Standort. Das gilt auch in anderem Zusammenhang. Als Ziel wird in dem Hager-Material „eine Welt des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit ...“ definiert. Schon Rosa Luxemburg formulierte, „...da sind wir glücklich bei dem Prinzip der Gerechtigkeit angelangt, bei diesem alten, seit Jahrtausenden von allen Weltverbessern in Ermangelung sicherer geschichtlicher Beförderungsmittel gerittenen Renner“.

Wie sehe ich – zusammenfassend – das hier betrachtete Schulungsmaterial?

Es enthält – erstens – eine richtige Interpretation der Aussagen des Kommunistischen Manifests und des Kampfes von Marx und Engels in der Parteifrage. Es fehlt mir aller-

dings die deutliche Herausarbeitung des untrennbaren Zusammenhangs mit der historischen Rolle der Arbeiterklasse.

Die Verfasser relativieren – zweitens – Lenins herausragende theoretische Leistung bei der Weiterentwicklung der marxistischen Parteitheorie unter imperialistischen Bedingungen. Bei Licht betrachtet wird Lenin de facto auf eine „russische Größe“ reduziert. Sein bedeutendstes Werk zu dieser Thematik „Was tun?“ findet nicht einmal Erwähnung. Das kommt einer Absage an Lenins Theorie von der Partei neuen Typus gleich. Auch Robert Steigerwald, ein anderer bedeutender Philosoph, der der DKP angehört, hatte eine ähnliche Haltung bezogen, als er in einem Artikel formulierte: „Marx, Engels und Lenin wäre es nicht im Traum eingefallen, ein und dieselbe Lösung eines Problems als für alle Zeiten und Bedingungen gültig anzuerkennen.“ Eine an sich richtige Bemerkung, die aber mit diesem Bezug nicht greifen kann. Lenins Konzeption von der Partei neuen Typus hat epochalen Charakter, sie aufzugeben, ist ein Verzicht auf die Realität unseres Zieles – die Errichtung des Sozialismus! Und was ist eigentlich an der Leninschen Konzeption falsch? Braucht man unter den Bedingungen des scharf zugespitzten sozialen Konflikts und angesichts der Brutalität des Imperialismus keine festgefügte Avantgarde, die die Klasse im Kampf gegen den Kapitalismus führt?

Lenins vernichtende Kritik am Revisionismus wird – drittens – zwar erwähnt, aber in ihrer Bedeutung nicht genügend herausgearbeitet. Es fehlt jedes Wort dazu, daß die gegenwärtige Lage in der kommunistischen Bewegung die Auseinandersetzung mit Reformismus und Revisionismus mehr denn je zur zwingenden Notwendigkeit macht.

Schließlich – viertens – verzichten die Autoren des „Schulungsmaterials“ auf die Darstellung der Rolle der Kommunistischen Internationale und ihrer Sektionen sowie – später – der führenden Parteien der sozialistischen Länder. Ihr prägender Einfluß auf die weltpolitische Entwicklung des 20. Jahrhunderts ist kein Thema, das Erörterung findet. Dafür aber werden nach erprobtem Ritual die „Widersprüche“, „Verletzungen“ und „Fehler“ sowie die „Ursachen und Folgen der Niederlage von 1989/90“ genüßlich dargestellt. Daß diese ihre Gründe nicht in der Leninschen Parteitheorie, sondern gerade in massiven Abweichungen von ihr hatten, wird nicht gesagt. Die Konsequenz kann also nicht in der Aufgabe der Theorie Lenins oder der Neudefinierung ihres Platzes bestehen, sondern nur darin, den Leninismus konsequent weiterzudenken.

„Zeit, heb wieder Lenins Lösung in den Wirbelwind, sollten wir an Tränenpfützen trüb erschlaffen, Lenin ist heut lebender als die am Leben sind, er verleiht uns Wissen, Kraft und Waffen!“, forderte Wladimir Majakowski nach dem Tod des großen proletarischen Strategen. Dieser Appell ist für heutige Kommunisten von höchster Aktualität. Um ihm folgen zu können, bedarf es revolutionärer Parteien von Leninschem Typus.

Dieter Itzerott

Diskurs über wissenschaftlichen Sozialismus (45)

Die Sowjets als Machtorgane

Die Kontinuität in der Ausarbeitung der Staatstheorie von Marx zu Lenin wird besonders deutlich in Lenins Schriften „Marxismus und Staat“ (Ende 1916/Anfang 1917), „Staat und Revolution“ (August 1917), „Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?“ (1. Oktober 1917) und „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht“ (März bis April 1918). Diese Werke, unmittelbar vor und kurz nach der Oktoberrevolution geschrieben, bilden inhaltlich eine Einheit, so daß sie im Komplex analysiert werden können. „Marxismus und Staat“ wurde erstmals 1960 in deutscher Sprache im Dietz Verlag veröffentlicht. Diese Arbeit ist in der deutschsprachigen Ausgabe der Werke Lenins nicht enthalten. Die 140 Seiten umfassende Broschüre bringt die ausführlichen Exzerpte von Werken von Marx und Engels über die Staats- und Revolutionstheorie mit Randbemerkungen Lenins. Die kleine Schrift ist von theoriegeschichtlicher Bedeutung, weil sie erstens den Nachweis über die Kontinuität von Marx/Engels zu Lenin erbringt, zweitens die theoretische Grundlage für Lenins Schrift „Staat und Revolution“ darstellt und drittens deutlich erkennen läßt, in welcher Hinsicht Lenin unter den Bedingungen des Imperialismus, des Ersten Weltkrieges und der unmittelbar bevorstehenden proletarischen Revolution die Marxsche Staatstheorie weiterentwickelt hat. Dies berechtigt uns, von einer marxistisch-leninistischen Staats- und Revolutionstheorie zu sprechen.

Die in den genannten Werken von Lenin getroffenen Aussagen dürfen nicht unabhängig von der konkreten nationalen und internationalen Situation der Jahre 1917/1918 beurteilt werden. Nicht alle Äußerungen haben allgemeingültige Bedeutung. Zugleich enthalten diese Werke aber auch generelle Aussagen, die für künftige Generationen demokratischer und kommunistischer Revolutionäre in aller Welt nach wie vor relevant sind.

Im folgenden konzentriere ich mich auf die neuen Aspekte, die Lenin aus der Verallgemeinerung der Erfahrungen der russischen Revolutionen 1905 bis 1917 auf der Grundlage und unter Anwendung der Marxschen Theorie und Methode gewonnen hat.

Wenn Marx in der Pariser Kommune die endlich entdeckte politische Form der ökonomischen Emanzipation der Arbeiterklasse erblickte, so sah Lenin in ihr die Keimform der Sowjets. Wie die Theorie von der Diktatur des Proletariats aus der Analyse der proletarischen Klassenkämpfe des 19. Jahrhunderts gewonnen wurde, so leitete sich die Theorie von den Sowjets aus den Revolutionskämpfen der Arbeiter und armen Bauern in der bürgerlich-demokratischen Revolution 1905 ab. Die Proletarier wandelten ihre Streikkomitees in Sowjets um, in Kampforgane gegen die zaristische Selbstherrschaft. Die Sowjets waren Ergebnis der Schöpferkraft der Volksmassen, wurden von diesen „ganz selbständig“ geschaffen, ohne jede Theorie, von keiner Partei initiiert oder geführt. Lenin gebührt das Verdienst, in den spontan hervorgebrachten Sowjets nicht nur Führungsorgane für



den Kampf um die Macht, sondern zugleich auch Organe der Machtausübung der Arbeiterklasse, Staatsorgane nach einer siegreichen Revolution erkannt zu haben.

Unter Hinweis auf die Erfahrungen der Pariser Kommune habe Marx den Schluß gezogen, daß das Proletariat die fertige Staatsmaschinerie nicht einfach in Besitz nehmen und für seine Zwecke in Bewegung setzen kann, sondern daß es sie zerbrechen und durch eine neue ersetzen muß. „Diese neue Staatsmaschinerie wurde von der Pariser Kommune geschaffen, und einen Staatsapparat von gleichem Typus stellen die russischen Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten dar.“ (LW 26/85)

„Die Sowjets sind der neue Staatsapparat“; er schafft 1. die „bewaffnete Macht der Arbeiter und Bauern“, 2. eine enge untrennbare, leicht zu kontrollierende und zu erneuernde Verbindung mit den Massen; 3. ist er durch Wählbarkeit und Absetzbarkeit seines Bestandes ohne bürokratische Formalitäten viel demokratischer als die früheren Apparate; 4. schafft er eine Verbindung mit den mannigfaltigsten Berufen, wodurch Reformen von einschneidendster Bedeutung ohne Bürokratie erleichtert werden; 5. schafft er eine Organisation des fortgeschrittensten Teils der Arbeiter und Bauern, stellt einen Apparat zur Führung, Erziehung und Schulung der Volksmassen dar und 6. „ermöglicht er es, die Vorteile des Parlamentarismus mit den Vorteilen der unmittelbaren und direkten Demokratie, d. h. in der Person der gewählten Volksvertreter sowohl die gesetzgebende Funktion als auch den Vollzug der Gesetze

zu vereinigen. Im Vergleich mit dem bürgerlichen Parlamentarismus ist das in der Entwicklung der Demokratie ein Fortschritt von welthistorischer Bedeutung.“ (LW 26/87)

Die Sowjets für sich genommen sind nur die politische Form, in der die Arbeiterklasse ihre Macht ausüben kann. Sie sagt noch nichts über Mehrheitsverhältnisse in den Sowjets aus. Diese sind nur dann Machtorgane eines sozialistischen Staates, wenn die kommunistische Partei ihre Führungsrolle in ihnen ausübt und es versteht, die Mehrheit der Deputierten von der Richtigkeit ihrer Politik zu überzeugen. Geraten die Sowjets unter den Einfluß kleinbürgerlich-reformistischer Kräfte, wie zwischen Februar und August 1917 in Rußland, dann können sie ihres proletarisch-revolutionären Klasseninhalts beraubt und zu Anhängseln der bürgerlichen Konterrevolution werden. Die Rolle der Sowjets kann also nicht außerhalb der Klassen- und der Parteifrage gesehen werden. Nicht nur in Zeiten revolutionärer Situationen drängen alle möglichen kleinbürgerlichen Elemente in die Sowjets vor und bringen dort ihre Vorstellungen mit ein. Es gehört zu den Lehren der Geschichte: Keine proletarisch-revolutionäre Volksvertretung und keine kommunistische Partei ist vor den erleuchteten Geistern solcher Reformisten sicher.

Lenin hatte sich zugleich mit zwei „linken“ Tendenzen unter den Bolschewiki auseinanderzusetzen – einmal mit denjenigen, die die Mitarbeit in den Sowjets verweigerten, weil dort auch kleinbürgerliche Intellektuelle der verschiedensten Schattierungen vertreten waren, zum anderen mit solchen, die die Sowjets in Parteiorganisationen der Bolschewiki verwandeln wollten.

Wenn Marx in der „Kritik des Gothaer Programms“ (1875) die Frage aufwarf, welche gesellschaftlichen Funktionen übrig bleiben, die den alten Staatsaufgaben analog seien, und welche Umwandlungen diese erfahren würden (MEW 19/28), so beantwortete Lenin diese Frage unter den Bedingungen des Imperialismus. Monopolkapital und zentralisierte Leitungsorgane von großen Konzernen und Banken hatte Marx nicht mehr erlebt; Engels nur in ihren Anfängen.

In „Staat und Revolution“ verwies Lenin auf die Post als „Muster sozialistischer Verwaltung“. Sie sei „nach dem Typ des staatskapitalistischen Monopols organisiert“. Im Kapitalismus diene das der Ausbeutung der Werktätigen, aber „der Mechanismus der gesellschaftlichen Wirtschaftsführung ist hier bereits fertig vorhanden“. Man stürze die Kapitalisten, breche mit bewaffneter Macht der Arbeiter den Widerstand der Ausbeuter, zerbreche die bürokratische Maschinerie des modernen Staates und wir haben einen Mechanismus, mit dem die Arbeiter „die gesamte Volkswirtschaft nach dem Vorbild der Post“ organisieren können. (LW 25/439 f.)

Ulrich Huar

LESEEMPFEHLUNG

Lenin: *Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?* (LW 26/84–88); *Staat und Revolution*, Kap. 3, *Aufhebung des Parlamentarismus* (LW 25/434–440)



Grafik: Herbert Sandberg

Admiral Elmar Schmähling – Gast bei Veranstaltung in Schwerin

Abwehrkräfte klärten auf

Zur Vorbereitung auf die Buchlesung am 22. Juni nahm ich mir die beiden Bände „Die Sicherheit – Zur Abwehrarbeit des MfS“ mit in den Urlaub. Obwohl ich schon einiges dazu gelesen und gehört hatte, ging ich doch mit falschen Vorstellungen an die Lektüre heran. Irgendwie erwartete ich spektakuläre Falldarstellungen. Dies erwies sich allerdings sehr schnell als Irrtum. Es sind eher Sachbücher mit klaren Fakten und informativen Aussagen.

Nun war ich gespannt auf die Autoren und ihr Auftreten im Lindengarten in Schwerin. Organisiert wurde die Veranstaltung von der Regionalgruppe des RF-Fördervereins in Mecklenburg/Vorpommern, der jungen Welt und der „Marxistischen Opposition in der PDS“. Konstantin Brandt und der später hinzugekommene jW-Chefredakteur, Dr. Arnold Schölzel, moderierten dieses gut besuchte Forum mit großem Geschick. Mehr als 100 Zuhörer lauschten den durch das Podium direkt angesprochenen Mitautoren bzw. auch den anderen Gästen.

So erläuterte Generalleutnant a. D. Dr. Wolfgang Schwanitz das Anliegen und die Entstehungsgeschichte der zwei Bände. „Wir wollen mit unserem Buch interne Kenntnisse und Erfahrungen mitteilen, ein Stück selbst erlebte Geschichte vermitteln. Wir haben uns bemüht, objektiv, sachlich und souverän mit unserer Geschichte umzugehen. Wir wollen eine Versachlichung der Auseinandersetzung, jeder Leser soll sich sein eigenes Urteil bilden. Wissen und persönliche Erfahrungen sind in die historischen Zusammenhänge eingeordnet.“ Dabei geht es um die Legitimation der DDR als völkerrechtlich anerkannter sozialistischer Staat, um den Beitrag ihrer Sicherheitskräfte für den Erhalt des Friedens. Es kann nicht angehen, daß die jetzige Politik und die Presseorgane versuchen, die DDR über das MfS zu kriminalisieren und auf die gleiche Stufe mit dem Faschismus zu stellen. Dem selbsternannten Meinungsmonopol der Gauck-Birthler-Behörde gilt es die Wahrheit entgegenzusetzen.

Aus seiner Tätigkeit als Leiter der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe sprach Oberst a. D. Dr. Reinhard Grimmer zur gegnerischen These von der flächendeckenden Überwachung und Kontrolle der DDR-Bürger. Zu Untersuchungshaft und Strafvollzug nahm Generalmajor a. D. Dr. Gerhard Niebling Stellung. Wenn wir die Gleichstellung von Faschismus und DDR nicht kontern, haben die Fälscher der Geschichte ein leichtes Spiel, erklärte er. Breiten Raum in den Ausführungen von Oberstleutnant a. D. Dieter Skiba nahm die Rolle des MfS bei der Bekämpfung der alten und neuen Nazis durch die Organe der DDR ein. Wiederholt wurden der BRD Unterlagen und Dokumente über Nazi- und Kriegsverbrecher in sehr großem Umfang zur Verfügung gestellt. Leider interessierte man sich nicht dafür. Die Unterdrückung der Beweismittel erfolgt heute gezielt durch die Gauck-Birthler-Behörde, die 11 Kilometer Naziakten willkürlich als „Stasiakten“ ummünzte.

Die Sachlichkeit, die im Buch ihren Ausdruck findet, kam auch bei den Rednern über. Doch bei den Ausführungen von

Oberstleutnant a. D. Dr. Wolfgang Stuchly zu Fragen der Abwehrarbeit staunte ich nicht schlecht, wie emotional er über sein Aufgabengebiet erzählte. Zu Rolle und Grenzen des MfS in der Kulturpolitik sprach Oberstleutnant a. D. Wolfgang Schmidt.

Als Gast der Veranstaltung ergriff auch Flottillenadmiral a. D. Elmar Schmähling, vormals Chef des MAD der BRD, das Wort. Für ihn haben Geheimdienste keine Berechtigung und gehören abgeschafft – eine vielleicht etwas utopische Vorstellung. „Die Kontinuität in der Entwicklung der westlichen Geheimdienste reicht bis heute durch. Unter dem Mantel des Antikommunismus war alles erlaubt und gerechtfertigt. Heute ist es der Antiterror-

kampf, um mit allen Mitteln die eigenen Interessen durchzusetzen.“

Anhand einer Direktive des USA-Präsidenten, die im letzten Jahr – nach Ablauf der Geheimhaltungsfrist – veröffentlicht wurde, belegte Gerhard Niebling, welche Schlußfolgerungen die USA aus den Ereignissen rund um den 17. Juni 1953 zogen. Seitens des Westens ging es darum, diese Situation für eine Destabilisierung der sozialistischen Länder auszunutzen. Deshalb spielte das Datum auch in der Entwicklung des MfS eine entscheidende Rolle.

„Die bereits 7. Veranstaltung zur Vorstellung der zwei Bände“ so urteilten die anwesenden Autoren, „verlief in sehr sachlicher Atmosphäre.“ Für die Schweriner war sie ein Gewinn.

Heidi Polzer

Regionalgruppe des Fördervereins in Halle gegründet

„RotFuchs“ an der Saale

„Was will der ‚RotFuchs‘-Förderverein in der Saale-Stadt und was erwarten die Leser von einem linken Blatt, das in Berlin gemacht wird?“ Mit diesen Fragen hatte die Einladung zu einer hallischen Gesprächsrunde ganz offensichtlich die Neugier der recht zahlreich erschienenen Kommunisten und Sozialisten auf einen interessanten Gedankenaustausch geweckt. Und daß es dazu auch sehr schnell kam, dafür sorgten sowohl die einleitenden Bemerkungen von Prof. Dr. Hans Fischer, Berlin, der im Auftrag der Vorstandes das Anliegen des Fördervereins erläuterte, die Informationen des Vertriebsleiters der Zeitschrift „RotFuchs“, Armin Neumann, und die Diskussionsbeiträge der Gesprächsteilnehmer selbst. Die Runde begrüßte die vor einem Jahr vollzogene Gründung des Vereins, dem inzwischen Hunderte Frauen und Männer aus allen Regionen Deutschlands und ausländische Freunde beigetreten sind. Sein Anliegen, vom Standpunkt des wissenschaftlichen Sozialismus politische Bildungsarbeit zu leisten, den freien Mei-

nungsaustausch über gesellschaftliche und historische Prozesse und Ereignisse zu führen, gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit unabhängig von Partei- oder Organisationszugehörigkeit Front zu machen, müsse überall zur Normalität bundesdeutschen politischen Lebens werden und dazu beitragen, die Spaltung der Linken zu überwinden. Ein Gewerkschafter aus Leuna lobte besonders den seit viereinhalb Jahren erscheinenden „RotFuchs“ als bildende Lektüre. Das linke Blatt, das mit Nr. 54 im fünften Jahrgang weit älter ist als der Verein, der heute seinen Namen trägt und es herausgibt, sei im besten Sinne eine Tribüne weit über Deutschland hinausgehender Verständigung zwischen Kommunisten und Sozialisten mit unterschiedlichen Erfahrungen.

Dem Vorschlag einer hallischen Initiative folgend, beschloß die Versammlung die Bildung einer regionalen Gruppe des Fördervereins. Ihre Leitung übernahm Joachim Thel.

Hans-Dieter Krüger

Deutsche Bank – die Spinne im Netz

Mit offenen Karten

Am 11. Juni trafen sich Mitglieder der Regionalgruppe Berlin des Fördervereins mit dem Historiker Dr. Eberhard Czichon zu einem Vortrag über die Rolle der größten deutschen Bank in Vergangenheit und Gegenwart. Der Redner stellte die Deutsche Bank als Spinne im Netz des deutschen Imperialismus dar. Besonders eingehend schilderte er ihre profitable Verstrickung in zwei mörderische Weltkriege und beim Aufzäumen des Hitlerfaschismus. Er schilderte Bankchef Abs, den Freund und Berater auch Konrad Adenauers, als eine der finanzpolitischen Hauptstützen der braunen Diktatur. Die Deutsche Bank habe in sämtlichen von den Hitlertruppen okkupierten Ländern gewaltig abgeräumt und zur Ver-

sklavung der zeitweilig unterworfenen Völker beigetragen.

Eine besondere Grotteske enthielt der Gesprächspartner den Teilnehmern nicht vor: Sein Auftauchen auf der Aktionärsversammlung des Frankfurter Riesen. Bewaffnet mit einer einzigen – obendrein auch noch geliehenen – Aktie habe er sich unter die kleinen und großen Teilhaber gemischt, um in Erfahrung zu bringen, wie es in solchen Kreisen zugehe.

In der lebhaften Diskussion wurde viel Wissenswertes erfragt und vermittelt. Eine weitere Veranstaltung der Berliner Regionalgruppe, die Substanz hatte.

E. H.

Ein sächsischer Volksentscheid und was aus ihm wurde

Ungeliebtes Plebiszit

Als Berlin am 23. September 2001 wählte, waren auch die Sachsen aufgerufen, sich zu entscheiden. Dabei ging es nicht um ein hochbrisantes politisches Thema. Nein, es ging lediglich um die Überführung der sächsischen Sparkassen unter die Hegemonie der Landesbank. Die Troika sollte durch die sächsische Aufbaubank komplettiert werden, was sich erst hinterher als nicht statthaft herausstellte. Dem neuen Produkt wollte man den Namen „Sachsenbank“ verleihen.

Dagegen wandte sich eine Bürgerinitiative mit dem Ziel, die feindliche Übernahme durch die CDU-Staatsregierung zu verhindern und die Selbständigkeit der kommunalgeführten 22 Sparkassen in Sachsen zu erhalten.

Ausgedacht hatte sich den Coup der später von Ministerpräsident Biedenkopf gefeuerte Finanzminister Milbradt, der als „Königsmörder“ bekannt wurde und inzwischen den Thron von „König Kurt“ bestiegen hat. Übrigens war Milbradt vor seinem Einsatz als „Ostarbeiter“ Stadtkämmerer in Münster.

Um einen Volksentscheid zu erzwingen, mußten 450 000 Unterschriften gesammelt werden. Am Ende waren es sogar 485 000, die von den Städten und Gemeinden geprüft und gesiegelt wurden. Doch in Dresden erfolgte eine weitere Inspektion der bereits geprüften Unterschriftenlisten. Diese ergab, daß mehr als 35 000 Unterschriften ungültig seien. So fehlten plötzlich 500 Signaturen.

Von floridanischen Verhältnissen war nun die Rede unter den mehr als 70 %, die in Sachsen Sparkassenkunden sind. Man verglich das Ergebnis mit dem Ausgang der USA-Präsidentenwahl, bei der nach dem Ausfall der defekten Zählmaschinen in Florida die Handzähler bereits auf einen rasch zusammenschmelzenden Restvorsprung George W. Bushs von nur noch 500 Stimmen gekommen waren, bevor Gerichte dieses Staates eine weitere Prüfung verhinderten – sehr zum Nachteil Al Gores, des Kandidaten der Demokratischen Partei. Dieser Schachzug der Republikaner wurde nicht in irgendeinem amerikanischen Bundesstaat unternommen, sondern dort, wo der jüngere Bruder Jeb Bush des dann vom Obersten Gerichtshof eingesetzten jetzigen Präsidenten rein zufällig Gouverneur ist. Die Duplizität der 500 Stimmen in Florida und Sachsen mag meine gedankliche Abschweifung entschuldigen.

Nachdem also mit diesem Trick der Volksentscheid verhindert werden sollte, wandte sich die Bürgerinitiative mit Hilfe eines Rechtsanwalts an das Sächsische Verfassungsgericht. Das aber entschied, die bereits in den Kommunen geprüften Unterschriften seien gültig. Noch während die Unterschriftensammlung lief, wurde von Finanzminister Milbradt alles getan, um sämtliche 22 Sparkassen für die ominöse „Sachsenbank“ zu gewinnen. Sieben von ihnen erlagen dem Druck und den Versprechungen. In aller Eile erfolgte die Gründung des neuen Geldinstituts.

Dennoch: Der Volksentscheid, der dann stattfand, war ein großer Erfolg. Damit wurde die Sanierung der Landesbank durch

die Einlagen der Sparkassenkunden verhindert.

Übrigens: Der erste Volksentscheid in Sachsen fand bereits 1946 statt, als es um die Enteignung der Kriegs- und Nazi-Verbrecher ging. Damals war die Zustimmung überwältigend.

Seit dem letzten Volksentscheid sind fast zehn Monate vergangen, und die sogenannte Sachsenbank aus den sieben Sparkassen ist immer noch nicht aufgelöst. Die CDU-Regierung versucht, die Entscheidung des sächsischen Souveräns zu unterlaufen, indem sie für das fehlgeschlagene Unternehmen einen neuen Namen aus der Schublade holt.

Was sagt uns das? Die derzeitige Berliner Regierungskoalition hat vergeblich ver-

sucht, Volksbefragungen und dergleichen auch auf Bundesebene durchzusetzen. Sie ist jedoch an der CDU-Mehrheit im Bundesrat gescheitert. Aber was sich auf Landesebene, wo Plebiszite wie z. B. in Sachsen zugelassen sind, abspielt, läßt jeden Demokraten an der Redlichkeit der Regierenden zweifeln.

Der Bürgerinitiative in Sachsen bleibt nur der Weg, das sächsische Verfassungsgericht abermals anzurufen, um zu verhindern, daß der deutsche Michel und Lieschen Müller mit demokratischen Phrasen verdammt und sogar bei einem so simplen Thema wie dem des Erhalts von Sparkassen über den Tisch gezogen werden.

Werner Juhlemann (von Ottenhain), Geithain

Grafik:
Arno Fleischer



Heidelberger Kiesgigant räumt Naturschutzgebiet auf

Neuendorfer Wick in Gefahr

Unser Fördervereinsmitglied Genosse **Hansjörg Schupp** aus **Appetshofen** – selbst ein Aktivist des Naturschutzes – hat von der Vorsitzenden des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND), **Angelika Zahrrnt**, ein am 24. Mai 2002 datiertes Schreiben erhalten, aus dem wir im folgenden zitieren:

Sehr geehrter Herr Schupp, gäbe es beim BUND eine Alarmglocke, die bei drohendem Naturfrevel laut schrillen würde, wir hätten seit Monaten keine ruhige Minute mehr. Ein aktueller Notruf erreichte uns jetzt aus Mecklenburg-Vorpommern, wo der kleinste Landesverband des BUND seit Monaten tapfer Widerstand gegen einen völlig rücksichtslosen Lebensraum-Vernichter leistet.

Der Kiesgigant „Heidelberger Baustoffwerke“ plant, ausgerechnet im landschaftlich reizvollsten und ökologisch wertvollsten Abschnitt der Boddenküste auf der Insel Rügen fast 30 Hektar Naturschutzgebiet einfach wegzubaggern. Der Lebensraum von Hunderten teils sehr seltenen Tieren und Pflanzen und ein auch für den sanften Tourismus bedeutsamer Landschaftsteil soll einer gewaltigen Kiesgrube geopfert werden!

Sie werden sich vielleicht fragen: Wie kann das sein, in einer geschützten Boddenlandschaft, in der begeisterte Botaniker erst kürzlich einige hundert Pflanzen des vom Aussterben bedrohten Deutschen Filzkrauts entdeckten? Wie ist das möglich, inmitten einer wahren Naturschatzkammer, in der die Schwingen der letzten Seeadlerpaare der Republik wie Juwelen am Himmel schimmern? Und in der 20 000 Wasservögel Jahr für Jahr ihren Nachwuchs ausbrüten?

Schuld ist der geschickte Schachzug eines abgebrühten Baustoffkonzerns, der sich unmittelbar nach der Wende die Abbaurechte in der Nähe des winzigen Weilers Zessin günstig sicherte. So gilt auf den Flächen bis zum Ende des Abbaus in einem Vierteljahrhundert noch das recht moderate Bergbaurecht der DDR. Die Nachwendzeit mit all ihren unbemerkten Entwicklungsfehlern holt so die nun empört protestierenden Rügener ein. (...)

Der Heidelberger Baustoffkonzern plant auf 30 Jahre insgesamt über 6 Millionen Tonnen Kies aus dem Naturschutzgebiet vollständig auszuschachten! Naturpracht wird zur Kieswüste. (...)

Angelika Zahrrnt, BUND Vorsitzende

Wie sie das Grundgesetz in der Eigentumsfrage unterlaufen wollen

Die FAZ kommt zur Sache

Die totale Diktatur des Kapitals über alle Lebensbereiche der Gesellschaft nimmt immer deutlichere Konturen an. So ist es auch zwingend, daß der Zugriff auf konstitutive Elemente der politischen Macht vehement vorangetrieben wird. Ein Beleg hierfür ist ein Aufsatz von Ulfried Weißer im großbürgerlichen Publikationsorgan „Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. Mai 2002. Er trägt die Überschrift „Die Soziale Marktwirtschaft sollte ins Grundgesetz“. Blicke man bei dem Titel stehen, dann könnte man annehmen, Weißer sei ein Sozialromantiker, der sich um den sozialen Rechtsstaat unter den derzeitigen Bedingungen seiner Demontage sorgt. Bei näherer Betrachtung tritt jedoch der Pferdefuß zutage. Weißer spricht das offen aus, was das Großkapital längst anstrebt: die Beseitigung lästiger Barrieren für Kapitalverwertung und Profitmaximierung. Dazu gehört auch das Kippen der Artikel 14 und 15 des Grundgesetzes (GG).

Nun ist unstrittig, daß fast jede Veränderung des Grundgesetzes in der Vergangenheit rechtslastig und demokratischen Grundsätzen abträglich war. Weißer kommt zunächst als blauäugiger Gutmensch daher, indem er dafür plädiert, die Soziale Marktwirtschaft „als einmaliges Erfolgsmodell“ der Bundesrepublik Deutschland verfassungsrechtlich zu normieren. Dabei übersieht er geflissentlich oder aus verfassungsrechtlicher Enge den kontextualen Grundsatz, wonach gemäß Art. 20 Abs. 1 GG die Bundesrepublik ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat ist, in der das Sozialstaatsprinzip als Verfassungsgrundsatz Geltung hat. Er impliziert die Sozialgebundenheit des Eigentums (Art. 14 Abs. 2 GG) und das subjektive Recht auf Fürsorge als gerichtlich einklagbar. Darum geht es Weißer jedoch nicht. Er will den Art. 15 GG seines emanzipatorischen Inhalts berauben; denn dieser „erlaubt, wenn auch noch nie angewandt“ – so Weißer -, „ganz legal die Sozialisierung sämtlicher Produktionsmittel und daher der ganzen Wirtschaft“. „Es wäre grotesk, wenn unbelehrbare sozialistische Altkader entdeckten, daß die deutsche Verfassung eine Sozialisierung zuläßt“. Weißer gibt uns intellektuellen Beistand, das Grundgesetz richtig zu lesen und zu interpretieren.

Ihm und seinen Hintermännern sitzt also die Angst vor der Demokratisierung der Wirtschaft und der damit verbundenen radikalen Lösung der Eigentumsfrage im Sinne einer Vergesellschaftung der Produktionsmittel im Nacken. Was er nun unter Sozialer Marktwirtschaft versteht und wie er den Artikel 15 GG neu zu fassen gedenkt, gibt er in dürren, aber offenerherzigen Worten zu Protokoll. Dazu gehören:

- Die Versorgung des Volkes mit Gütern und Dienstleistungen ist Aufgabe der Unternehmen im privaten Eigentum. Ergänzend kann – wie er uns großzügig mitteilt – die öffentliche Hand tätig werden.
- Staatliche Eingriffe sind nur in Ausnahmefällen zulässig. Die fortschreitende Deregulierung soll also verfassungsrechtlich verbrieft werden.

- Die Freizügigkeit von Arbeit, Kapital, Gütern und Dienstleistungen ist zu gewährleisten.

- Soziale Hilfe soll ergänzend zur Selbsthilfe hinzukommen.

- Weißers Auffassung zur Demokratisierung der Wirtschaft gipfelt darin, daß deren Selbstverwaltungsorgane an den wirtschaftlichen Gestaltungsaufgaben teilzunehmen haben, immer mehr hoheitliche Aufgaben erhalten und staatliche Eingriffe abwehren können. Der unverhohlene Griff des Kapitals zur politischen Macht wäre damit normativ vollzogen.

Weißer sieht sich auch als Vordenker für eine europäische Verfassung der EU-Staaten und will den EU-Beitrittsländern zur Seite stehen; denn diese fragen – so die nicht gerade bescheidene Anmerkung -, „wie der wirtschaftliche Erfolg Deutschlands zu erklären und was unter Sozialer Marktwirtschaft im einzelnen zu verstehen sei“.

Natürlich haben auch wir verstanden, allerdings mit einer anderen Sicht auf die politischen Macht- und die Eigentumsverhältnisse. Es entspricht dem marxistischen Selbstverständnis, daß die Macht- und die Eigentumsfrage Kernpunkte einer sozialistischen Programmatik darstellen müssen. Vergessen wir nicht: Ohne die Lösung der Machtfrage ist die Schaffung neuer Eigentumsverhältnisse nicht möglich. Und umgekehrt bedarf es zur permanenten Sicherung

der politischen Macht der Klasse der Lohn- und Sozialabhängigen eines tragfähigen ökonomischen Fundaments. Vor allem durch die Vergesellschaftung an den entscheidenden Produktionsmitteln. Es wäre der untaugliche Versuch, den Kreis quadrieren zu wollen, ohne die Vergesellschaftung des Eigentums Ausbeutung und Arbeitslosigkeit beseitigen zu können, soziale Gerechtigkeit und sozialen Fortschritt für die Mehrheit zu erreichen und die gesellschaftlichen Prozesse im Interesse der Wohlfahrt der Bürger planmäßig und rational zu steuern.

„In diesem Sinne“ – so betonen Marx und Engels im Kommunistischen Manifest – „können die Kommunisten ihre Theorie in dem einen Ausdruck zusammenfassen: Aufhebung des Privateigentums.“

Da das Eigentum der „nervus rerum“ für das Kapital ist, erscheint die hysterische Reaktion auf das Grundgesetz und auf die verfassungsrechtlich offene Frage nach der Wirtschaftsordnung nur allzu verständlich. Deshalb muß gegenwärtig alles getan werden, um dem durch das Kapital entfachten sozialen Bürgerkrieg Widerstand entgegenzusetzen, das GG im Interesse einer demokratischen Bestandswahrung zu verteidigen und neue verfassungsrechtliche Spielräume für eine sozial gerechte Gesellschaftsordnung zu schaffen.

Prof. Dr. Werner Roß, Zwickau

Ehemalige „Volksaktie“ gerät zur Geldvernichtungsmaschine

Die Telekomade

Wer erinnert sich nicht mehr daran, mit welchem gigantischen Werbefeldzug die Telekom vor einigen Jahren ihren Börsengang vorbereitet hat? Mehrere Prominente haben sich damals dabei goldene Nasen verdient. Und die Bürger, denen von allen Seiten eingeredet wurde, daß an der Börse Riesengewinne gemacht werden können, fingen Feuer. In einem wahren Rausch stürmten sie die Bankschalter und orderten Telekom-Aktien. Gegen Ende war das Papier vielfach überzeichnet, und die Anteile mußten verlost werden. Es folgte eine Phase, in der die Telekom-Aktie abging wie eine Rakete. Doch dann stellte sich die Realität ein. Das Papier verlor mehr und mehr an Wert und steht heute auf einem historischen Tiefkurs. Insbesondere die Kleinaktionäre, die große Hoffnungen hegten, sind häufig beinahe komplett um ihren Anlagebetrag gebracht worden. Milliarden an privatem Sparvermögen wurden auf diesem Wege vernichtet. Auf der Hauptversammlung der Telekom erhielt Ron Sommer, der Chef des ange-

schlagenen Konzerns, dann auch einen entsprechenden Empfang. Pfiffe und Buh-Rufe von allen Ecken und Enden! Das störte den smarten Sommer jedoch wenig. Er konnte und kann sich leider der Unterstützung der Banken und auch der Bundesregierung sicher sein. Mit überwältigender Mehrheit (der Großaktionäre) wurde er trotz seiner mehr als miesen Geschäftspolitik entlastet. Ein Skandal!

Ein noch viel größerer Skandal aber ist, daß sich die Vorstände der Telekom in letzter Zeit beinahe eine Verdoppelung ihrer Bezüge genehmigt haben. Millionen Euro pro Jahr kassieren diese unfähigen Pappnasen für ihre Arbeit und lächeln milde über die Verluste der Kleinaktionäre. Wenn das „Soziale Marktwirtschaft“ ist, dann gehen wir alle im Juli auf dem Vechtesee Schlittschuh laufen.

„Die Rote Spindel“, Nordhorn, 1.6.2002

Gratulation! Am 20. Juli 2002 wird die bekannte DDR-Journalistin **Helga Schwarz-Stötzer** 70 Jahre alt. Sie hat sich durch geschliffene Reportagen u. a. in der „Sächsischen Zeitung“, in der „Für Dich“, in der „Wochenpost“ und im ND einen Namen gemacht. Trotz schwerer Krankheit will sie sich für den „RotFuchs“ engagieren. Wir freuen uns darauf.

Eine parteilose Kommunistin und langjährige RF-Leserin,

Genossin Eva Fleischer aus Berlin

beginnt am 30. Juni 2002 ihren 75. Geburtstag. Nachträglich von Herzen alles Gute!

Arbeiterschriststeller Hans-Dieter Hesse, Recklinghausen:

Der Enkel will 'ne Taube

Mich hat es vor knapp einem Jahr erwischt. Nix Sozialplan – Kündigung, Schluß, aus! Das war ein Schlag mit dem Hammer. Du fühlst dich, als hätte man dir wirklich einen vor die Birne gekloppt. Wie betäubt. Angst ist das! Kannst du mir glauben; wer das überspielt ... alles Sprücheklopfer. Du bist ein erwachsener Mann mit nichts außer Angst. Tagsüber versteckst du dich und nachts grübelst du. Das frißt und nagt in dir wie Wut, die du nicht ausspucken kannst. Ich kann verstehen, wenn einer dann das Saufen anfängt oder sonstwie durchdreht. Nützt aber nix!

In so ,ner miesen Lage wird dir wieder klar, was deine Frau für dich bedeutet. Meine

Lene hat mir geholfen – mehr als sie ahnt. „Schließlich bist du doch wer!“ sagt sie zu mir. Kein Schmus dabei! „Hast die Kinder zu anständigen Menschen erzogen. Hast dich krummgelegt, damit sie ihren Beruf erlernen konnten. Über 30 Jahre hast du brav und ehrlich malocht. Wer von den sogenannten Herren da oben kann das von sich behaupten, ohne schamrot zu werden?!“

Richtig auf Trab hat sie mich wieder gebracht. Ein Eckregal sollte ich ihr zimmern, das ihr schon immer gefehlt hätte, und wegen einer breiteren Fensterbank für mehr Blumen sollte ich mir auch etwas einfallen lassen. Ohne einen Rippenstoß von Lene

hätte ich mich nie selbst ans Tapezieren getraut. So ein Erfolgserlebnis brauchst du einfach zum Beweis, daß du noch etwas taugst. Aber ohne Arbeit ist das kein richtiges Leben! Ohne diesen Rückhalt packt dich immer wieder die Unzufriedenheit. Dann fällt dir die Decke auf den Kopf. Zum Kotzen, wenn ich nur daran denke, daß sie unsere Kinder zur Kasse bitten, wenn ich bald um Arbeitslosenhilfe betteln muß. So ein rundum gutes Gefühl kommt bei einem Arbeitslosen nicht mehr auf.

Da kann dir schon der Kragen platzen, wenn du einen Bummel durch die Geschäftsstraße machst. Seh' ich neulich im Schaufenster ein lebensgroßes Kalb. Eine Wucht von einem Stofftier, sage ich dir. Arbeitslosengeld für zwei Monate hätte ich dafür hinblättern müssen. Es scheint aber Auserwählte zu geben, die so ein Vieh kaufen können! Sei allen Kindern gegönnt – doch unsereiner muß sich eine Mark vom Mund abzwacken, wenn er seinem Enkel mit ,nem Eis ,ne Freude machen will. Da kriegst du manchmal eine Stinkwut!

Im Schaufenster nebenan Kettcars. Auch unerschwinglich. Soll mein Enkel als einziger in unserer Straße mit einem Schibbelreifen um die Ecke kurven wie früher? Du baust ihm eine Seifenkiste, denk' ich. Nicht als Überraschung, mit ihm zusammen bastelst du die. Bin ich gleich mit meiner Bollerkarre nach einer Baustelle gezogen, auf der ich den Polier kenne. „Klar, Willi, hol dir die Schalbreter aus dem Container, die landen sonst auf der Müllkippe. Aber laß dich nicht vom Architekten erwischen. Der paßt auf wie ein Schießhund – wir bauen hier nämlich ein Atombunkerchen ein, so ,nen Bratfolienersatz für Reiche.“

Und richtig! Als ich mit meiner Fuhre losziehen will, kommt ein Mercedes angeprotzt. Puterroter Schmalzkopp mit weißem Helm drauf. Krakeelt und droht mit der Polente. Stinkt drei Meilen gegen den Wind nach Fusel und stellt mich als Klaubruder hin. Am liebsten hätte ich ihn einen vor den Tabernakel gehauen – aber kannst doch nicht so tief sinken und dich mit dem auf eine Stufe stellen.

Bretter habe ich dann doch bekommen. Bessere sogar! Nachmittags steht mein Polier mit Kanthölzern und gehobelten Bohlen auf der Matte, grinst mich an und kneift ein Auge zu. Haben wir beide eine Pulle Bier getrunken und die Seifenkiste zusammen entworfen. Mit meinem Enkel hab' ich die dann gebaut. Schnittige Karre! Sag' ich stolz zu dem Kleinen: „Da zischt du ab wie eine Rakete. Soll ich als Namen RAKETE draufpinseln?“

„Nee, nee, Opa“, sagt das Kerlchen. „Nix Rakete, mal man ruhig eine Friedenstaube drauf. So eine wie auf unserem Lada.“

Da stand ich mit meinem kurzen Hemd; verlegen, aber stolz. Und er gab mir in aller Unbekümmertheit gleich noch einen Brocken zu schlucken: „Wenn ich später arbeitslos bin, dann bau' ich auch Seifenkisten.“

Der Junge kommt jetzt in die Schule. Da soll er ja „fürs Leben“ lernen. Wird uns doch seit 2 000 Jahren vorgeflunkert. Verdammtnochmal, laßt uns endlich damit anfangen! Geschrieben im Juli 1983

Aus einem Flugblatt der Berliner Erwerbsloseninitiativen, Juni 2002

Als Erwerbsloser bekommen Sie jetzt anfangs Arbeitslosengeld und später, wenn der Anspruch dafür abgelaufen ist, Arbeitslosenhilfe. Aber das soll geändert werden. Das Arbeitslosengeld soll nur noch höchstens für ein Jahr gezahlt werden, dann gibt es lediglich Sozialhilfe. Als Erwerbstätiger erhalten Sie Lohn oder Gehalt. Aber wie unsicher bezahlte Arbeit sein kann, erfahren wir fast jeden Tag in den Nachrichten, wenn wieder ein großes Unternehmen Arbeiter entläßt (23. 3. 02: Telekom baut weitere 10 000 Arbeitsplätze ab). Dann kann es auch Sie treffen. Und dies wird, wenn die angedachten Vorschläge der Regierungsparteien in Übereinstimmung mit den Verbänden der deutschen Wirtschaft umgesetzt werden, Arbeitslosengeld für höchstens ein Jahr und dann freien Fall auf Sozialhilfeniveau bedeuten.

Die Höhe der Arbeitslosenhilfe richtet sich nach der Höhe des früher erzielten Erwerbseinkommens und beträgt je nach Familienstand 50 bis 53 % davon. Nunmehr soll sich die Höhe nach den Sozialhilfesätzen richten. Das heißt, daß ein alleinlebender ausgesteuerter Erwerbsloser 111 Euro im Monat weniger als bisher bekommt, ein Ehepaar mit Kind 202 Euro minus hat und ein Ehepaar ohne Kind sogar 304 Euro verliert.

Deshalb: Hände weg von der Arbeitslosenhilfe!

Eingesandt von Peter Bryk, Berlin

SONDERANGEBOT für RotFuchs-Leser:

Peter Hacks: Die Erzählungen

Edition Nautilus, Hamburg 1995, Leinen, 208 S., nur 6 € (bisher 20 €)

Die in diesem schön gestalteten Buch erstmals gesammelten Erzählungen handeln von Sehnsucht, seltsamen Freundschaften, wunderlichen Begebenheiten und natürlich vom ausschweifenden Zauber der Liebe. Der Band enthält u. a. das berühmte „Schuhu“-Märchen; er enthält auch den „Magister Knauerhase“, welcher die Begebenheiten zwischen Ulbricht und Honecker aus dem Blickwinkel von 1985 erzählt, und die „Gräfin Pappel“, welche den Verlauf derselben Geschichte im Rückblick von 1992 berichtet.

Wolfgang Metzger: Bibliographie deutschsprachiger Sowjetunion-Reiseberichte, -Bildbände und -Reportagen. 1917–1990

Verlag Otto Harrassowitz, Wiesbaden 1991, 446 S., nur 22 € (bisher 85,90 €)

„Das Ziel der umfangreichen, sorgfältig edierten Bibliographie ist, wie der Verfasser formuliert, die Erforschung des sowjetischen Alltags in Wort und Bild, das Ausmessen der Spanne zwischen Ideal und Wirklichkeit bibliographisch aufzuspüren, festzuhalten und verfügbar zu machen‘. ... Die dokumentarische Fleißarbeit ... kann sich sehen lassen.

Sie ist benutzerfreundlich und bietet ohne Zweifel eine solide Arbeitsgrundlage und eine Fülle von Impulsen für Slawisten, Historiker, Politologen, Geographen, Journalisten und Landeskundler und diejenigen, die die publizistische, reiseliterarische und bildkünstlerische Darstellung der Sowjetunion wissenschaftlich bearbeiten möchten.“

(Wolfgang Schriek)

Dieter Noll: In Liebe leben

Gedichte 1962–1982

Aufbau-Verlag, Berlin 1985, 88 S., 8 €

Karl-Eduard v. Schnitzler: Meine Filmkritiken.

1955–1960. Eine Auswahl
Nordost-Verlag, Berlin 1999, Großformat, 72 S., nur 4 € (bisher 7,80 €)

Dieser Sammelband mit Arbeiten des Fernsehkommentators Karl-Eduard von Schnitzler aus den Jahren 1955 bis 1960 enthält Kritiken zu so bedeutenden und auch heute noch (oder wieder) gesuchten und gerne gesehenen Filmen wie „Der Teufelskreis“, „Der Hauptmann von Köln“, „Schlösser und Katen“, „Tinko“, „Berlin - Ecke Schönhauser“, „Kuhle Wampe“, „Das Lied der Matrosen“, „Sterne“, „Ein Menschenschicksal“. Neben Vorbemerkungen des Herausgebers zur Entstehungsgeschichte des „unzeitgemäßen“ (?) Buches enthält das Werk einen Beitrag des Autors „Zur Situation des DEFA-Spielfilms“ - geschrieben anlässlich des zehnten Jahrestages der DDR (1959) und ein Geleitwort „Kunst ist Waffe“ vom 7. Oktober 1999.

Klaus Steiniger: Tops und Flops. Die Geschäfte der US-Geheimdienste. Mit einem Vorwort des ehemaligen Top-Agenten „Topas“

Elefanten Press (Espresso), Berlin 1998, 256 S., nur 5 € (bisher 17,85 €)

Mit großer Sachkenntnis gibt der Autor Einblick in Methoden und Umfeld der wichtigsten US-Geheimdienste, die ihre unheimliche Macht auch gegen die eigene Bevölkerung entfalten und sich seit Jahrzehnten als unkontrollierbarer Staat im Staat gebärden.

Das fünfte Buch des Amerika-Experten, langjährigen Auslandskorrespondenten des Neuen Deutschland und „RotFuchs“-Chefredakteurs Dr. Klaus Steiniger ist nicht nur ein höchst informatives und spannend wie ein Polit-Krimi zu lesendes Buch, es stellt auch eine linke Gegenoffensive dar, dazu geschrieben ohne Entschuldigungen, in der bekannten klaren Parteinahme des Autors.

Wir raten Interessenten zu schneller Bestellung (Telefon 030/391 84 24), da jeweils nur einige wenige Restexemplare zur Verfügung stehen.

Wie aus der Bundeswehr eine Interventionsarmee wurde

Die neuen Bellizisten

Die Auflösung des Warschauer Vertrages und der Zerfall der UdSSR öffneten Zugänge zu Absatzmärkten und Rohstofflagern. Die USA und die NATO nutzten die Situation, um ihren politischen und wirtschaftlichen Einfluß selbst mit Militäreinsätzen auszudehnen. Auch Deutschland militariserte seine Außenpolitik entgegen eingegangenen Verpflichtungen. An der Seite der USA sowie im Rahmen von NATO und EU versuchte die Kohl-Regierung, die Interessen des deutschen Kapitals weltweit durchzusetzen. Das fand seinen Ausdruck in der Übernahme der NATO-Strategie von 1991 in die Verteidigungspolitische Richtlinie der BRD; in der Destabilisierung Jugoslawiens durch die vorzeitige Anerkennungs politik gegenüber Teilrepubliken der SFRJ; in der Teilnahme der Bundeswehr an Auslandseinsätzen und am ersten NATO-Krieg in Jugoslawien 1995; in der Umrüstung der Bundeswehr und in anderen Maßnahmen.

Die Militarisierung der deutschen Außenpolitik durch die Kohl-Regierung stieß damals auf den Widerstand von SPD, PDS, Bündnis 90/Die Grünen und selbst des Regierungspartners FDP. Das trug nicht wenig zur Abwahl der Kohl-Regierung bei. Die Wähler stellten nun hohe Erwartungen an die neue Schröder-Regierung.

Die Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 20. 10. 1998 mit dem Titel „Aufbruch und Erneuerung – Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert“ sieht eine Politik „für wirtschaftliche Stabilität, soziale Gerechtigkeit, ökologische Modernisierung, außenpolitische Verlässlichkeit, innere Sicherheit, Stärkung der Bürgerrechte und Gleichberechtigung der Frauen“ vor. Kapitel XI der Vereinbarung beginnt mit dem Satz: „Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik.“ Dieses Kapitel enthält eine Reihe anspruchsvoller Friedensaufgaben.

Nachdem jedoch der schon abgewählte Bundestag in einer Sondersitzung am 16. 10. 1998 die Teilnahme der Bundeswehr am völkerrechtswidrigen Krieg der NATO gegen Jugoslawien beschlossen hatte, setzte die rot-grüne Bundesregierung diesen Beschluß tatkräftig um. Die Öffentlichkeit

wurde mit Halb- und Unwahrheiten manipuliert, Kritiker diskriminierte man. In der ARD-Sendung „Es begann mit einer Lüge“ am 8. 2. 2001 lobte NATO-Sprecher Shea den Bundeskanzler sowie die Minister Fischer und Scharping als „großartiges Beispiel für politische Führer, die nicht der öffentlichen Meinung hinterherrennen, sondern diese zu formen verstehen ... Wenn wir die öffentliche Meinung in Deutschland verloren hätten, dann hätten wir sie im ganzen Bündnis verloren“. Der NATO-Krieg gegen Jugoslawien 1999 führte zur größten humanitären Katastrophe in Europa nach 1945, für die die Völker noch Jahrzehnte zahlen werden.

Die Koalitionsvereinbarung sieht den Verzicht auf den Ersteinsatz von Kernwaffen und auf Kampfeinsätze ohne UNO-Mandat vor. Die rot-grüne Bundesregierung vertrat diese Forderungen bei der NATO nicht. Sie stimmte der neuen NATO-Strategie von 1999 vorbehaltlos und ohne Diskussion im Bundestag zu.

Am 15. 12. 1999 schlossen Bundeswehr und Wirtschaft den Rahmenvertrag „Innovation, Investition und Wirtschaftlichkeit in der Bundeswehr“ ab. Nach der Berliner Erklärung zum Vertrag vom 4. 5. 2000 soll die Bundeswehr zu einem „wirksamen Instrument deutscher Außen- und Sicherheitspolitik“ mit „erweiterten militärischen Fähigkeiten“ entwickelt werden. Dieser Vertrag steht im Gegensatz zu den Abrüstungsverpflichtungen in der Koalitionsvereinbarung.

Nach dem Rahmenvertrag bestätigte der Bundestag am 12. 10. 2000 die Eckwerte für die Bundeswehrreform. Diese dient der Umrüstung der Bundeswehr zu einer Interventionsarmee. Bei einer Reduzierung auf ca. 280 000 Soldaten werden die Kriseneinsatzkräfte von 50 000 auf 150 000 Mann aufgestockt. Die Bundeswehr soll ohne Mobilmachung eine große Kriegsoperation mit 50 000 Soldaten, zwei mittlere mit je 10 000 Soldaten und parallel dazu mehrere klei-

ne Operationen durchführen können. Das Heer bekommt dafür zwei luftbewegliche Divisionen für Spezialeinsatzkräfte. Luftwaffe und Marine werden für Kriegshandlungen in 4 000 km entfernten Gebieten ausgerüstet. Die rot-grüne Bundesregierung erhält dabei die Unterstützung von CDU/CSU und FDP. Lediglich die PDS und einige andere Abgeordnete sind gegen den Kriegskurs.

Der „Kreuzzug gegen den Terrorismus“ nach dem 11. September 2001 löste in Deutschland bei tiefer Anteilnahme mit den Opfern der Anschläge zugleich Ängste vor einem unbegrenzten Krieg aus. In seiner Berliner Rede am 23. 5. 2002 bekräftigte Präsident Bush die Möglichkeit, Präventivkriege gegen weitere „Feindstaaten“ zu führen. Diese Erstschlagskonzeption hat er wenig später vor Kursanten der USA-Militärakademie Westpoint noch einmal unterstrichen. Der Bundestag stimmte schon am 19. 9. 2001 der „uneingeschränkten Solidarität mit den USA“ zu. Die Teilnahme von 3 900 Bundeswehrsoldaten an der USA-Operation „Enduring Freedom“ (Dauerhafte Freiheit) führte jedoch fast zu einem Eklat. Bundeskanzler Schröder verband die Abstimmung darüber mit der Vertrauensfrage, wobei er eine knappe Mehrheit von 334 Ja- zu 326 Nein-Stimmen erhielt. Sie öffnete der Bundeswehr den Weg zu Kriegseinsätzen.

In blindem Gehorsam zu den USA setzte sich die rot-grüne Bundesregierung über völker- und verfassungsrechtliche Bedenken sowie über internationale Verträge hinweg. SPD und Bündnis 90/Die Grünen gaben ihre antimilitaristischen und pazifistischen Positionen auf und wandelten sich zu Kriegsparteien.

Der Ausweg aus der Militarisierung kann nur in einer konsequent antimilitaristischen Politik bestehen. Daran sollten Parteien und ihre Kandidaten bei Wahlen gemessen werden.

Joachim Wolf, Oberst a. D.

Danke ■ Diese Zeitung wird allein durch Spenden finanziert. Hinter uns steht keine Partei oder Organisation. Wir haben keine Sponsoren. Dafür aber unsere Leser. Sie halten uns seit viereinhalb Jahren - allen Schwierigkeiten zum Trotz - über Wasser. Herzlichen Dank, Genossinnen und Genossen!

Kaninchen im Rübenfeld

Auf unsere Annoncen, die am 22. Juni 2002 im ND und in der jW erschienen, haben wir zahlreiche Anrufe und Zuschriften erhalten. Wir konnten bis zum Redaktionsschluß 149 neue Abonnenten und mehrere Fördervereinsmitglieder gewinnen. Allein die UZ, in der wir gleichfalls inserieren wollten, spielte das Kaninchen im Rübenfeld. Sie druckte unsere Anzeige nicht und gab uns bisher auch keine Antwort. Schade!



Grafik: SHAHAR

Über die faschistoiden Traditionslinien der CDU/CSU

Wäre Stoiber ein deutscher Berlusconi?

Nach Italien und Österreich haben faschistoide Kräfte in Frankreich und den Niederlanden bei Wahlen einen gefährlichen Auftrieb erhalten. In der Bundesrepublik regieren CDU und FDP in Hamburg erstmals auf Landesebene mit einem rechtsextremen Koalitionspartner. Seitdem Stoiber die K-Frage für sich entschieden hat, besteht die reale Gefahr, daß mit dem deutsch-bajuwarischen Nationalisten ein Mann nach Berlin kommt, der den Polizeisenator Schill und den österreichischen Landeshauptmann Haider politisch noch in den Schatten stellen würde.

Könnte Stoiber ein deutscher Berlusconi werden? Diese Frage erhob sich bereits, als der CSU-Vorsitzende und Münchener Ministerpräsident im vergangenen Jahr – nach dem Regierungsantritt des Führers der profaschistischen Koalition in Rom – diesen postwendend zum Staatsbesuch nach Bayern einlud. Antifaschistische Proteste ließen es Stoiber dann geraten erscheinen, die Einladung zum Parteitag der CSU, die ebenfalls ausgesprochen worden war, zurückzustellen. Zur offiziellen Visite würde er den Hitler-Bewunderer Berlusconi gern als Kanzler empfangen.

Stoibers Sympathien für den Chef der nach faschistischen Vorbildern aufgebauten Forza-Partei, sind keine Überraschung. Intensive Beziehungen zu Italiens Faschisten gehören seit Adenauers Zeiten zum braunen Rand von CDU und CSU. Wurde doch mit ihm ein Politiker erster Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, der dem Duce schon 1929 als Kölner Oberbürgermeister zum Konkordatsvertrag zwischen Vatikan und faschistischem Regime mit folgenden Worten gratulierte: „Der Name Mussolini wird in goldenen Buchstaben in die Geschichte der katholischen Kirche eingetragen.“

Als der Hitlergeneral Gehlen für Adenauer dann den BND aufbaute, war der Chef des italienischen Geheimdienstes SID, Mussolinis Offizier Vito Miceli – ein Mann der faschistischen Sozialbewegung MSI – sein Gesinnungskumpen. Miceli, der 1973 einen dritten Versuch unternahm, in Rom ein Regime der extremen Rechten an die Macht zu putschen, erhielt aus der BRD mit Hilfe des BND, in dem CDU und CSU das Sagen hatten, Waffen geliefert. Unbehelligt von den bundesdeutschen Behörden konnte auch der größte SS-Verein HIAG, der in Italien mit Tausenden Mitgliedern seine stärkste Auslandsorganisation unterhielt, die faschistischen Umsturzversuche unterstützen.

Schirmherr dieser Beziehungen war Stoibers Ziehvater Strauß, seit 1949 MdB, von 1953 bis 1963 Bundesminister, darunter seit 1956 auf der Hardthöhe. Ex-Verteidigungsminister Strauß blieb auch nach seinem unfreiwilligen Ausscheiden aus der Regierung eine Schlüsselfigur im NATO-System. Dank solcher Kontakte konnten Spitzenleute der MSI wie der Chef ihrer Terrorbanden Pino Rauti und der Stratege subversiver MSI-Operationen Guido Giannettini nicht nur in NATO-Stäben ein- und ausgehen; sie hatten auch Zutritt zu Kommandostellen und Einheiten der Bundeswehr. Im Rahmen der Vorbereitung eines

Putzsches, den der Kriegsverbrecher und frühere Mussolini-Kommodore Valerio Borghese 1970 auslösen wollte, nahmen Rauti und Giannettini im Herbst 1969 an einem Lehrgang für psychologische Kriegsführung der Bundesweherschule in Euskirchen teil. Frisch ausgebildet, begaben sie sich danach direkt nach Reggio Calabria, wo sie an der Spitze ihrer Terrorbanden regelrechte Bürgerkriegskämpfe anzettelten, die der Armee den Vorwand zum Eingreifen liefern sollten. Im Dezember 1969 organisierte Rauti mit dem gleichen Ziel den Bombenanschlag in der Mailänder Landwirtschaftsbank, bei dem es 16 Tote und fast 100 Verletzte gab. Unter den Augen des BND und damit der CDU/CSU berieten 1972 rund 100 Faschisten Westeuropas unweit von München über die Unterstützung des landesweiten Terrors in Italien. Übrigens rekrutierte der BND seine italienischen Agenten – Presseberichte in den 70er Jahren bezifferten sie auf über 500 – mit Vorliebe in Faschistenkreisen. 1977 verhalfen Männer dieses Geflechts aus der BRD und Italien mit Geheimdienstdeckung beider Länder dem Nazi-Kriegsverbrecher Kappeler zur Flucht aus italienischer Haft in die Bundesrepublik.

Eine Schlüsselrolle spielten die Hans-Seidel-Stiftung, die mit etwa 80 Auslandsbüros seit den Zeiten von Strauß als faktisches Außenministerium der CSU gilt, und die ihr nahestehende Deutsch-Italienische Freundschaftsgesellschaft. Zu deren Spitzenleuten gehörte der berüchtigte Terroristenführer Giovanni Ventura, der ebenfalls am Bombenattentat in Mailand beteiligt war. Als er vor Gericht gestellt werden sollte, floh er 1979 mit einem weiteren Attentäter nach Bayern, wo er wie schon vorher andere Faschisten Unterschlupf fand. MSI-Chef Almirante rühmte sich zu dieser Zeit im italienischen Fernsehen der „guten Kontakte zur CSU“ und der Übereinstimmung in „politischen Fragen“.

Mit Stützpunkten in 25 Städten, darunter in München, Augsburg, Stuttgart und Frankfurt am Main konnte die MSI in der Bundesrepublik, wo Hunderttausende italienische Gastarbeiter leben, sogenannte Trikolore-Komitees aufbauen, die wie Parteibüros funktionierten, MSI-Ortsgruppen bildeten, die Zeitschrift „Oltreconfine“ und weitere Propagandamaterialien verbreiteten. Diese Auslandsvertretungen bestehen heute

unter der von Italiens Vize-Premier Fini geführten faschistischen Nachfolgepartei Alleanza Nazionale weiter. „Oltreconfine“ vermeidet im Impressum lediglich ein offenes Bekenntnis zur AN. Baden-Württembergs Ministerpräsident Teufel wünschte der Zeitschrift 1999 zum 30jährigen Bestehen weiteres „erfolgreiches Wirken“ und „für die Zukunft alles Gute“.

Neuen Auftrieb erhielt das Traditionsbündnis, als Berlusconi 1994 mit Faschisten und Rassisten seine erste Regierung bildete, was bei CDU/CSU unverhohlene Sympathiebekundungen auslöste. Das werde „Auswirkungen im ganzen westlichen Europa“ haben, schrieb die FAZ. Kohl lag, als er zwei Monate später Berlusconi zum Staatsbesuch empfing – bezeichnenderweise dem ersten, den der Römer absolvieren konnte – ganz auf der Linie der „Zeitung für Deutschland“. Er nannte die rechtsextreme Wende in Italien einen „historischen Augenblick“ und sprach sich für eine „enge Zusammenarbeit“ mit der profaschistischen Regierung aus. „Capital“-Chefredakteur Johannes Groß sekundierte, der Faschismus bleibe „eine der Möglichkeiten der Politik“.

Seit 2001 wurde dieser Kurs forciert fortgesetzt. Die CDU drückte ihre Hoffnung aus, mit der wieder ans Ruder gelangten Berlusconi-Mannschaft möge die Ablösung der (zu dieser Zeit noch) mehrheitlich sozialdemokratisch geführten EU-Regierungen Europas beginnen.

Als Kanzlerkandidat demonstriert Stoiber, wie er sich an Berlusconi zu orientieren gedenkt. Hatte der Forza-Chef bei seinem zweiten Regierungsantritt ganz im Stile faschistischer Repression verkündet, Italien von Kommunisten und Linksdemokraten zu „befreien“, so will Stoiber dem „rotgrünen Spuk“ ein Ende bereiten, das Grüne „herausreißen“, dann das Rote „vertilgen“, um zur „Erneuerung Deutschlands“ zu kommen. Und sollten „Reformschritte“ nicht genügen, werde man „weitersehen“. Wie Berlusconi?

Für die Bundestagswahl kann es nur eine Losung geben: Stoppt Stoiber, den deutschen Berlusconi! Daß man dabei nicht der Illusion erliegen darf, Schröder und Fischer mit ihrem Kriegskurs seien dazu eine „linke Alternative“, versteht sich von selbst.

Gerhard Feldbauer



Wie Sharon ein KZ für die Palästinenser errichtet

Von Schutzwällen zu Kriegszäunen

Dabbelju B., Vormann des Weltherrschafts-Aspiranten USA, droht unumwunden mit Krieg. Diffamierung möglicher Opfer und Haß gegen Fremde, Rassenhaß also, eskalieren. Ähnlich war's im Vorlauf von 1914 unter Kaiser Wilhelm, dann 1939 unter Hitler. Nun im hochgefährlichen Atomzeitalter. Alles unter dem dehnbaren Begriff „Bekämpfung von Terroristen“. Seit das friedensorientierte Gegengewicht Sowjetunion ausgeräumt ist, wächst die Weltbrandgefahr sprunghaft. Hinzu kommt, daß im Zuge konzernkapitalistischer Technik-Perversion immer grausamere, ferngelenkte, Kontinente überspringende Massenvernichtungswaffen zu überraschenden Erstschlägen – man nennt das „Präventivkriege“ – einem Angreifer zur Verfügung stehen.

Bush hat noch einen draufgesetzt und den ABM-Vertrag über die Begrenzung von Raketenabwehrsystemen gekündigt. Ohne eine Pause einzulegen, läßt er in Alaska – relativ nah von Volkschina und Rußland – zusätzliche Abschußbasen errichten. Zu etwaigen heutigen Atomkriegen bemerkte warnend der wohl kundigste deutsche Experte mit unmittelbarer theoretischer und praktischer Weltkriegs-Zwei-Erfahrung, Carl Friedrich von Weizsäcker: „Dann wäre das Ende der Menschheit nicht auszuschließen. Allein der Schaden, den zwei Atombomben der Amerikaner in Japan angerichtet haben, zeigt ja, was für eine fürchterliche Zerstörung dann möglich ist.“ (Interview 13. 6. 02)

Längst schotten die Vereinigten Staaten ihr mit abschußbereiten Fernraketen gepicktes Kerngebiet zunehmend ab. Allerstrengste Einreisekontrollen gehören unter anderem dazu. Längs der Grenze zu Mexiko sperrt ein von Scherwaffen mit Schieberlaubnis bewachter übermannshoher Stahlzaun das eigene Territorium gegen die Massen hungriger und gringokritischer Lateinamerikaner ab. Gegen eigene Leute sind innerhalb der Vereinigten Staaten viele hundert als brisant betrachtete Objekte stacheldrahtbewehrt eingegiegt. In Lebensgefahr begibt sich, wer entsprechende Warnschilder nicht beachtet.

Im Vergleich damit scheint die Mauer rückblickend als simpel. Mit ihr schützte sich die DDR gegen das Großaufgebot unterschiedlicher westlicher Geheimdienste sowie gegen den Leerkauf mittels dollargestützter DM. In der Mauer-Vorzeit hatten sich Massen von Westlern bei einem Tauschkurs von bis zu sieben Ost- gegen eine West-Mark mit Brot, Gemüse, Haushaltswaren usw. für Pfennige in der DDR eindecken können und billigst Dienstleistungen, so bei Friseuren, in Anspruch genommen. Zum Nachteil der Einheimischen.

Wie auch immer, solange die Mauer stand, das weiß jede und jeder, gab es in Europa trotz zeitweilig angespannter Lage über Jahrzehnte keine Kriege. Es war eben eine zwischen den antagonistischen Lagern Frieden schaffende Schutzmauer. Bald nachdem sie fort war, kam es weithin zur Eskalation: In Nahost, auf dem Balkan, in Afghanistan usw. Und nun? Im Trend um sich greifender Unheilsahnungen titelte „Der Spiegel“ Mitte Juni: „Europa macht

dicht.“ Per Fernseher erreichen uns täglich schlimme Bilder. In Nahost hochgerüstete schießwütige Israelis, Häuser niederwalzend, Ortschaften aus Flugzeugen und Hubschraubern bombend und beschießend. In die Enge getriebene junge Palästinenser machen sich in Attentaten Luft. Das ist Alltag in der für die Amerikaner wichtigen, weil den Ölzentren nahen und am Anfang der Heerstraße gen Fernost befindlichen Aufmarschbasis des USA-hörigen zionistischen Israel.

Schon vor über 100 Jahren, bald nach Veröffentlichung von Herzls „Judenstaat“, hatten unterschiedlich orientierte, aber weit-sichtige Juden selbstbeschädigende fatale Auswirkungen bei Realisierung der zionistisch-kolonialistischen Doktrin voraus-kuliert. Es gab Warnungen von J. Pollock, Arkadi Kremer, Boroehowski u. a. in „Theoretische Probleme des Zionismus“ und zahl-reichen anderen. Der „Bund“, damals welt-weit die größte jüdische Organisation, hatte auf die unausweichliche Zuspitzung des Konflikts mit den aus ihrer Heimat zu Ver-treibenden hingewiesen. Man dürfe die arabische Mehrheit nicht einer „Handvoll jüdischer Chauvinisten“ ausliefern.



Nun setzt das von Besetzung zu Besetzung vordringende zionistische Regime auf Erez Israel, also Groß-Israel, vorerst unter Einbeziehung von syrischen, jordanischen und ägyptischen Gebieten. Zur Konsolidierung des bisher Besetzten wird nach USA-Vorbild – und zwar zum Teil auf palästinensischem Gebiet – ein 105 Kilometer langer, personell und elektronisch gesicherter abgrenzender Stahlzaun errichtet. Wer hier nun noch auf eine israelisch-palästinensische Friedenslösung hofft, ist ein unverbesserlicher Träumer. Denn nach altzionistischem Muster setzt Israels Regierung auf Zeitgewinn für ihre Ziele. Darum erfolgt die Verwicklung weltweit Interessierter in endlose Debatten über illusorische Vorschläge wie Oslo- oder Tenet-Plan.

Das Wichtigste, was ich seit langem in dieser Sache gelesen habe, hat der arafatkritische bürgerlich-patriotische palästinensische Arzt Dr. Haidar Abdel Shafi am 11. Juni 2002 in einem ND-Interview gesagt: „Israel hat noch keine Abstriche an den Forderungen der ersten Konferenz der zionistischen Bewegung, die 1897 in Basel stattfand, gemacht. Angesichts dieser Haltung ist eine Lösung unvorstellbar. Bemerkenswert ist, daß Israel bisher nicht über seine Staatsgrenze, deren Anerkennung es verlangt, gesprochen hat. Als der damalige Ministerpräsident Ben Gurion nach den Grenzen des Staates Israel gefragt wurde, antwortete er: „Die Grenzen sind da, wo der israelische Soldat steht.“

Zwecklos also, sich in verwirrende Debatten über USA-Vorschläge, „Pläne“ usw. verwickeln zu lassen. Es muß über Zionismus gesprochen und immer wieder gefragt werden, ob Israel bereit ist, sich auf das ihm vor Jahrzehnten durch die Vereinten Nationen zugeteilte Gebiet, das ihm garantiert wird, nach Auflösung der Siedlungen zurückzuziehen, den zu bildenden Palästinenserstaat und dessen Grenzen anzuerkennen und, wie zwischen Zivilisierten üblich, zu respektieren. Ist darüber Einigkeit erzielt, wird alles weitere keine Schwierigkeiten mehr bereiten. **Fritz Teppich**

Freiheit für Ahmed Sa'adat und Marwan Barghouti! Israels politische Gefangene

Der oberste palästinensische Gerichtshof, dessen Entscheidungen aufgrund der realen Machtverhältnisse kaum Wirkung besitzen, hat die Freilassung des Generalsekretärs der linksgerichteten Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP), Ahmed Sa'adat, „angeordnet“. Ihm war eine Rolle als Hintermann bei der Tötung von Scharons Tourismus-Minister Rhamav Ze'evi unterstellt worden. Den hatten vier Mitglieder der PFLP am 17. Oktober 2001 als Vergeltung für den mit einer Hubschrauberrakete am 21. August 2001 begangenen israelischen Mord am Vorgänger Sa'adats, dem PFLP-Generalsekretär Abu Ali Mustafa, erschossen. Die Attentäter waren durch ein palästinensisches Gericht zu Freiheitsstrafen von einem bis zu 18 Jahren verurteilt und – nach massiver Druckausübung auf Arafat – in das von Briten und Amerikanern kontrollierte Gefängnis Jericho, sprich: an die Israelis, überstellt worden.

Dieser Prozeß, zu dem keine exakten Beweise vorgelegt und keine Verteidiger zugelassen wurden, war kein ordentliches Gerichtsverfahren. Im selben Zusammenhang wurde Sa'adat – ein innenpolitischer Gegenspieler Arafats – den Feinden der Palästinenser in die Hände gespielt. Die USA und Großbritannien haben gegen die Entscheidung des obersten palästinensischen Gerichts sofort ihr „Veto“ eingelegt.

In einem israelischen Gefängnis in West-Jerusalem befindet sich Marwan Barghouti, Generalsekretär von El Fatah im Westjordanland und Chef von Tanzim, wie sich der bewaffnete Arm der Partei Arafats nennt. Barghouti wurde am 15. April 2002 durch die israelischen Okkupanten gekidnappt und verschleppt. In bis zu 18stündigen Verhören gefoltert, hat er bis heute keinen Anwalt gesehen.

R. F., gestützt auf „Solidaire“, Brüssel

Wie der Warschauer Vertrag die Konterrevolution in der CSSR zerschlug

Die Mär vom „Prager Frühling“

Die Ereignisse in der CSSR 1968 bewegen seit der osteuropäischen Konterrevolution die Gemüter der neuen Reformisten und Renegaten. Sie sprechen von der verpaßten historischen Chance für den Sozialismus und wollen den Beginn des Untergangs der europäischen sozialistischen Staaten am Scheitern des „Prager Frühlings“ festmachen. Demzufolge wird auch der Einmarsch von Armeen des Warschauer Vertrages verurteilt. So schrieb z. B. Gregor Gysi: „Wir bedauerten vor allem, daß der Versuch eines demokratischen Sozialismus im Keime erstickt worden war.“ (Ein Blick zurück, ein Schritt nach vorn. Hamburg 2001, S. 298) Hier wird vorgegaukelt, daß das „tschechoslowakische Modell des Sozialismus“ in irgendeiner Weise gegriffen oder prosperiert hätte. Dieser Prozeß sei durch den Einmarsch jäh beendet worden. Mit derlei Einschätzungen befinden sich die PDS-Führer vollends im großbürgerlichen Fahrwasser. Im Neuen Großen Lexikon (Neckarsulm 1999, S. 665) heißt es: „... die unter Dubcek 1968 eingeleiteten Reformen, ... die im August 1968 durch den Einmarsch der Streitkräfte der Warschauer-Pakt-Staaten unterbunden und später rückgängig gemacht wurden.“ Damals wie heute wird der Eindruck vermittelt, daß die verbündeten Truppen nur einmarschiert seien, um die tschechoslowakischen Linken zu entmachten und Reformen im Sinne eines „besseren Sozialismus“ zu verhindern.

Allerdings sprechen die Tatsachen eine andere Sprache: Die KPC und der sozialistische Staat hatten zum Zeitpunkt des Eingreifens der Verbündeten ihre führende Stellung bereits verloren bzw. waren weitgehend paralysiert. Man konnte ihnen nichts nehmen, was sie ohnehin nicht mehr besaßen. Die Vorstellungen vom „Sozialismus mit menschlichem Gesicht“ oder vom „demokratischen Sozialismus“ hatten sich als unrealistisch und in der gegebenen Klassenkampfsituation sogar als existenzgefährdend erwiesen. Diese „guten Absichten“ wurden allerdings nicht von sozialistischen Armeen, sondern von der inzwischen starken und unter der Bevölkerung großen Widerhallfindenden bürgerlichen Konterrevolution zunichte gemacht. Die Dubcekschen „Reformen“ nutzten einzig und allein den Feinden des Sozialismus. Die KPC-Führung ging von einer falschen Klassenanalyse und der Fehleinschätzung aus, die sozialistische Gesellschaft der CSSR sei schon hoch entwickelt und jedem liege nur deren Wohl am Herzen. Die KPC-Spitze – vor allem der ideologisch schwache und leicht beeinflussbare Alexander Dubcek (er wurde 1990 ganz offiziell Sozialdemokrat) – hatte den Blick dafür verloren, daß die erst 1948 politisch entmachtete und im Lande verbliebene Bourgeoisie sich nun bietende Möglichkeiten nutzen würde, um mit den Kommu-

nisten abzurechnen. Zwanzig Jahre mußten sich die früheren Ausbeuter unter dem Druck der Partei und der Sicherheitsorgane zurückhalten, nun konnten sie sich angesichts geöffneter Ventile artikulieren.

Wie bei jeder Konterrevolution wurden zuerst wirkliche Mißstände und Fehler, die Rechtspraxis, die Geschichte der KPC, die sozialistische Entwicklung und schließlich die Partei selbst angegriffen. Das ZK hatte sich mit der defätistischen Haltung seiner Mehrheit in eine ausweglose Lage manövriert. Man wagte es aus Kapitulantenhafteit wie aus populistischen Gründen nicht, entsprechende Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Damit verlor die KPC ihre politische Handlungsfähigkeit. Sofort wurde ihre Führungskompetenz infrage gestellt; einer Partei, die so versagt habe, könne und dürfe man das Land nicht anvertrauen.

Besonders tief waren die Einbrüche unter der Intelligenz, um deren ideologische Verfassung sich die Partei kaum gekümmert hatte. Hier dominierten bald bürgerliche Auffassungen, besonders unter Journalisten, Kunstschaffenden und Schriftstellern. Sie gaben die stärksten konterrevolutionären Impulse. In den kleinbürgerlich-demokratischen Blockparteien erhoben die Rechten ebenfalls schnell ihr Haupt. Das Verschaffen der Antikommunisten zusätzliche legale Organisationsstrukturen sowie eine bedeutende Einflußerweiterung.

Da Dubcek und die ihn drängenden Kräfte in der KPC-Führung trotz Zusicherungen gegenüber den Warschauer Vertragsstaaten nichts unternahmen, um die verfassungsmäßigen Zustände im Land wiederherzustellen und die Konterrevolution in die Schranken zu weisen (in der CSSR wurden bereits Galgen mit den Namen ständhafter Kommunisten an Häuserwände gemalt), hatte sich eine gefährliche Situation entwickelt. Die Revisionisten an der Spitze der KPC aber bestritten energisch das Bestehen einer konterrevolutionären Situation. Das verschaffte ihnen zwar eine Scheinpopularität, verlieh aber den Antikommunisten noch stärkeren Auftrieb.

Unterdessen hatten die Gegner des Sozialismus die Massenmedien und die Nachrichtenagentur CTK unter ihre Kontrolle gebracht. Ohne führende Rolle der Partei waren auch die Schutz- und Sicherheitsorgane gelähmt. Es entwickelte sich ein Machtvakuum, in das die Rechten hineinstießen. Durch gezielte Verleumdungen und bewußte Falschinformationen gelang es ihnen, große Teile der Gesellschaft auf ihre Seite zu ziehen und auch in der Arbeiterklasse einen tiefen Einbruch zu erzielen. Es stellte sich heraus, daß man in Prag – wie anderswo – deren politische Verlässlichkeit in bezug auf den Sozialismus zu rosig gesehen hatte. Durch die Enteignung der Bourgeoisie und vieler Kleinbürger – in der CSSR betraf sie auch den kleinen und mittleren Besitz – waren Hunderttausende deklassierte Elemente in die Arbeiterschaft „abgesunken“, die Haß auf die Kommunisten empfanden.

Was die meisten Tschechen und Slowaken überdies verwirrte, war der Umstand, daß die Konterrevolutionäre zunächst nicht offen gegen den Sozialismus auftraten, sondern vorgaben, ihn „verbessern“ zu wollen.

Staat und Partei sollten sich aus der Wirtschaft zurückziehen, die KPC ihren Führungsanspruch offiziell aufgeben, bürgerliche Parteien und „freie Wahlen“ sowie das Privateigentum an Produktionsmitteln müßten wieder zugelassen werden. Es wurde gefordert, den Intellektuellen die Führung der Gesellschaft anzuvertrauen. Die KPC könne diese nicht repräsentieren, es sei denn, sie verwandelte sich in eine sozialdemokratische oder kleinbürgerliche Partei. Begriffe wie „tschechoslowakisches Modell“ und „Sozialismus mit menschlichem Gesicht“ sollten die Linke desorientieren und handlungsunfähig machen. Sie wurden als Zwischenstufe beim Übergang zur kapitalistischen Gesellschaftsordnung benutzt. Es handelte sich also um die erste oder kleinbürgerliche Phase der Konterrevolution. Vorerst benötigten die Rechten noch die Partei, in der die Reformisten eine Sammlung marxistisch-leninistischer Kräfte zu unterbinden trachteten. Dubcek – die BRD brachte sogar ein DM-Geldstück mit seinem Bildnis heraus – vermittelte den Eindruck, er habe die KPC fest im Griff.

Die antikommunistische und antisowjetische Stimmung in der CSSR wurde durch die Propaganda der Medien verstärkt, im Falle eines Sieges der Linie des „Prager Frühlings“ werde den Bürgern „westlicher Lebensstandard“, verbunden mit „Demokratisierung“ und „Liberalisierung“, beschert. Das aber zu verhindern sei das Ziel der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder.

Der sich im Frühsommer 1968 beschleunigende konterrevolutionäre Prozeß in der CSSR beschwor die Gefahr einer militärischen Auseinandersetzung mit unabsehbaren Folgen herauf. Die zweite oder großbürgerliche Phase der Konterrevolution – sie zeichnete sich bereits ab – hätte mit dem Herausbrechen der Tschechoslowakei aus dem Warschauer Vertrag zu einer gefährlichen Veränderung des Kräfteverhältnisses in Europa zu Ungunsten des Sozialismus geführt. NATO-Truppen wären dann an der sowjetischen Grenze, der Nordgrenze Ungarns, den Südgrenzen der DDR und Polens stationiert worden. Ohne Zweifel hätte sich der Imperialismus mit diesem Durchbruch noch nicht zufrieden gegeben. Und: Das Ganze wäre nicht unblutig abgegangen.

Deshalb – um das akute militärpolitische Vakuum für den Sozialismus aufzufüllen – erfolgte am 21. August 1968 der Einmarsch der Verbündeten. Er vermochte die unmittelbare Gefahr abzuwenden und gab den ständhaften Kräften in der KPC und der tschechoslowakischen Gesellschaft die Handlungsfähigkeit zurück, um die Konterrevolution unter schwierigsten Bedingungen zurückzudrängen und noch 20 Jahre Sozialismus zu sichern. Angesichts der strategischen Entscheidung der Moskauer Gorbatschow-Leute, die sozialistischen Bruderländer schutzlos zu machen und preiszugeben, war 1990 auch das Schicksal der CSSR besiegelt. Einer der „Erneuerer“ von 1968 ist der heutige Präsident der CR Vaclav Havel. Er praktiziert übrigens keinen „Sozialismus mit menschlichem Gesicht“, sondern knallharten Kapitalismus.

Bernhard Majorow

Vorankündigung

RF-Redation und Vorstand des RF-Fördervereins planen, aus Anlaß des 5. Jahrestages der Herausgabe der Zeitschrift „RotFuchs“ Anfang Februar 2003 die 2. Zentrale Leserkonferenz (vormittags) und – separat – die 2. Zentrale Mitgliederversammlung des Fördervereins (nachmittags) nach Berlin einzuberufen. ■

Zu jüngsten Entwicklungen in Afghanistan

Was brachte die Loja Djerga?

Auch die zweite Runde des Kampfes um die afghanische Beute wurde mit einem Schach matt zu Gunsten der USA entschieden. Der Ex-Monarch Mohammad Saher wollte – wenn nicht König – so doch künftiger afghanischer Präsident werden. Eine breite Unterstützung für ihn wurde seitens der paschtunischen Stämme deutlich signalisiert. Das paßte jedoch den Vereinigten Staaten aus zwei Gründen nicht. In den 50er Jahren hatte er es abgelehnt, Afghanistan zum Mitglied des von den USA geführten zentralasiatischen Militärpakts CENTO werden zu lassen. Und er würde auch jetzt nicht immer nach der Pfeife der USA tanzen, zumindest nicht so, wie die US-Marionette Hamed Karsei. Sowohl Saher Schah als auch der im Ergebnis der Petersberger Konferenz vom Dezember 2001 einfach bei Seite geschobene Präsident Afghanistans Rabani – auch er hatte die Ambition, neuer Präsident zu werden – wurden durch den gebürtigen Afghanen und ehemaligen Mitarbeiter des Pentagon und des amerikanischen Öl-Konzerns UNOCAL sowie Bushs Sonderbotschafter für Afghanistan, Zalmai Khalilzad, so gründlich bearbeitet, daß ihnen die Spucke wegblieb. Mister Khalilzad und nicht der Ex-Monarch gab dann der Presse bekannt, daß Saher Schah „eine Erklärung abgeben möchte, daß er als Kandidat für den Posten als Staatschef nicht zur Verfügung steht und die Kandidatur von Herrn Karsei unterstützt“. Ex-Präsident Rabani war nicht mal der Erwähnung wert. Erst nachdem die Kandidatenfrage im Sinne der USA geklärt war, konnte die Loja Djerga mit einem Tag Verspätung eröffnet werden. Der Verzicht Saher Schahs hat bei den Paschtunen Empörung ausgelöst. Der Stammesführer und frühere Gouverneur von Paktia, Patscha Chan, drohte der Regierung sogar mit Krieg. Die Paschtunen aus der Kabuler Gegend meinten, Karsei sei „ein Lakai der Amerikaner und ein Verräter an König und Volk“. Khalilzad wird von der Bevölkerung als „heimlicher König Afghanistans“, Karsei hingegen nur als „Bürgermeister von Kabul“ bezeichnet. Auf der Grundlage der Petersberger Beschlüsse wurde die Loja Djerga monatelang vorbereitet. Kommissionsmitglieder, handverlesene, regierungsfreundliche Personen zogen durch das Land, um in den rund 350 Bezirken Wahlmänner küren zu lassen oder einfach zu ernennen. Daß diese Emissäre nicht bei allen beliebt waren, zeigt eine ganze Serie politischer Morde. So wurden in der Provinz Kunar im Nordosten Afghanistans Ende Februar sieben Männer umgebracht, nachdem sie sich zuvor mit Mitgliedern der Kommission getroffen hatten. Die mächtigsten Stammes- und Kriegsführer wollten um jeden Preis in die Loja Djerga. Wer es wagte, sie daran zu hindern, wurde eliminiert. Wären die Kommission, die UN und Wahlhelfer in der Lage gewesen, die aufgestellten Kriterien zur Wahl der Vertreter durchzusetzen, hätten fast alle einflußreichen Männer Afghanistans ausgeschlossen gehört. Denn eigentlich durften nur Personen gewählt werden, die keine Verbindung zu terroristischen Organisationen hatten, nicht am Rauschgifthandel, an der Ausplünderung Afghanistans, an Kriegsverbrechen oder an Korruption beteiligt waren. Kein Wunder, daß es bei der Debatte im Konferenzzelt gegen die Teilnahme von War-

lords und Modjahedinkommandanten Proteste gab. „Uns wurde gesagt, daß an der Loja Jirga niemand teilnehmen würde, an dessen Händen Blut klebt“, sagte der Delegierte Safar Mohammad unter dem Applaus der Versammlungsteilnehmer. Obwohl der Wahlkampf offiziell erst am 13. April beginnen sollte, wurde faktisch schon seit Monaten um Mandate gekämpft. „Alle Warlords, alle Parteien verteilten in den Provinzen eifrig Geld und Waffen, um ihre Leute in die Loja Jirga zu bringen“, verkündete offen der Stellvertreter des Kommissionsleiters Hoquqmal. Auch der EU-Beauftragte für Afghanistan Klaiber sprach von massiven Einschüchterungsversuchen der Kriegsfürsten.

Die Loja Djerga sollte am 10. Juni eröffnet werden, was sich jedoch um einen Tag verzögerte. Offiziell wurde dies mit „logistischen Gründen“ motiviert. Tatsache ist aber, daß neben einem Machtkampf um die Führungspositionen zur Überraschung einiger Beteiligten statt der vorgeschriebenen 1500 Delegierten (500 davon waren ernannt), 1 700 den Zutritt in das Versammlungszelt erhielten. Da trotz des massiven Drucks nicht auszuschließen war, daß Karsei durchfallen könnte, wurde prophylaktisch zusätzliches Stimmvieh eingeladen. Den Frauen waren ursprünglich 25 % der Delegiertenmandate zugesichert worden, sie kamen aber nur auf ein Achtel. Als der Delegierte Abdul Nasim aus Kabul die Diskriminierung der Frauen als „unislamisch“ bezeichnete, bekam er Morddrohungen und floh in das nächste UN-Büro. Sofort nach der Eröffnungsrede des Ex-Monarchen Saher, der für die Wahl von Karsei plädieren mußte, erklärte sich Karsei aufgrund des Beifalls zum Präsidenten Afghanistans, was zu allgemeiner Verwirrung führte. Unter den Teilnehmern war es schon am zweiten Tag zu Streit und Handgreiflichkeiten gekommen. Bis zu siebzig Delegierte verließen das Versammlungszelt aus Protest, weil sie auf die wichtigen personellen Entscheidungen keinerlei Einfluß nehmen konnten. „Eine plumpe amerikanische Aktion“, nannte die „New York Times“ die Art und Weise, wie die Bestellung Karseis zum Präsidentenkandidaten zustande kam. Während seine Gegenkandidatin Frau Masuda Djalal von der internationalen Presse als „Sensation“ bezeichnet wurde, nannte Verteidigungsminister Mohammad Qasim Fahim ihre Bewerbung „ehrenrührig“.

Nach sieben Tagen hatte die Versammlung ihren Tiefpunkt erreicht. „Hier zu sitzen ist Zeitverschwendung“, sagte Mohammad Saber Naseri aus der südlichen Provinz Sabul. Karsei hatte eigenmächtig ein 111-köpfiges Übergangsparlament nach seinem Geschmack vorgeschlagen, was auf dem Petersberg so nicht vereinbart gewesen war. Mit diesem Schachzug wollte er möglicherweise die in 18 Monaten vorgesehenen „freien“ Wahlen zur Bildung eines Parlaments torpedieren und gleichzeitig seine Position gegenüber anderen Gruppen in der Regierung stärken. Am 13. Juni wurde er zum Gewinner der Wahl erklärt. Interessanterweise gab es 24 Stimmen mehr als anwesende Delegierte. Danach erklärte Karsei ganz nach dem Geschmack der USA: „Das Beste, was wir getan haben, ist der Kampf gegen den Terrorismus.“ Dennoch müsse man zwischen Taleban und Ter-

roristen unterscheiden, hob er hervor. Der Ultra-Islamist Abdul Rasul Sayaf forderte die Einführung des islamischen Rechts der Scharia. Karsei stimmte dem zu. „Wer Gott und seinem Propheten nicht gehorcht, ist es nicht wert, daß man ihm folgt“, sagte Sayaf.

Entgegen den Petersberger Beschlüssen stellte Karsei der Loja Djerga nicht alle Mitglieder der neuen Regierung vor, sondern nur ein Mini-Kabinet mit den wichtigsten Ministern, das er per Handzeichen absagen ließ. Bei der Neuverteilung der Posten wurden die Monarchisten weiter marginalisiert. Sie verloren den Finanzminister an Karseis engsten Berater, den ehemaligen Mitarbeiter der Weltbank Ghani Ahmadsai. Neben Informationsminister Rahim Machdum blieb nur Amin Farhang, ein Schwiegersohn von Saher Shah, als Wiederaufbauminister übrig. Die Nordallianz mußte das Innenresort an den aus den USA importierten Tadj Mohammad Wardak abgeben. Während der Sohn des Warlords von Herat, Ismael Chan, wieder einen Ministerposten erhielt, ist von dem Usbeken-General Dostum, bis dato Stellvertreter des Verteidigungsministers, nicht mehr die Rede. Es ist davon auszugehen, daß die USA mittelfristig auf seine Ausschaltung hinarbeiten. Die Frauenministerin ist ebenfalls rausgeflogen. Sie war ein Dorn im Auge der um Karsei versammelten Fundamentalisten. Nach bewährter Manier hat Karsei und nicht die Loja Djerga einflußreiche Modjahedinfürsten wie Verteidigungsminister Qasem Fahim, Abdul Qadir, Gouverneur von Nangrahar, und Karim Chali zu seinen Stellvertretern berufen. Zum Obersten Richter wurde Mullah Fasel Hadi Schinwari ernannt, ein Grauen für alle Menschenrechtler. Für ihn ist die von den Taleban eingeführte Scharia ein unverzichtbares Gesetz.

„Die Loja Jirga ist hier, aber die Entscheidungen werden woanders getroffen“, beschwerte sich die Delegierte Rahima aus Masare Sharif. Obwohl nach den Vorschriften des Petersberger Abkommens eine Bestätigung der Regierungsmitglieder durch die Loja Djerga nötig gewesen wäre, ist es auch ohne sie gegangen; Petersberg liegt weit weg von Kabul.

Die Ergebnisse der Loja Djerga sind wunschgemäß ausgefallen. Jetzt kommt es darauf an, ob es der Karsei-Administration gelingt, das Land zu stabilisieren, ob sie den im Exil lebenden afghanischen Fachkräften genügend Schutz bieten kann. Mitte März organisierte die Friedrich-Ebert-Stiftung ein vom Auswärtigen Amt finanziertes Zusammentreffen Karseis mit hiesigen Afghanen in Berlin. Auf die Frage, ob die Sicherheit der Rückkehrer gewährleistet sei, entgegnete er, Afghanistan müsse mit „unserem Blut“ aufgebaut werden. Von mehreren hundert zurückgekehrten Fachkräften sind mittlerweile 150 spurlos verschwunden. Nicht gerade ermutigend für jene Afghanen, die an eine Heimkehr denken.

Zwei weitere Schritte sind schon eingeleitet: die Wiederaufnahme des auf Eis gelegten Pipelineprojektes von Mittelasien über Afghanistan zum Indischen Ozean und ein langfristiger Vertrag über die Nutzung der afghanischen Militärbasen durch die USA für einhundert Jahre! **Dr. Matin Baraki**

Zum 70. Jahrestag des Altonaer Blutsonntags

Antifaschistische Gegenwehr

Am Westende der Reeperbahn biegt die „Kleine Freiheit“ nach Norden ab. Diese Straße war bis 1937 die Grenze zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem preußischen Altona. Hier begannen auch, im Süden von der Elbe mit ihren Hafenanlagen begrenzt, im Norden vom großen Komplex der Kasernen der Sicherheitspolizei und des Gerichts belagert, jene Straßenzüge, in denen das rote Herz des Altonaer Proletariats schlug. Das „Sanierungsviertel“ um Billroth- und Schauenburger Straße, in dem die KPD die stärkste politische Kraft war, wurde deshalb 1932 von den Nazis bewußt als Angriffsziel ausgewählt.

Auf die Bildung der „Antifaschistischen Aktion“ – eine Initiative der KPD, der sich auch viele Sozialdemokraten anschlossen – antworteten die Faschisten im ganzen Reich mit einer Welle bis dahin nicht gekannten Terrors. Im Zuge dieser Offensive sollte nun auch und gerade an den klassenbewußten Arbeitern des roten Altona mit ihrem gutorganisierten Selbstschutz „ein Exempel statuiert“ werden. Zu seiner Vorbereitung kam Goebbels Anfang Juli extra angereist. Als Vorwand ihrer Provokation nahmen die Faschisten die anstehenden Reichstagswahlen, zu denen sie für Sonntag, den 17. Juli, einen Propagandaaufmarsch durch genau dieses Viertel anmelden. Der SPD-Polizeipräsident Eggerstedt genehmigte ihn und begab sich anschließend auf eine Wahlkampfreise; sein Stellvertreter Schabbehad schickte sich selbst in Urlaub und der verbliebene Polizeikommandant lehnte einen Verbotsantrag des aus Mitgliedern der KPD und der SPD sowie parteilosen Arbeitern bestehenden Einheitsausschusses rundweg ab.

Am 17. Juli 1932 gegen 15.00 Uhr begann die stabsmäßig geplante und vorbereitete Aktion der Faschisten. SA- und SS-Einheiten aus Altona, Hamburg und anderen Orten – insgesamt etwa 10 000 Nazis – sammelten sich. Sie forderten, die „rote Brut zu Brei zu schlagen“. Berittene und motorisierte Polizei begleitete sie, verstärkt durch aus Hamburg herangezogene Einheiten und ohne irgendeine Bereitschaft zum Eingreifen.

In den Arbeiterstraßen gab es kaum ein Fenster, aus dem keine rote Fahne hing. Antifaschistische Plakate. Losungen an den Mauern. Protestrufe aus den Häusern. Ganze Straßenzüge sangen die Internationale. Als auch Flaschenwürfe der Faschisten die Bewohner nicht zum Schweigen bringen konnten, befahl die Nazi-Führung den Sturmangriff. Mit Messern, Totschlägern und Schußwaffen versuchten die braunen Horden in die Häuser einzudringen. Sie blieben jedoch im Widerstand der Arbeiter liegen, die sich mit allem verteidigten, was sie hatten – Ziegelsteinen, Blumentöpfen, blanken Fäusten und kaum Gewehren ...

Nun befahl die Polizeiführung das Eingreifen: Unter Gebrauch ihrer Schußwaffen gingen die Sipo-Kolonnen gemeinsam mit den SA-Leuten vor. Am Abend zählte man 17 Tote und mehr als 60 Verletzte – fast alle Opfer waren parteilos, zwei Frauen traf die Kugel am Küchentisch. Dennoch konnten die Faschisten – sie hatten zwei Tote und waren trotz massiver polizeilicher Unterstützung aus dem Viertel gedrängt worden – keinen Erfolg für sich verbuchen. Die politischen Auswirkungen der Provokation reichten weit über Altona hinaus: Am

20. Juli verhängte Hindenburg den Ausnahmezustand über Berlin, setzte Preußens widerstandslos aus dem Amt scheidende SPD-Regierung ab, übergab die Macht der Reichswehr und beseitigte damit ein weiteres legales Hindernis auf dem Weg zur faschistischen Diktatur.

Bald nach der Machtübergabe an die Nazis rechneten diese mit dem roten Altona ab. Am 8. Mai 1933 begann vor einem Sondergericht der „Blutsonntagsprozeß“ gegen 13 Altonaer und zwei Hamburger Genossen. Die Kommunisten August Lütgens – Hamburgs RFB-Leiter und Organisator des Selbstschutzes -, Walter Möller, Bruno Tesch und Karl Wolff wurden zum Tode verurteilt, weil sie „auf friedlich demonstrierende SA-Leute“ geschossen hätten. Am 1. August 1933 wurden die Urteile mit dem Handbeil vollstreckt.

Nach Polizeichef Eggerstedt, den die Nazis ins Moorlager sperrten und „auf der Flucht“ ermordeten, wurde schon bald nach dem Ende des Faschismus eine Straße vor der Kaserne benannt. Etwa 40 Jahre länger dauerte es, bis durch Druck der VVN und anderer linker Anwohner eine Schule nach Bruno Tesch, ein Park nach August Lütgens und ebenfalls in der Nähe des Kampfortes Straßen nach Walter Möller und Karl Wolff benannt wurden.

Viele der Häuser des einstmaligen roten Reviers barsten im alliierten Bombenhagel, da der Krieg, den die Faschisten sieben Jah-

re nach dem Blutsonntag anzettelten, auch auf Altona zurückschlug. Er war möglich geworden, weil die Arbeiterklasse es nicht geschafft hatte, den Sieg der braunen Banditen im ganzen Land zu verhindern. Und nur elf Jahre nach der Befreiung, am 18. August 1956, Ernst Thälmanns 70. Geburtstag, stürmten in den noch von Ruinen gezeichneten Straßen, die Schauplatz des Blutsonntags gewesen waren, wieder Polizisten ein Haus der KPD. Sie besetzten das Gebäude der „Hamburger Volkszeitung“, um das Parteiverbot zu vollstrecken, das vom Adenauer-Regime und der rechten SPD-Führung im Zuge der Spaltung Deutschlands und der Remilitarisierung des Westens gebraucht wurde ...

Das Ende der Geschichte des roten Altona?

Erst vor wenigen Monaten sicherte ein massives Aufgebot SPD-geführter Polizei – inzwischen ist der Rechtsaußen-Senator Ronald Schill ihr oberster Chef – mit Panzern und Wasserwerfern eine Zusammenrottung von Faschisten, die durch genau diese Straßen marschieren wollten.

Gültig bleibt die Lehre des Blutsonntags: Erfolge im Kampf gegen Faschismus und Krieg wird das Proletariat nur dann erringen, wenn es Klassenbewußtsein mit einheitlicher Aktion verbindet.

Werner Hoppe

John Connell schrieb das Lied von der Roten Fahne

Ein irischer Sozialist

„Brüder, seht, die rote Fahne weht uns kühn voran ...“ Red Flag, wie die Hymne der britischen Arbeiterbewegung im englischen Sprachraum genannt wird, ist neben der Internationale und der Warschawianka wohl eines der bekanntesten Kampflieder des Weltproletariats. Ihr Dichter war John Connell, ein irischer Sozialist mit wechselvoller Lebensgeschichte. Er schrieb den Song 1889 auf einer kurzen Fahrt mit dem Vortzug nach New Cross im Londoner Südosten. Der Text erschien erstmals in der Zeitschrift „Justice“. Binnen einer Woche wurde das Lied mit einer populären Melodie in Liverpool und Glasgow gesungen. Connell wurde 1852 in Kilskyre in der irischen Grafschaft Meath geboren. Als die Familie später nach Dublin zog, kam der junge Mann mit Sozialisten und Anhängern der Ersten Internationale in Kontakt. Er beschäftigte sich mit Politik, Ökonomie und Naturwissenschaften, vor allem den Lehren Darwins. Den größten Teil seines Lebens verbrachte Connell in England, wo er als aktiver Anhänger der sozialistischen Bewegung, Schriftsteller und Journalist tätig war. Einige Zeit gehörte er zur Sozialdemokratischen Föderation von Henry Hyndman, den Marx, Engels und dann auch Lenin als Erzopportunisten verachteten und attackierten. Die SDF setzte sich jedoch für die irische Selbstbestimmung ein, was Connell anzog. Ende der 90er Jahre des 19. Jahrhunderts verließ er sie und trat der Independent Labour Party bei, die ebenfalls von Opportunisten geführt wurde. Dessen ungeachtet verfolgte sie auch

progressive Ziele. So erhob sie z. B. die Forderung nach parlamentarischer Vertretung der Trade Unions und verlangte die Nationalisierung von Schlüsselindustrien. Mit dem Ausbruch des 1. Weltkrieges geriet die britische Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung unter chauvinistischen Einfluß, wobei Hyndman eine besonders üble Rolle spielte. Connell bezog damals pazifistische Positionen. Nach Aussagen seiner Tochter Norah Walshe begrüßte er 1917 die Oktoberrevolution und verfolgte mit Sympathie die ersten Schritte der Sozjetmacht.

Connells „Red Flag“-Lied war jahrzehntelang die offizielle Hymne der Labour Party und wurde auf deren Jahreskonferenzen gesungen. 1925 bemühte sich der rechtsopportunistische Parteiführer Ramsay MacDonald um ihre Abschaffung. Die Zeitung „Daily Herald“ schrieb damals einen Wettbewerb für einen neuen Text aus. Doch unter den rund 300 Einsendungen fand sich keine, die von der Jury akzeptiert wurde. So blieb es bei Connells Worten. Unglaublicherweise wurde The Red Flag noch 1999 auf einer Labour-Konferenz gesungen. Die Erben des berühmten MacDonald – Tony Blair und dessen New Labour-Kollegen – vermochten es nicht zu verhindern.

Connell, ein feuriger Charakter und unverbesserlicher Individualist, stellte seine vielfältigen Talente in den Dienst der sozialistischen Sache. 1922 verlieh Lenin dem sieben Jahre später Gestorbenen die Medaille Roter Stern.

R. F.
(Gestützt auf „The New Worker“, London)

Fast jeder fünfte wählte Tschechiens Kommunisten

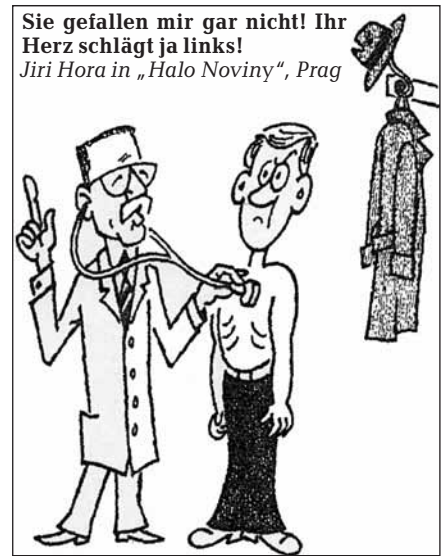
Der eigentliche Sieger

Aus den tschechischen Parlamentswahlen ist die KSCM trotz wüster antikommunistischer Hetze der Medien wie der Staatsführung als die eigentliche Siegerin hervorgegangen. Die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens steigerte sich von 11 auf 18,5 % und belegt hinter den Sozialdemokraten der CSSD Vladimir Spidla und der rechtsbürgerlichen ODS von Vaclav Klaus den dritten Rang. Sie gewann 17 Mandate hinzu und ist jetzt mit 41 Abgeordneten in der 200 Deputierte umfassenden Kammer vertreten. Damit hat die KSCM, die als einzige der früher regierenden Parteien sozialistischer Länder Mittel- und Südosteuropas ihren historischen Namen nicht abgelegt hat und auf ideologischem Gebiet in gewisser Hinsicht weniger einknickte als andere, ihr bestes Ergebnis seit der „samtenen“ Konterrevolution von 1989 erzielt. Offensichtlich haben viele Wähler die Tatsache honoriert, daß die KSCM, die sich

dem bevorstehenden Beitritt Tschechiens zur EU nicht widersetzt und damit illusionäre Vorstellungen verbindet, am konsequentesten gegen revanchistische Forderungen vor allem aus BRD-Kreisen aufgetreten ist. Im April war vom Parlament einstimmig eine Resolution zur Verteidigung der Benes-Dekrete verabschiedet worden, an deren Formulierung die KSCM von Beginn an maßgeblich beteiligt war.

Das gewachsene Gewicht der tschechischen Kommunisten offenbarte sich besonders in den von hoher Arbeitslosigkeit und wirtschaftlichem Niedergang gezeichneten Regionen Usti nad Labem, Jihlava, Olomouc und Ostrava, wo sie den Sozialdemokraten hart auf den Fersen blieben und hinter diesen auf den zweiten Platz gelangten. In 3 der 81 Bezirke der CR (Louny, Tachov und Znojmo) übernahm die KSCM sogar die Führung.

R. F.



Nationalkonferenz der Portugiesischen KP klärte die Fronten

Parteirechte kam nicht durch

Am 22. Juni 2002 fand eine Nationalkonferenz der Portugiesischen Kommunistischen Partei (PCP) statt, die einberufen worden war, um die politische Lage nach dem Amtsantritt der rechten Regierung seit dem 25. April 1974 zu analysieren. Natürlich ging es in erster Linie um die eigene Kursbestimmung, zumal seit geraumer Zeit eine pro-sozialdemokratische Gruppe um die ehemaligen Mitglieder der Politischen Kommission Carlos Brito, Edgar Correia und Carlos Luis Figueira – angefeuert von der gesamten bürgerlichen Medienmeute – zu scharfen Attacken auf die erprobte Linie der Partei übergegangen ist. Für diese steht der Name des langjährigen Generalsekretärs und heutigen ZK-Mitglieds, des 88jährigen Álvaro Cunhal, der mehr als drei Jahrzehnte die Partei geführt hatte.

Die Rechtsopportunisten, die sich an die FKP-Liquidatoren in Frankreich und die Zerstörer der IKP in Italien ideologisch anlehnen und vor den Wahlen für eine Koalitionsregierung unter sozialdemokratischer Führung warben, forderten im Vorfeld der Nationalkonferenz außer der Preisgabe des Marxismus-Leninismus und des demokratischen Zentralismus vor allem die vorzeitige Einberufung des XVII. Parteitages der PCP, um dort das Statut, das Programm und die derzeitige Führung kippen zu können. Es geht ihnen um die Ausschaltung der prinzipienfesten Mehrheit in den leitenden Parteigremien. Der offenbar schwankende, zentristische Positionen vertretende PCP-Generalsekretär Carlos Carvalhal wird von der gut informierten bürgerlichen Tageszeitung

„O Publico“ als „tragischer Held“ bezeichnet, „der wie Christus das Kreuz nach Golgatha schleppt“. Er habe einmal mehr an die „Renovadores“ (Erneuerer) appelliert, „nicht mit dem Rest der Partei zu brechen“.

Während sich die Parteirechten – ihre Sprecher sind überwiegend Lissabonner Intellektuelle, gut dotierte Parlamentsabgeordnete und etablierte hauptberufliche Kommunalpolitiker aus den seit 1974 von der PCP verwalteten Städten und Kreisen im Landessüden – selbst durch das Vergrößerungsglas betrachten, stellte die Nationalkonferenz eindeutig klar, wer der „Rest“ der Partei ist: Bei 53 Gegenstimmen und 48 Enthaltungen nahmen die 1 119 Delegierten den von der Parteiführung eingebrachten Antrag an, die Vorverlegung des Parteitages zurückzuweisen.

Natürlich kostet der interne Konflikt die PCP viel Kraft. Sie hat an Mitgliedern, Wählern und Einfluß verloren. Auch die ihr nahestehende Gewerkschaftszentrale CGTP-Indercindical scheint zu stagnieren. Das empfindet die Bourgeoisie als gefundenes Fressen. So übt sie sich in Übertreibungen. Am Vorabend der Nationalkonferenz behauptete z. B. der großbürgerliche „Espresso“, die PCP sei – verglichen mit ihren großen Zeiten in und nach der Revolution – „nur noch ein Schatten ihrer selbst“. Ihre Fähigkeit zur theoretischen Analyse und ihre politische Mobilisierungskapazität hätten „dramatisch abgenommen“. Daran mag sogar etwas Wahres sein, vergleicht man die heutigen Möglichkeiten der Partei mit der Ära Álvaro Cunhals. Führer dieses Formats stehen eben nur selten zur Verfügung. Wir wissen das ja aus eigener Erfahrung.

Zweifellos zeigt die schärfste und gefährlichste Kampagne, der die PCP seit dem 25. April 1974 ausgesetzt ist – denn diesmal kommt der Angriff von innen – in bestimmtem Maße Wirkung. Doch die Schwierigkeiten, die sie durchlebt, haben ihre Ursache vor allem auch in fundamentalen Veränderungen der Klassenstruktur der portugiesischen Gesellschaft. Das Industrie- und Agrarproletariat großer Ballungszentren ist

so gut wie verschwunden. Über 50 % aller Werktätigen arbeiten heute im Dienstleistungssektor. Bedeutende Gruppen von wenig klassenbewußten „Gastarbeitern“ (sie umfassen z. B. Hunderttausende aus der Ukraine, Moldova, Rumänien, Angola usw.) werden im Baugewerbe und anderen Wirtschaftszweigen beschäftigt. Viele portugiesische Stamarbeiter verdienen ihr Brot in Westeuropa oder in Übersee. Die einstige Bodenreformzone des Alentejo ist fast verlassen. Andererseits hat die EU Milliarden Euro als „Fördermittel“ nach Portugal gepumpt. Das ist nicht ohne ideologische Auswirkungen geblieben.

Vor der Nationalkonferenz wurde von nicht wenigen Parteimitgliedern – auch im Rahmen einer durch das PCP-Zentralorgan „Avante!“ eingerichteten Diskussionstribüne – die Forderung erhoben, endlich klare Verhältnisse zu schaffen. „Entweder die Renovadores gehen von selbst oder sie müssen ausgeschlossen werden“, schrieb z. B. ein Genosse.

Die Fronten und die Mehrheitsverhältnisse in der PCP haben sich geklärt. Der Versuch der „Erneuerer“, die Beschlüsse des XVI. Parteitages, der die Teilnahme der PCP an einer sozialdemokratischen Regierung abgelehnt hatte, als „sektiererische Linie“ durch einen vorgezogenen XVII. Kongreß rückgängig machen zu wollen, ist gescheitert. Man muß nun abwarten, ob die Partei den dadurch entstandenen Kraftschub nutzen kann, um mit den nach wie vor großen Belastungen fertig zu werden.

Klaus Steiniger

Herzlich gratulieren die „RotFuchs“-Redaktion und der Vorstand des Fördervereins der gestandenen Kommunistin Genossin **Erika Bach** aus Berlin zu ihrem 80. Geburtstag am 13. August 2002. Sie gehört zu den RF-Lesern von Anfang an.

Kommunisten der Ukraine wieder unter einem Dach

Drei Parteitage

Äußerst bemerkenswerte Ereignisse sind in der Entwicklung der kommunistischen Bewegung der Ukraine eingetreten. Am 25. und 26. Mai 2002 haben in Kiew gleich drei Parteitage stattgefunden.

Zunächst wurde der Außerordentliche Parteitag der KP der Ukraine eröffnet, der Rechenschaft über die gesamte Zeit seit Juni 1918 ablegte. Damals trafen sich die Delegierten mit Wladimir Iljitsch Lenin. Die ukrainischen Kommunisten haben nicht vergessen, daß ihre Partei – dem Willen der werktätigen Massen entsprechend – auch auf unmittelbare Initiative Lenins gegründet worden ist. Die 73jährige Geschichte ihrer Tätigkeit barg die hauptsächlichsten Momente des Entstehens und der Entwicklung des ersten Staates der Werktätigen auf ukrainischem Boden – der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik – in sich. Dank der Aktivität der Millionenabteilung der Kommunisten der Ukraine vollzogen sich im Leben des Landes grandiose sozialpolitische, ökonomische und kulturelle Umwandlungen. Die Avantgarderolle der Kommunisten ermöglichte es, die ganze Ukraine unter einer einheitlichen Staatsmacht zusammenzuschließen, garantierte den Sieg im Großen Vaterländischen Krieg und das weitere Vorschreiten der USSR, das sie in die Reihe der entwickeltesten Länder der Welt führte.

Auch zu Beginn der 90er Jahre suchte die KPU unter den kompliziertesten Bedingungen der beginnenden Umgestaltungen nach optimalsten Wegen der weiteren Entwicklung der Gesellschaft auf sozialistischen Grundlagen. Im August 1991 provozierten jedoch jene politischen Kräfte, die bestrebt waren, die Schleusen der kapitalistischen Restauration zu öffnen, die Annahme des verfassungsfeindlichen Beschlusses über die zeitweilige Einstellung der Tätigkeit und danach über das Verbot der KP der Ukraine. Mehr als 70 000 Grundorganisationen der Partei standen plötzlich außerhalb des Gesetzes. Hunderttausende Genossen der KPU wurden über Nacht zu Mitgliedern einer „verbrecherischen Organisation“ gestempelt. Ihre Grundsätze wurden öffentlich verleumdet, geschändet und verfolgt, die Rechte der Kommunisten beschnitten. Sie mußten auf ein aktives politisches Leben verzichten.

Nichtsdestotrotz haben sich die Millionen Anhänger der kommunistischen Idee und der sozialistischen Entwicklung nicht mit der Willkür abgefunden. Auf ihre Initiative fand am 19. Juni 1993 in Donezk die Gesamtkrainische Konferenz der Kommunisten statt, die den Beschluß faßte, sich in einen Parteitag umzuwandeln. Dessen De-

klaration verkündete die Vereinigung der Anhänger der Kommunistischen Idee in der Kommunistischen Partei der Ukraine. Nachdem der Parteitag Statut und Programm angenommen hatte, wurden die leitenden Parteiorgane gewählt. Zum Ersten Sekretär des ZK berief das Org.-Plenum Genossen Pjotr Simonenko. In der Resolution wurde betont, daß sich die Partei für die Erbin der Ideen und Traditionen der KPU halte, die bis zum verfassungswidrigen Verbot wirkte. Sie sehe ihre Hauptaufgabe darin, die Aufhebung des ungesetzlichen Beschlusses über das Verbot der KPU zu erreichen.

Im Januar 1997 richteten 139 Volksdeputierte der Ukraine an das Verfassungsgericht ein Gesuch zur Anerkennung der Ungesetzlichkeit des Erlasses des Präsidiums der Obersten Rada über das Parteiverbot. Die Kommunisten konnten überzeugend die Fakten der groben Verletzung von Verfassung und Gesetzgebung der Ukraine beweisen. Das Verfassungsgericht war gezwungen, ihrer Argumentation zu folgen. Stanislaw Gurenko, als Erster Sekretär des ZK der KPU noch im Juni 1990 auf dem XXVIII. Parteitag gewählt, erkannte an, daß die gleichzeitige Existenz zweier Parteien mit gleichen strategischen Aufgaben und programmatischen Zielen, aufgebaut auf den gleichen theoretischen, politischen und organisatorischen Grundlagen und einer einheitlichen sozialen Basis unlogisch und nicht gerechtfertigt ist. Die bloße Wiederherstellung der Tätigkeit der KPU reiche nicht aus. Es sei vielmehr notwendig, die Einheit der kommunistischen Bewegung zu garantieren, die ohne Zusammenschluß der beiden Parteien nicht vollzogen werden könne.

Um diese Fragen endgültig zu lösen, wurde der Außerordentliche Parteitag der KP der Ukraine einberufen. Mit großer Aufmerksamkeit folgten die Delegierten dem Bericht des Ersten Sekretärs der wiederhergestellten Partei, Genossen Gurenko. Er nahm eine allseitige, tiefgehende Analyse der Situation vor, die sich um die Partei und in ihr selbst im Verlauf der 80er und zu Beginn der 90er Jahre herausgebildet hatte. Die Rede zeichnete sich durch Objektivität und Selbstkritik aus. Stanislaw Gurenko wies auf eine ganze Reihe von Fehlern hin, die sowohl durch Gorbatschow und dessen Umgebung als auch unmittelbar von der Leitung der KPU begangen worden waren. Sie trugen zum Sieg der konterrevolutionären Kräfte und zur kapitalistischen Restauration bei. Unter den Ursachen der Niederlage wurden die Übernahme der Aufgaben des Staates durch die Partei, die Verlet-

zung der Prinzipien des demokratischen Zentralismus und der kollektiven Leitung, die Einschränkung der innerparteilichen Demokratie und Verstöße in der Kaderpolitik genannt. Außerdem wurde darauf verwiesen, daß die Parteiführer den Warnungen vor einer Verschärfung des Klassenkampfes nicht Rechnung getragen hatten.

Aber den vielleicht größten Schaden fügten der Sache der Partei verräterische Wendehälse zu, die zur Befriedigung eigensüchtiger Ziele und Karriereinteressen in die KPU eingedrungen waren. Sie sorgen sich auch jetzt auf hohen Posten der „neuen“ Ukraine nur um ihr persönliches Wohl. Sozialen Verrat begehend, gelangten sie an die Macht und an die staatliche Futterkrippe der „Bandokraten“ aller Schattierungen. Die Parteitagsdelegierten distanzieren sich entschieden vom Ex-Präsidenten der Ukraine L. Krawtschuk, dem jetzigen Staatsoberhaupt L. Kutschma und dem ehemaligen Vorsitzenden der Obersten Rada I. Pljusch. Diese Elemente wurden aus der Partei ausgeschlossen.

Im Ergebnis der eifrigen Tätigkeit der übergelaufenen Pseudokommunisten verringerte sich die Bevölkerung der Ukraine um vier Millionen Menschen. Neun Millionen Werktätige befinden sich am „Straßenrand“ des Lebens. Das Staatsbudget ist endgültig „aus dem Gleichgewicht geraten“. Sein Defizit beträgt mehr als vier Milliarden Dollar. Die Bevölkerung sieht sich totaler Verelendung ausgesetzt.

Der Außerordentliche Parteitag zog einen Schlußstrich unter die Tätigkeit der KPU und eröffnete zugleich eine neue Etappe in ihrem Leben. Die Delegierten beschlossen einen Aufruf an das ZK der im Juni 1993 geschaffenen Kommunistischen Partei der Ukraine. Er richtete an sie den Appell, beide Parteien zu vereinigen und die Mitglieder der einstmaligen verbotenen Partei in ihre Reihen aufzunehmen.

Am darauffolgenden Tag wurde in Kiew der XXXV. Außerordentliche Parteitag der KP der Ukraine eröffnet, die im Juni 1993 gegründet worden war. Die Teilnehmer billigten den Aufruf des Außerordentlichen Parteitages ihrer Vorgängerpartei. Praktisch gleichzeitig begann eine gemeinsame Versammlung der Delegierten beider Parteitage. Sie konstituierte sich zum XXXVI. Vereinigungsparteitag der KPU. Dieser faßte sehr wichtige Beschlüsse, die von der Bewahrung der historischen Verbindung der Zeiten und der Generationen ausgingen, die Treue der Kommunisten der Sowjetukraine zu ihren Pflichten und ihre Aufgaben in einer vollkommen neuen Situation miteinander verbanden. Allen, die die Leninschen politischen, ideologischen und organisatorischen Prinzipien teilen, steht der Weg in die Partei offen.

Die Delegierten, die auf dem Parteitag sprachen, waren einmütig der Meinung, daß der Zusammenfluß der beiden politischen Kräfte die Autorität der Partei stärken und letzten Endes zum Triumph des Sozialismus in der Ukraine führen wird. Ein Delegierter aus dem Gebiet Winiza sagte: „Unsere Väter sind bis vor Stalingrad zurückgewichen und haben doch gesiegt! Auch wir werden den Sieg erringen!“

Viktor Tolokin

(In „Prawda“ Nr. 58 (31. Mai – 3. Juni 2002)
Übersetzung: Eberhard Bock

Informationsgespräch mit Gast aus Sydney **Ein Sack voller Fragen**

Am 27. Juni 2002 fand in Berlin ein sechsstündiges intensives Gespräch zur wechselseitigen Information zwischen „Guardian“-Kolumnist Rob Rowland und RF-Chefredakteur Dr. Klaus Steiniger statt. Der Gast aus Australien, Mitglied des Exekutivkomitees des ZK der KPA und Leiter der Parteiorganisation von Sydney, der – vom Treffen kommunistischer Parteien in Athen kommend – an der DKP-Konferenz zum Thema Globalisierung teilnahm, war eine Fülle von Fragen auf. Sie betrafen vor allem die Politik von DDR und SED, Aspekte der 1989/90 abgelaufenen Konterrevolution und die Lage im Annexionsgebiet Ost der BRD. Rob Rowland interessierte sich besonders für die Positionen der verschiedenen antiimperialistischen, kommunistischen und sozialistischen Kräfte in Deutschland, für deren Annäherung und Zusammenführung sich der „RotFuchs“ einsetzt. Das herzliche Gespräch diente der Festigung der Solidarität zwischen Journalisten, die sich in ihrer Arbeit von marxistisch-leninistischen Positionen leiten lassen.

S. R.

Die Partei von Thorez nicht den Liquidatoren überlassen!

Für eine kommunistische Renaissance

Am 2. Mai 2002 veröffentlichten das Büro und der Vorstand der Nationalen Föderation der Vereinigungen für die Kommunistische Wiedergeburt (F.N.A.R.C.) einen Appell. Die Dachorganisation aller FKP-Mitglieder, die für die Wiedergeburt der durch die Rechtsopportunisten um Robert Hue weitgehend zerstörten Partei auf marxistischer Grundlage kämpfen, forderten darin die sofortige Einberufung eines Außerordentlichen Parteitag, der den Ausweg aus der gegenwärtigen Krise der kommunistischen Bewegung Frankreichs weisen soll. Wir veröffentlichten Auszüge aus dem Text des Appells der F.N.A.R.C., zu deren Leitung herausragende Persönlichkeiten der FKP wie der Alterspräsident der Nationalversammlung, Georges Hage, der Philosoph Georges Gastaud und der bekannte Journalist Henri Alleg gehören.

Während unser Volk dringender denn je einer wahren kommunistischen Partei bedarf, haben jene Führer, die im Sinne der „Mutation“ und der „Neugründung“ der FKP handeln, diese Partei auf den Weg ihrer Liquidierung gebracht, indem sie die Grundlagen des Kommunismus aufgaben und sich prinzipienlos an der Maastricht-Regierung von Jospin beteiligten. Statt sich dem gefährlichen reaktionären Abgleiten der französischen und europäischen Politik entgegenzustellen, haben die Liquidatoren des französischen Kommunismus diesem Kurs in die Hände gespielt, indem sie die vollständige Sozialdemokratisierung der FKP, ihrer Ideologie und ihrer Politik betrieben. Der Schiffbruch von Robert Hue ist aber nicht das Scheitern des Kommunismus, sondern der Untergang jener, die dem Kommunismus abgeschworen haben. Alles zeigt, daß es in unserem Lande einen beachtlichen politischen Spielraum für eine wahre kommunistische Partei gibt.

Aus diesem Grunde lädt die F.N.A.R.C. als die hauptsächliche nationale Organisation der Kommunisten, die sich der sozialdemokratischen Mutation der FKP entgegenstellen, alle Kommunisten ein, selbst und ohne Zögern Bedingungen für die Wiedergeburt der kommunistischen Partei zu schaffen, deren Existenz notwendig ist, um den Faschismus schlagen zu können und die Auflösung Frankreichs in den kapitalistischen Vereinigten Staaten von Europa zu verhindern. Nur eine solche Partei kann erneut das rote Banner der Arbeiterklasse mit der Trikolore der Nation verbinden und all jene eine fortschrittliche Perspektive eröffnen, die weder Le Pen wollen noch die antisozialen Entscheidungen, die durch Chirac und Jospin auf dem Gipfel von Barcelona im Namen der europäischen Integration getroffen worden sind.

Davon überzeugt, den Willen der Mehrheit der Kommunisten auszudrücken, spricht sich die F.N.A.R.C. für die unverzügliche Einberufung eines Außerordentlichen Parteitages aus, der den Ausweg aus der Mutation beschließen soll. Es geht dort darum, die negative Bilanz der Regierung Jospin und der Beteiligung von FKP-Ministern zu ziehen, der Kriminalisierung des Kommunismus und seiner Geschichte ein Ende zu setzen, aus linker Position den Kampf für den Widerruf des reaktionären Maastricht-

Vertrages zu führen, eine aktualisierte marxistische Analyse der Gesellschaft vorzunehmen und ein kommunistisches Projekt zu entwickeln, dessen Hauptachsen der Bruch mit dem Kapitalismus und der Kampf für den Sozialismus sind. Es geht darum, so schnell wie möglich die Debatte mit der arbeitenden Bevölkerung über ein Kampfprogramm für eine antifaschistische, anti-kapitalistische und gegen Maastricht gerichtete Sammlungsbewegung des Volkes zu beginnen, die dazu in der Lage ist, alle wirklich progressiven Kräfte gegen die extreme Rechte, für die Wiederherstellung des öffentlichen Dienstes, für Arbeitsplätze, für die Verteidigung der sozialen und demokratischen Errungenschaften unseres Volkes zu vereinen. Die tatsächliche Modernität liegt darin und nicht in der Bemäntelung einer kapitalistischen Gesellschaft auf dem Weg zu beschleunigter Faschisierung. Ein solcher Parteitag ist die letzte Chance für die Organisation, die noch im-

Bei den französischen Parlamentswahlen im Juni fuhr die FKP das bisher schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte ein. Ihr Vorsitzender Robert Hue wurde in der FKP-Hochburg Argenteuil vom Kandidaten der Rechten geschlagen. ■

mer – trotz aller Versuche ihrer gegenwärtigen Führer, sie umzutaufen – den ruhmreichen Namen Französische Kommunistische Partei trägt.

Die F.N.A.R.C. spricht sich für den kollektiven Rücktritt der mit „Mutation“ und „Neugründung“ verbundenen Führer aus, die verantwortlich sind für den Widerruf der marxistischen und leninistischen Konzeptionen, für die fortschreitende Anbindung der FKP an die Sozialistische Partei und an das kapitalistische Europa. Diese Forderung entspringt nicht dem Willen nach Abrechnung, sondern ist ein elementares Verlangen nach Anständigkeit und minimaler Glaubwürdigkeit, ohne die es sinnlos wäre, zu erwarten, sich noch einmal an die Wählerschaft wenden zu können. An sie, die den Appell der Führer der „pluralistischen Linken“ und der „neuen KP“ klar zurückgewiesen hat, den Appell jener, welche die Welt der Arbeit und der Republik in die gegenwärtige Sackgasse hineingeführt haben. Mögen die Führer den Anstand besitzen, abzutreten. Das ist das einzige Mittel, um der FKP Tausende und Abertausende wütender Anhänger zu erhalten und um die Zehntausende Kommunisten wieder zu gewinnen, die die FKP aus Nichtübereinstimmung mit der Mutation verlassen haben. Angesichts dieser Empörung wird die durch M.-G. Buffet (die FKP-Nationalsekretärin R.F.) für den Monat Juni vorgesehene (und inzwischen durchgeführte – R. F.) National-

konferenz keine Antwort auf die Erwartungen der Kommunisten geben. Es handelt sich in Wirklichkeit um ein Manöver, dem Zorn der Kommunisten zu entgehen und die Mutation als „Sockel“ des künftigen politischen Projekts der FKP zu bewahren. Alle Verschleierungen, alle Verweigerung von Selbstkritik in bezug auf die Mutation und die Teilnahme an der Regierung Jospin bedeuteten den Tod der FKP auf kurze Sicht.

Die F.N.A.R.C. weist zugleich die Manöver zurück, die von den reformistischen Führern aus Seine-St.-Denis unternommen werden. Ihr Ziel besteht nicht darin, eine kommunistische Alternative zur Mutation zu eröffnen, sondern die Liquidierung der FKP „von links“ zu vollenden. Jene Führer, die der Mutation zugestimmt und nicht aufgehört haben, immer mehr Reformismus zu verlangen, suchen jetzt das, was von der FKP übriggeblieben ist, in einem nebulösen Gebilde ohne Klasseninhalt aufzulösen, wobei sie Troztkisten, „Neugründer“ und andere dem Kommunismus fremde Elemente einbeziehen. Die Aktionseinheit mit allen authentisch antikapitalistischen und antifaschistischen Kräften ist wünschenswert, aber die Schaffung eines „Pols der Radikalität“ oder einer undefinierbaren „Partei der Werttätigen“ auf den Ruinen der gegenwärtigen FKP wird nichts anderes bewirken als die Liquidierung des französischen Kommunismus „von links“.

Die F.N.A.R.C. lädt alle ein, die bleiben, zurückkommen oder neu zu uns stoßen wollen, sich zusammenzuschließen, zu handeln und überall Versammlungen zu organisieren, ohne grünes Licht von den gegenwärtigen Führern abzuwarten. Es geht darum, auf allen Ebenen – vom Departement bis zum Betrieb – Vereinigungen für die kommunistische Wiedergeburt zu schaffen. Man muß unverzüglich einen wirklich demokratischen Parteitag für die Renaissance der kommunistischen Partei in Frankreich einberufen, der von den Mitgliedern selbst ausgeht. Im Sinne der Worte des kommunistischen Führers der Resistance André Tolle, der sich an die gegenwärtige FKP-Spitze mit den Worten wandte: „Es gab in Frankreich eine Kommunistische Partei und es wird sie immer geben: mit euch, ohne euch oder gegen euch.“

Es gibt keine revolutionäre Bewegung ohne revolutionäre Theorie

Aus: „Initiative Communiste“, Paris



Warum Tibet ein untrennbarer Bestandteil der VR China ist

Ergebnis der Geschichte

Der Tibeter Dainmba kehrte nach langjährigem Aufenthalt im Ausland, darunter in einem speziellen Ausbildungslager für Tibeter in Colorado, USA, nach China zurück. Dazu äußerte er im Mai 1991: Ein Politiker dieses Lagers habe erklärt, um zu verhindern, daß China reich und stark werde, bestehe die Strategie darin, es zu teilen, solange es noch arm ist. Das erste Ziel sei die Lostrennung Tibets, dann von Xinjiang, danach der Inneren Mongolei und schließlich der Mandchurei. Die USA unterhielten eine Reihe von Lagern, in denen Tibeter für Sondereinsätze in Tibet vorbereitet wurden. Nach offiziellen Verlautbarungen von USA-Dienststellen sollen diese nach dem Nixon-Besuch in China 1972 und der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den USA und der VR China 1976 aufgelöst und die finanzielle und waffentechnische Unterstützung für die tibetischen Separatisten beendet worden sein. Die angeführte Aussage des Instrukteurs charakterisiert die USA-Politik unverhüllt.

Betrachtet man sich die Geschichte, so stellt man fest, daß Grenzen zwischen Staaten durch die Machtverhältnisse, durch Gewalt und Kriege entstanden sind. Dies war in Zeiten des Feudalismus und der kapitalistischen Entwicklung auch nicht anders denkbar.

Eine Prinzessin des chinesischen Kaiserhofes wurde 641 u. Z. mit dem König des tibetischen Reiches verheiratet. So begann die Zugehörigkeit Tibets zu China. Mitte des 13. Jahrhunderts war es offiziell in das chinesische Territorium eingegliedert. Tibet wurde wie die anderen Teile Chinas durch die Strukturen des Kaiserreiches verwaltet. Die Politik der entwickelten kapitalistischen Mächte, China unter sich in Einflußsphären aufzuteilen, wurde insbesondere in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vorangetrieben. China wurde zu einer Halbkolonie degradiert. 1888 und 1903 überfielen britische Truppen von ihrer indischen Kolonie aus Tibet, um es seiner Einflußsphäre einzugliedern. Die britischen Truppen besetzten zeitweise Lhasa, der Dalai Lama mußte fliehen. Tibetische Behörden gaben unter britischem Druck 1913 eine „Unabhängigkeitserklärung“ ab, die auf den Widerstand der chinesischen Zentralregierung stieß und auch international nicht anerkannt wurde. Großbritannien forderte die Übernahme der Finanzen und der Verteidigung Tibets, also die schrittweise Kolonialisierung. Es entspricht nicht der historischen Wahrheit, wenn heute in der bürgerlichen Presse und in einigen Geschichtsbüchern behauptet wird, Tibet sei in der Zeit zwischen dem Sturz der Kaiserherrschaft in China 1911 und der Gründung der VR China 1949 de facto ein unabhängiger Staat gewesen. In seiner Antrittsrede als erster Provisorischer Präsident der Republik China verkündete Sun Yat Sen am 1. 1. 1912 die Vereinigung der Han, Mandchuren, Mongolen, Hui und Tibeter in einem Staat, zu Mitgliedern einer großen Familie. Die Verfassung legte eindeutig fest, daß Tibet Bestandteil des Territoriums der Republik China ist. Die Vertreter der tibetischen Lokalregierung nahmen an offiziellen Akten der Guomindang zur Bildung der Nationalregierung und der Nationalversammlung teil. Entsprechend der mehrere Jahrhunderte bestehenden Prozedur wurde auch der 14. Da-



CIA-Offiziere bilden tibetanische Truppen in Colorado aus.

Aus: „Illustrierte Geschichte der CIA“, 1986, Guilford, Connecticut, USA

lai Lama 1940 durch die Zentralregierung bestätigt. Die Guomindang-Regierung hatte ihre Vertreter in Tibet stationiert.

In der Endphase des Bürgerkrieges, in der sich die Niederlage der Tschiang Kai Schek – Truppen immer deutlicher abzeichnete, und besonders nach der Gründung der VR China haben die USA ihre Aktivitäten in dieser Region intensiviert. Sie schickten Abgesandte zu Gesprächen nach Tibet, in den Vereinigten Staaten wurde ein Pressebericht veröffentlicht, in dem es hieß: „Die USA sind bereit, Tibet als ein unabhängiges und freies Land anzuerkennen.“ Waffen und Munition wurden nach Tibet geliefert, um dem Einmarsch der Volksbefreiungsarmee Widerstand entgegenzusetzen. Am 8. 7. 1949 hat die tibetische Lokalregierung auf Anraten der USA die Guomindang-Beamten aus Tibet ausgewiesen, um der Befreiung Tibets durch die Volksbefreiungsarmee entgegenzuwirken. Als im Juni 1950 Washington den Krieg in Korea entfesselte, wurde Tibet ein Glied in der strategischen Kette der USA zur Einkreisung des Ostens. Am 13. Juni kündigte das State Department in einer Note an den britischen Botschafter in Washington an, daß die USA sehr wahrscheinlich Aktionen durchführen, um tibetische Ambitionen, sich von China loszusagen, zu ermuntern und zu unterstützen.

Im Krieg gegen die Guomindang-Herrschaft wurden die Nachbarprovinzen Tibets friedlich befreit. Die lokalen Behörden Tibets aber lehnten Verhandlungen mit der neuen Zentralregierung ab und massierten Truppen im Osten der Region. Deshalb wurde das Gebiet Qamdo in Ost-Tibet 1950 von der Volksbefreiungsarmee eingenommen. Im Mai 1951 wurde ein Abkommen über die friedliche Befreiung Tibets zwischen der Zentralregierung und der Lokalregierung Tibets unterzeichnet. Dalai Lama und Panchen Lama nahmen 1954 am Ersten Nationalen Volkskongreß teil, auf dem die Verfassung der VR China angenommen wurde, die auch die Prinzipien der nationalen Gebietsautonomie festlegte.

Bis in die 50er Jahre bestand in Tibet finsterste Leibeigenschaft. 5 % der Bevölkerung bildeten die herrschende Schicht, darunter der weltliche und der geistliche Adel in den Klöstern, 90 % der Bevölkerung waren Leibeigene und 5% sogar Sklaven. Die Feudalherren widersetzten sich Refor-

men und verstärkten mit Unterstützung der CIA separatistische Bestrebungen. Im März 1959 inszenierten sie einen bewaffneten Aufruhr in Lhasa. Am 17. März wurde der Dalai Lama (der damals 23 Jahre alt war), begleitet von in den USA ausgebildeten Agenten, an die Grenze zu Indien verbracht, von wo aus die Aufrührer nach dem Scheitern des Putsches ins Nachbarland flohen. Seither propagiert der Dalai Lama überall in der Welt die „Unabhängigkeit Tibets“. Sinnigerweise ist das Europa-Parlament in Straßburg ein besonders empfängliches Forum dafür. Die VR China ist nach wie vor bereit, mit dem Dalai Lama in Kontakt zu treten, aber nicht um über eine „Unabhängigkeit Tibets“ zu diskutieren. Nach der Niederschlagung des Auftritts 1959 wurden demokratische Reformen in Tibet eingeleitet, die Leibeigenschaft beseitigt und eine Million Leibeigene und Sklaven befreit.

Auf der Grundlage der Verfassung von 1954 wurde im September 1965 das Autonome Gebiet Tibet offiziell gegründet. Tibet hat ein Territorium von 1,2 Millionen km², 2,6 Millionen Einwohner (davon 94 % Tibeter und 6 % Han). Tibetisch und Chinesisch sind gleichberechtigte Amtssprachen. Wirtschaft und Lebensstandard haben sich auch unter den extrem harten Naturbedingungen (durchschnittliche Höhenlage über 4 000 m, schwierige Verkehrsbedingungen und Energieversorgungsw.) deutlich entwickelt. Kultur, Bildung und Gesundheitswesen verzeichnen einen Aufschwung. Der rekonstruierte Potala-Palast ist steinerner Zeuge des Aufblühens der Region.

Der 50. Jahrestag der friedlichen Befreiung Tibets wurde 2001 festlich begangen. In einem Weißbuch der Regierung wurden die Fortschritte Tibets auf dem Wege der Modernisierung dargestellt. Das BIP erreichte im Jahre 2000 die Summe von 1,4 Md. US\$, das dreißigfache im Vergleich zu 1951. 86 % der schulpflichtigen Kinder besuchen heute die Schule, in Tibet arbeiten 25 wissenschaftliche Institute und 4 Universitäten. 80 % der Kader in Tibet gehören der Nationalität der Tibeter oder anderen nationalen Minderheiten an. Tibet verfügt über 21 000 km befestigte Straßen und eine mehr als 1 000 km lange Erdölleitung von Golmud nach Lhasa, mit der die Treibstoffversorgung gesichert wird. **Rolf Berthold**

FARC und PFLP auf EU-Terroristenliste ...

Haltet den Dieb

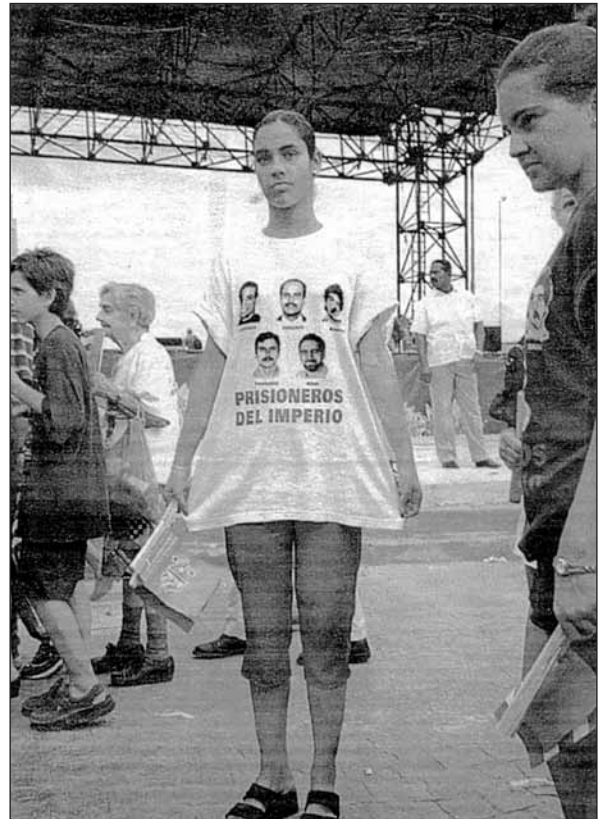
Nach Informationen der französischen Nachrichtenagentur AFP soll eine Mehrheit der EU-Außenminister – gegen den Widerstand Schwedens und Frankreichs – unlängst bei ihrer Tagung in Sevilla auf Drängen der bis Jahresende präsidierten spanischen Aznar-Regierung eine Reihe antiimperialistische Organisationen der Dritten Welt zu „terroristischen Vereinigungen“ erklärt und auf die entsprechende Liste gesetzt haben. Das würde einen weiten Spielraum für polizeistaatliche Maßnahmen gegen Aktive und Sympathisanten eröffnen – auch gegen Personen, die keinerlei Straftaten im Sinne der Gesetzgebung der EU-Länder begangen haben. Unter den als „Terroristen“ eingestuft werden sollen sich Lateinamerikas derzeit bedeutendste Guerilla-Bewegung – die große befreite Zonen ihres Landes seit Jahrzehnten verwaltenden Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC) – und die ebenfalls linksstehende Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) aus dem Verband der Kräfte des palästinensischen Widerstandes befinden.

Nach der bekannten Methode „Haltet den Dieb!“ werden jene als „Ter-

roristen“ bezeichnet, die auf Gewalt mit Gegengewalt antworten und für die nationale und soziale Befreiung ihrer Völker kämpfen. Die EU hat sich offenbar auf Drängen der USA dieser „Interpretation“ angeschlossen. Ein Grund mehr, die Solidarität mit allen zu verstärken, die gegen den Imperialismus stehen. R. F.

An der Seite der Helden

Die überwältigende Mehrheit der Kubaner, welche sich jetzt beim Verfassungs-Plebizit für die Fortsetzung des sozialistischen Weges entschieden hat, steht zu den fünf Helden der Republik, die mit dem Auftrag nach Miami entsandt worden waren, von den dortigen Emigrantenbanden geplante Terrorakte gegen Havanna zu erkunden. Zu diesem Zweck waren sie in die Strukturen der konterrevolutionären Organisationen eingedrungen. Die USA-Justiz hat die tapferen Söhne Kubas wegen Spionage zu drakonischen Strafen verurteilt. R. F.



Wie Werner Hoppe den 20. Juni 2002 in der Provinz Barcelona erlebte

Generalstreik in Spanien

Will man im Ausland, weitab von Touristenzentren und BRD-Zeitungen, etwas von dem erfahren, was „zu Hause“ geschieht, bleibt nur ein Kurzwellenempfänger und – weil die „Stimme der DDR“ leider schweigt – die „Deutsche Welle“. An diesem 20. Juni 2002 vermeldete die, daß Spanien einen Generalstreik erlebe, „der sich gegen die Anpassung des Arbeitsrechts an die EU-Gesetzgebung“ richte. Nun, daß es heute bereits EU-Recht gibt, welches den Kündigungsschutz beseitigt, das Arbeitslosengeld kürzt, den Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung radikal beschneidet und außerdem die Finanzierung öffentlicher Schulen minimiert – das ist wohl noch keine Realität im Europa der Monopole, auch wenn es angestrebt wird. Den Versuch der rechtskonservativen Regierung Aznar, sich auf solche Weise grundlegender Arbeiterrechte zu entledigen, beantworteten die beiden großen spanischen Gewerkschaften C.C. O.O. und UGT mit ihrer gemeinsam beschlossenen und durchgeführten landesweiten Kampfkation.

Der letzte Generalstreik in Spanien fand 1994 statt. Allerdings mußte ich unseren hiesigen Freunden gestehen, in Deutschland sei seit 1921 keiner mehr durchgeführt worden. Damals hatten die Arbeiter im Kampf gegen Kapp, Lüttwitz & Konsorten den Laden dicht gemacht ... Hier war

also mitzuerleben, wozu es seit 81 Jahren im „eigenen Land“, seit 1945 nur in seinem Westteil, mehr als genügend Gründe gegeben hätte: „Vaga general“ stand auf katalanisch an den meisten Fabrikmauern. Oder abgekürzt „vaga gral. 20/6“.

Am Tag des Streiks rollte kein einziger Zug durch meine Kleinstadt auf dem Land – weder in den Süden nach Barcelona noch nach Norden. Auf der großen Nationalstraße, die über Puigcerda durch die Pyrenäen nach Frankreich führt, tat sich auch sehr wenig: wo sonst zahllose LKW entlangdonnern, kam pro Stunde kaum einer. Und man sah weniger PKW als an einem Weihnachtstag, wenn sich das ganze Land ans Festessen setzt. Beeindruckend!

Auf der „Deutschen Welle“ äußerte sich inzwischen der Vorsitzende des Verbandes der BRD-Reiseunternehmen zur Frage nach den Auswirkungen für Touristen: Man müsse „sich das so vorstellen, daß weiteste Teile des öffentlichen Lebens völlig paralysiert sind“ – ...

Die kleinen und mittleren Fabriken der Umgebung, Baustellen und Transportunternehmen waren fast ausnahmslos stillgelegt. Der Rundfunk meldete, daß in Barcelona außer den Angestellten der Stadtverwaltung nun auch die Mitarbeiter der Museen und die Schauspieler der Theater streikten. Auf den Straßen demonstrierte dort eine

halbe Million Menschen, ähnlich war es in Madrid. Aus Sevilla wurde von 250 000 Kundgebungsteilnehmern berichtet. In anderen Landesteilen waren es Zehntausende. Angesichts dieser Lage konnte es keinen absurderen Kommentar als die Erklärung der spanischen Regierung geben. Der Generalstreik fände faktisch nicht statt, verkündete sie. Dieser Tag sei eine historische Niederlage der Sozialisten und der Gewerkschaften, log man die Tatsache hinweg, daß bei einer durchschnittlichen Streikbeteiligung von über 90 % selbst ein großer Teil der Wähler Aznars gegen Madrids Empfehlungen gehandelt hatte. Bei der Demonstration in Barcelona brachte ein Arbeiter die reaktionären Hirngespinnste auf den Punkt: „Vor dem Streik hat die Regierung gesagt, es gäbe dazu keinen Grund. Heute morgen hat sie erklärt, es gäbe keinen Streik. Jetzt behauptet sie, hier finde keine Demonstration statt. Na ja, da die Schauspieler auch streiken, müssen eben andere die Komödianten spielen.“

Der 20. Juni erteilte den Herrschenden in Spanien eine Lektion, die sie wohl nicht so bald vergessen werden. Am Abend sprach selbst die „Deutsche Welle“ von einer „offenen und machtvollen Kampfansage an die Regierung Aznar“.

Geschrieben am 21. 6. 2002
in der Provincia Barcelona

!Presente!

■ Viel Rühmenswertes gäbe es über den vor 100 Jahren, am 29. Juli 1902, geborenen Schriftsteller Ernst Glaeser nicht zu berichten – hätte er nicht 1931 gemeinsam mit F. C. Weiskopf ein uns auch heute noch faszinierendes Sowjetunionbuch herausgegeben, dessen Titel durchaus programmatisch verstanden werden wollte und verstanden wurde: „Der Staat ohne Arbeitslose. Drei Jahre ‚Fünfjahresplan‘“, ein „Buchfilm“ mit 265 Abbildungen und einem Nachwort von Alfred Kurella („Was ist und was will der Fünfjahresplan?“). In elf Kapiteln (Ein Sechstel der Erde / Der große Plan / Der Fünfjahresplan verwandelt das Gesicht der Landschaft / Öl / Kohle und Eisen / Es wird gebaut / Arbeiter / Bauern / Soldaten / Kinder / Der Osten erwacht) wird versucht, dem nichtrussischen Leser und Betrachter (die Bildunterschriften sind in Deutsch, Englisch und Französisch) das Phänomen Sowjetunion anschaulich darzustellen und verständlich zu machen.

In einer Buchbesprechung der „Internationalen Presse-Korrespondenz“ (Nr. 114, 1931) hieß es: „Es vergeht jetzt schon fast kein Tag ohne ein neues Buch über die Sowjetunion. Seitdem der Fünfjahrplan des sozialistischen Aufbaus aufgehört hat, ‚Phantasie‘ und ‚Wahnsinn‘ zu sein, seitdem die zahlreichen Arbeiterdelegationen, aber auch bürgerliche Reisende die Glaubwürdigkeit der Schauermärchen über das Sowjetland stark untergruben, seitdem schließlich die Wirklichkeit der unerhört raschen Entwicklung der Sowjetwirtschaft auf dem Weltmarkt fühlbar geworden ist, haben sich die Rußlandbücher sehr vermehrt. Es gibt ihrer vielerlei.“

Das von Glaeser und Weiskopf zusammengestellte Bilderbuch ist keine ‚objektive‘ Darstellung des sozialistischen Aufbaus, wie sie von bürgerlichen Wissenschaftlern angestrebt wird. Die Kommunisten dürfen es sich leisten, diese Darstellung mit so viel subjektiver Begeisterung zu gestalten, weil ihre Subjektivität der objektiven Wirklichkeit, der Treue zur Wahrheit, nicht den geringsten Abbruch tut.“

Alfred Kurella schreibt in seinem Nachwort: „Ein Volk schmiedet sein eigenes Glück.“ Und er schließt mit den Sätzen: „Bücher über die Sowjetunion lenken unsere Gedanken auf die Zukunft. Sie machen uns nachdenklich. Wenn die Bilder dieses Buches und die kurze Darstellung des großen Zusammenhangs der sozialistischen Planwirtschaft, in dem allein sie richtig zu verstehen sind, zu diesem Nachdenken anregen, so haben sie ihren Zweck erfüllt.“

■ Seinen 75. Geburtstag hätte am 8. August der russische Erzähler **Juri Pawlowitsch Kasakow** feiern können (er ist vor 20 Jahren, am 29. 11. 1982, gestorben). Der 1927 als Sohn eines Arbeiters in Moskau Geborene absolvierte 1951 eine Musikschule und 1958 das Gorki-Literaturinstitut. Als Erzähler konzentrierte er sich auf die Darstellung scheinbar alltäglicher Ereignisse und Vorgänge, hinter denen sich oft vielschichtige komplizierte Fragestellungen verbergen. Seine psychologisch differenzierte und eindringliche Analyse erfaßt die Menschen meist in Augenblicken, in denen sie sich einer heranreifenden Entscheidung bewußt werden, in Krisensituationen, die sie im Durchdenken und Überwinden zu neuer Einsicht und Verantwortung führen.

Deutschsprachigen Lesern ist Kasakow vor allem bekannt geworden durch die beiden Bücher „Larifari und andere Erzählungen“ (1966) und „Zwei im Dezember“ (1969), das Kinderbuch „Draußen steht ein Bär“ (Kleine Trompeterbücher, Bd. 112, 1975) sowie durch Beiträge in den Anthologien „Die Meergeborene“ (1963), „Musik auf dem Bahnhof“ (1964), „Nebenan wird gelacht“ (1970), „Eine einzige Nacht“ (1980) und „Ein wildes Herz“ (1981).

Seine Figuren werden oft in ihrem Verhältnis zur Natur dargestellt und gewertet, wobei sich Kasakow als bedeutender Landschaftsdichter vor allem Nordrußlands erweist. Dort findet er in Jägern und Fischern Prototypen seiner Helden, Charaktere und Situationen, in denen Tradition und Bejahung der Gegenart eine eigenwillige Verbindung eingehen. Die Kritik des Autors richtet sich gegen Egoismus und Konservatismus. Seine enge Bindung an die russische Heimat und Geschichte sowie sein bewußtes Anknüpfen an die klassische russische Literatur prägen viele seiner Erzählungen. Kasakows herbe lyrische Prosa ist zugleich schlicht und von großer Ausdruckskraft und steht in der Tradition Turgenjews, Bunins und Paustowskis.

■ Vor 50 Jahren, am 23. August 1952, fand in Dresden das **1. Pioniertreffen** statt. Treffen mit Arbeitern in Betrieben, Wanderungen durch das Elbsandsteingebirge, kulturelle Wettbewerbe und sportliche Wettkämpfe hatten die Teilnehmer begeistert.

Über ihre damaligen Eindrücke schrieb Gisela Wessely: „Jeder Mensch hat Erlebnisse, die er nicht vergißt. Aber nur bei wenigen kann man sich an alle Einzelheiten genau erinnern. Zu diesen seltenen, außergewöhnlichen Erlebnissen zählt für mich die Abschlusveranstaltung des 1. Pioniertreffens 1952 in Dresden. Damals war ich 13 Jahre alt, hatte die achte Klasse beendet und bereits vieles Schöne und Be-

eindruckende in meiner Pionierzeit erlebt. Ich gehörte zur Pionierdelegation, die von der ersten Lagerbelegung der Pionierrepublik ‚Wilhelm Pieck‘ am Werbellinsee nach Dresden delegiert wurde. Unsere Delegation bekam den Auftrag, Pioniere auszuwählen, die das rote Ehrenbanner von der Partei in Empfang nehmen sollten, und einen Pionier zu benennen, der das Gelöbnis sprechen sollte. Die Wahl des letzteren fiel auf mich. Allerdings erfuhr ich erst einige Stunden vor dem großen Ereignis davon.

Am Nachmittag des 23. August saß ich dann auf den Stufen der Brühlischen Terrasse und las zum ersten Mal das noch druckfrische Gelöbnis. Der Abend kam schnell heran. Ich war sehr aufgeregt, als ich sah, daß sich der Theaterplatz mit Tausenden von Pionieren füllte und auf der Tribüne viele bekannte Persönlichkeiten Platz nahmen. Dann trat Herrmann Matern an das Mikrofon. Er sagte: ‚Haltet das rote Ehrenbanner in Ehren, und hütet es wie euren Augapfel! Rot war das Tuch der vielen Fahnen, die die deutschen Arbeiter im Kampf vorantrugen, den sie unter der Leitung Ernst Thälmanns führten.‘ Dann verlieh er der Pionierorganisation den Namen ‚Ernst Thälmann‘ und überreichte das rote Ehrenbanner. Ich sah in das Gesicht Hermann Materns und wußte: Er ist so, wie ich mir einen Genossen, einen Arbeiterführer immer vorgestellt hatte. Er kämpfte zusammen mit Ernst Thälmann und sagte uns das, was uns Ernst Thälmann gern selbst gesagt hätte: Die Partei vertraut euch!

Plötzlich erinnerte ich mich an alles, was ich über Thälmann wußte, sah seine klugen vertrauenerweckenden Augen, sein optimistisches Lachen und seine Unbeugsamkeit im Kerker. Da spürte ich eine große Freude über die Namensverleihung, vergaß, daß ich viel zu klein war für das Mikrofon und auf einer Gemüsekiste stand. Ich sprach das Gelöbnis aus eigener innerer Begeisterung. Und mit mir alle anwesenden Pioniere. Ich versprach, daß wir uns stets des Namens Ernst Thälmanns würdig erweisen und vorbildlich leben und lernen würden, um aufrichtige Bürger unserer Republik zu werden. Dieses Versprechen hat seither mein Leben mitbestimmt, und ich weiß heute: Es war und ist ein gutes Versprechen, denn es verlangt, sich täglich den Aufgaben zu stellen, und ist ein Maßstab für das eigene Handeln.“

Video-Tip: „*Blaue Wimpel im Sommerwind*“, DEFA-Dokumentarfilm (1952) über das *Dresdener Pioniertreffen*. Regie: Herbert Ballmann, 52 Min., 15,30 €

R. Rehan schrieb: „*Wir haben hier einen Film, der mit wachen Augen für das Neue, mit heißen Herzen für unsere Kinder, mit leidenschaftlicher Liebe zu unserer jungen Republik gedreht wurde ...*“ (ND, 17. 12. 1952)

W. M.

Leserbriefe an RotFuchs

Als 82jährige – seit einem Jahr parteilose – Kommunistin, deren Sehvermögen stark eingeschränkt ist, habe ich über meine Kinder, die mir Artikel aus ihm vorlesen, den „RotFuchs“ kennen- und schätzen gelernt.

Ich konnte der Politik der PDS nicht länger zustimmen, weil es für mich heißt, all das aufzugeben, wofür mein Mann und ich 40 Jahre gekämpft und gelebt haben. Die DDR war das Beste, was wir erleben durften. Es ist gut zu wissen, daß Ihr diese Ideale bewahrt und verteidigt. Dafür eine kleine Spende von 20 Euro für das Fuchslein. Dank und Anerkennung seinen fleißigen Helfern.

Ruth Lewalder, Magdeburg

Neben einer kleinen Spende übersende ich Euch die Kopie eines Briefes, den ich am 27. 6. 2002 an den Präsidenten der USA gesandt habe. Vielleicht könnt Ihr daraus etwas zitieren: „In der Zeit vom 25. 4. bis 9. 5. 2002 habe ich an einer Touristenreise nach Kuba teilgenommen, organisiert durch ‚Cuba si‘, eine Arbeitsgruppe der PDS. Sie wurde nach den Konterrevolutionen in den sozialistischen Staaten und dem damit verbundenen Abbruch der Handelsbeziehungen bzw. deren Einschränkung gegenüber Kuba vor zehn Jahren in der früheren DDR gegründet. In dieser Zeit haben wir durch finanzielle und materielle Solidarität einen Beitrag für das Überleben des kubanischen Volkes und seines Staates geleistet, besonders auch im Rahmen der Aktion ‚Milch für Kubas Kinder‘. Ich persönlich fühle mich auch weiterhin solidarisch mit Kuba verbunden und werde ihm alle mir mögliche Unterstützung geben.“

Werter Herr Präsident, während meines Aufenthaltes in Kuba wurde mir täglich bewußt, welch schändliche Politik Ihr Land, Ihre Regierung gegen die stolzen, selbstbewußten und fleißigen kubanischen Menschen durchführt. Haben die Kubaner und ihr Staat bisher alle Widrigkeiten überstanden, werden sie nach der jetzigen Verfassungsänderung verstärkt für ihr sozialistisches System einstehen, dessen Unwiderruflichkeit sie mit großer Einmütigkeit beim Plebiszit bekräftigten.“ (...) Ansonsten Dank für die gute, qualifizierte Arbeit. Alle mir in diesem Jahr übersandten „RotFuchse“ sind z. Z. im Umlauf. Meine Partner fragen schon immer, ob ich den neuen „Fuchs“ schon habe.

Heinz Oehme, Chemnitz

Bei uns hat in Athen vom 21. bis 23. Juni 2002 ein Treffen stattgefunden, an dem sich über 60 kommunistische und Arbeiterparteien aus allen Kontinenten beteiligten. Das Thema der Konferenz lautete: „Die neue Situation nach dem 11. September 2001“. Bei den dreitägigen Beratungen wurde ein produktiver Meinungsaustausch über die internationale Lage geführt. Die Beteiligten verurteilten die Terroraktionen vom 11. September 2001, wandten sich aber gleichzeitig entschieden gegen die gefährliche Eskalation der Aggressivität der Vereinigten Staaten und der NATO sowie gegen die von ihnen ausgehenden Maßnahmen des staatlichen Terrorismus. Die Parteien stellten weiter fest, daß die Ereignisse vom 11. September als Alibi für die Auslösung eines bis jetzt noch nie dagewesenen Angriffs auf die Freiheiten und Rechte der Völker dienen, der unter dem Vorwand des Krieges gegen den Terror stattfindet. Die Imperialisten nennen jede Bewegung terroristisch, die sich gegen die kapitalistische Globalisierung und die volksfeindlichen Beschlüsse der Weltherrschaftsorgane wendet.

Sokrates Papadopoulos, Thessaloniki

In gebotener Kürze einige Gedanken zu den Ausführungen von Ingo Wagner und Hans-Dieter Krüger im RF 53/02, bei denen ich mich von unserem Anspruch, „Tribüne für Kommunisten und Sozialisten“ zu sein, sowie von der durch uns verfolgten Bündnisstrategie leiten lasse. Ich gehe zugleich von der grundsätzlich richtigen Auseinandersetzung mit eurokommunistischen Erscheinungen des Revisionismus aus, bin aber der Meinung, daß die Bemerkungen nicht genügend differenziert sind.

Nicht zufällig stellt Dehm – nebenbei bemerkt ein hervorragender Kenner der Geschichte und der Arbeiterbewegung des südeuropäischen Landes – die Problematik am Beispiel von Entwicklungen in Italien dar. Es sollte daran erinnert werden, daß für die PDS die schon 1990/91 zur Sozialdemokratie heimgekehrte Linkspartei Italiens (vorher IKP) seit ihrer Mutation nachgerade ein Musterbeispiel für die eigene Entwicklung ist. Wenn Dehm den Regierungskurs der Linksdemokraten verurteilt und sich am Beispiel der Partei der Kommunistischen Neugründung (PRC) orientiert, dann ist das an sich schon beachtenswert. Davon, und nicht nur von der derzeit falschen Prämisse einer „Wende von Salerno“ ausgehend, übt der PDS-Vize, manchmal zwischen den Zeilen plaziert und verklausuliert, an Positionen seiner eigenen Parteiführung in einer mir von anderen nicht bekannten Weise Kritik. Wer von der PDS-Spitze bekennt sich denn, wie von Dehm am Beispiel der PRC praktiziert, zu kommunistischen Erfahrungen der Gegenwart, übernimmt die Verurteilung des Sozialabbaus und der Verschleuderung des Staatsvermögens, der Teilnahme der Linksdemokraten am NATO-Überfall auf Jugoslawien? Warnend schreibt er (an wen wohl gerichtet?), das dürfte „zusätzlich Kredit der linken Basis verspielt und Berlusconi den Weg zurück zur Macht geebnet haben“.

Dehm plädiert für das sogenannte Regieren und Opponieren (für das es aus meiner Sicht derzeit keine Voraussetzungen gibt), aber was er dazu schreibt, halte ich in der Substanz für recht harte Kritik an Regierungsbeteiligungen der PDS auf Länderebene. Wie anders soll es denn verstanden werden, wenn der stellvertretende PDS-Vorsitzende im ND fordert, bei einer solchen Beteiligung müsse es darum gehen, „Einsicht in die Notwendigkeit des Klassenkampfes und nachhaltig widerstandsfähige Bewegungsformen zu befördern“. Was dann folgt, kann man doch wohl nur auf Gysi und seinen Vorreiter Holter gemünzt sehen: „Wird Regierungsbeteiligung in windstiller Gesellschaft nur zum Von-Oben-Nach-Unten-Legitimieren herrschender Sachzwänge, bei vorübergehend von der Bourgeoisie ausgeliehenen Privilegien, also ohne antimonopolistischen Durchblick bei der Basis zu mobilisieren, wird sie nicht nur zum Selbstzweck, sondern (...) zur entwurzelten Zierpflanze auf fremdem Terrain, die absterben muß.“

Dr. sc. Gerhard Feldbauer, Poppenhäuser

Es war gerade Togliattis Meisterwerk, auf Rechtsopportunisten nicht mit Linkssektierertum/Linksopportunisten geantwortet zu haben. Darum mein Anknüpfen an seine Strategie.

Erstens, weil er in Salerno eine Kröte zu schlucken empfahl, damit der gesellschaftliche Widerstand in Bewegung mehr Durchschlagskraft gewonnen hat. Nicht damit Integrationisten wie später Prodi/d'Alema u. v. a. Bewegungen von oben zähmen, lähmen, diskreditieren u. ä.

Zweitens, weil er die Volksfront-/Unidad Popular-/antimonopolistische Demokratie-Strategien – also die vermutlich lange Phase des Übergangs von Imperialismus zu Sozialismus – bereichert hat.

Ich empfehle H.-D. Krüger hier ein erneutes Studium (Otto Bauer, Togliatti, Boccara, Heininger-Hess, Abendroth usw.) Dann kämen solche

linksradikal-sektiererischen Sätze kaum mehr zustande wie: „An bürgerlicher Herrschaft teilzunehmen oder sie zu dulden hat sich bisher immer als Irrtum dafür erwiesen ...“ (Krüger) Hat sich nämlich nicht immer! Nur durch die „Einnahme von Ämtern und Posten“ (Togliatti wurde Minister) wurde erreicht, doch „antikommunistische Vorbehalte bei der bürgerlichen Politprominenz“ (den Monarchisten, den Liberalen, der Aktionspartei) „und ihren Anhängern“ (den nichtsozialistischen Partisanen mit grünen Halstüchern etc.) „abbauen zu können“. (Krüger, vorletzter Absatz)

Es geht nämlich in solchen gegnerischen Übermachtssituationen des Klassenkampfes nicht sofort gegen „bürgerliche Herrschaft“ in toto, sondern gegen die aktuell herrschende Fraktion des Kapitals, also um den Aufbau antimonopolistischer Bündnisse! Um dies zu erreichen, kann mit unterlegenen, nichtimperialistischen Teilen der Bourgeoisie auch zusammen regiert und gesellschaftlich mobilisiert werden. Darum ist auf das enge Zusammenspiel von Togliatti mit Dimitroff (und seinen historisch konkreten Faschismus-Begriff) immer wieder hinzuweisen.

Angesichts der Insolvenz-Welle und Überakkumulationskrise/Binnenkonjunkturkrise in Deutschland wäre etwas Stamokap-Theorie marxistisch realistischer als opportunistisch um linksradikalen Applaus zu buhlen. Es geht um einen nachhaltigen, historischen Schnitt von links in die Bourgeoisie. Dies hat allerdings mit der lähmenden „linken“ Regierungspraxis der letzten 10 Jahre in weiten Teilen Europas wenig zu tun. Auch dagegen sei Togliatti zitiert.

Es gilt, eine demokratisch revolutionäre Strategie zwischen Rechts- und Linksopportunisten zu entwickeln.

Dr. Diether Dehm, Eiterfeld

(...) Wie Ihr dem Gießener Echo entnehmen könnt, hatten wir hier wegen des von uns nachgedruckten RF-Artikels „Antisemit Scharon“ einige Diskussionen (und sogar zwei Abbestellungen). Dabei gibt es jedoch zwei vollkommen verschiedene Richtungen der Kritik. Die eine besteht aus jungen Antifaschisten, Info-Laden-Leuten u. ä., die sich daran stoßen, daß die Kritik an Scharon im „Nazi-Vokabular“ geäußert wird – das wollen sie, wegen der Einmaligkeit der NS-Verbrechen, nicht im Zusammenhang mit Israel gebraucht sehen. Dafür haben wir ein gewisses Verständnis, zumal auch sie teilweise die Methoden und die Politik Israels schon als „faschistoid“ einschätzen. Da sind wir auch in einer recht fruchtbaren solidarischen Diskussion.

Die andere Kritik kommt von Leuten, die – übrigens ziemlich plötzlich, man könnte sagen über Nacht – nach dem 11. September voll auf die Linie „Solidarität mit Israel“ übergeschwenkt sind und ihre Aufgabe nur noch darin sehen, jede Kritik mit einem Antisemitismus-Vorwurf niederzumachen – und das auf übelste Weise. (...) Mit diesen Leuten werden wir keine Diskussionen führen. Und ich denke, wir sind uns einig, welche Funktion das hat – und wessen Geschäft das ist.

Erika Beltz, Gießen

„Vorsicht, Friedman“. Was für ein treffender Titel für diese TV-Sendung mit dem Chefstreiter, Herrn Friedman, an der Spitze! Verfolgt man die Medien und die Sendung im Besonderen, stellen sich die Fragen: Wie ist das mit dem Wort VORSICHT gemeint? Muß man sich wirklich vor Herrn Friedman vorsehen – die Gesprächspartner mit ihren Äußerungen und die Zuschauer etwa in ihrem Denken oder vor irgendwelchen Folgen? Denn das Wort Vorsicht beinhaltet ja die Warnung vor irgendeiner Gefahr – welcher?

Als der Show-Streit zwischen den Herren Friedman, Möllemann, Spiegel, Westerwelle und all den anderen – mit dem außerordentlichen Öffentlichkeitseffekt – noch gar nicht ausgebrochen

war, hatten wir (mein Bekanntenkreis) längst aufgehört, uns diese Streitgespräche weiter anzusehen. Warum? Wegen Herrn Friedman, der Art und Weise, WIE er diese Gespräche „führte“ – da hatte, egal mit wem er stritt, immer nur einer recht – eben der Herr Friedman. Nicht daß an seiner Argumentation alles falsch gewesen wäre. Nein, sondern wie er den Leuten „übers Maul“ fuhr. (...)

Diese Zeilen haben überhaupt nichts mit Antisemitismus zu tun. Dafür habe ich in meinem Leben genug anständige Menschen jüdischer Herkunft kennengelernt. Egal, ob als Straßenkind beim Spielen mit jüdischen Kindern in den frühen 30er Jahren oder später, als ich jüdische Antifaschisten und Sozialisten kennenlernte, die sich in der DDR selbstlos für den Aufbau eines besseren Deutschland einsetzten.

Und die gegenseitige Morderei im Nahen Osten und anderswo hat ebenfalls nichts mit dem Glauben an irgendeine Religion zu tun. Es geht von jeher um Besitznahme bzw. Beseitigung territorialer und anderer Eigentümer. Wofür allerdings der Glaube, an welche Religion auch immer, stets herhalten mußte. Wer aber in Deutschland Wahrheiten sagt, dem ist stets „Vorsicht“ geboten – nicht nur vor Herrn Friedman. (...)

Klaus J. Hesse, Berlin

In Nr. 52 des „RotFuchs“ findet sich eine recht ausführliche Analyse der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt aus der Feder von Dr. Hans-Dieter Krüger. Seinen Darlegungen kann ich zwar fast ganz zustimmen, doch ist mir trotzdem bei der Lektüre nicht recht wohl. Ich habe den Eindruck – übrigens auch bei anderen Beiträgen im „RotFuchs“! -, daß für alle Gruppierungen usw. „links“ von der PDS diese allmählich zu einem unverzichtbaren Lieblingsfeind wird, dem man sich mehr widmet, als er eigentlich verdient hat. Das ist zwar bei dem Kurs der Führung dieser Partei verständlich, doch scheinen mir dadurch andere Probleme zu kurz zu kommen. So hätte ich im Beitrag von Dr. Krüger gerne seine Meinung zum Scheitern der Schill-Partei gelesen sowie zum Verschwinden von DVU und „Freiheitlichen“ aus dem Landtag. Ganz besonders aber fehlte mir ein Kommentar zu dem m. E. schlechten Ergebnis des Wahlbündnisses KPD/DKP und vor allem zu dem immerhin etwas besseren Abschneiden der MLPD. Überhaupt habe ich im „RotFuchs“ wenig über die KPD und noch viel weniger über die MLPD gelesen. Steht die MLPD, die im „RotFuchs“ Nr. 53, S. 15, als „politisch völlig anders gelagert“ bezeichnet wird, außerhalb der ja ohnehin nur schwachen Solidarität der Linken? Und wenn ja: gewollt oder ungewollt?

Dr. Hartmut Ross, Oranienbaum

Bemerkung der Redaktion:

Wenn die MLPD ihre feindselig-verteufelnde Einstellung gegenüber der DDR, in der es angeblich nie Sozialismus gegeben hat (den „echten Sozialismus“ bringt erst die von der MLPD kreierte Revolution), korrigieren und ihre seit Gründung geführten Attacken auf andere kommunistische Kräfte einstellen würde, wären wir gerne bereit, auch über diese Partei zu berichten und sie in unsere Solidarität einzubeziehen.

Im Vorfeld der Bundestagswahl haben die bürgerlichen Parteien wieder einmal die sogenannte Wertedebatte für sich entdeckt. Sie sind der Auffassung, daß die „Grundwerte der Gesellschaft“ von den Bürgern immer mehr in den Hintergrund gedrängt werden.

Was sind denn nun eigentlich die Grundwerte? In diesem Zusammenhang wird immer wieder das Schlagwort von der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ strapaziert. (...) Eigentlich müßte man von „freiheitlich-demokratischer Ordnung“ sprechen, das käme der Realität we-

sentlich näher. „Freiheit“ und „Demokratie“ sind doch keine imaginären Begriffe, die irgendwo neutral über uns allen schweben. Sie sind nach wie vor klassenkonform, wenn das auch von den heutigen Machthabern bestritten wird. Die Menschen bewerten diese Begriffe entsprechend ihrer sozialen Lage völlig unterschiedlich. Ein Kapitalist oder gutbetuchter Bürger wird doch Freiheit und Demokratie ganz anders beurteilen und erleben als ein einfacher Mensch, der seine Familie ernähren muß und täglich um seinen Arbeitsplatz bangt, oder gar ein Arbeits- bzw. Obdachloser. Von den Menschen in der „Dritten Welt“ ganz zu schweigen.

Oder ein anderes Beispiel. Wenn die derzeit Herrschenden einmal gezwungen sind, Fehler und Mängel (in Wahrheit: Unfähigkeit) des kapitalistischen Systems einzugestehen, dann kommt sofort das heute übliche negative „DDR-Schwänzchen“: aber im „Unrechtsstaat“ DDR usw. ... Sollte auch das noch nicht „überzeugt“ haben, gipfelt die Begründung sogar in der Feststellung, das sei eben der Preis der Freiheit, den man mit in Kauf nehmen müsse. Was sollen denn die Menschen im Namen der Freiheit noch alles ertragen? (...) Oder, um ganz aktuell zu bleiben, was hat es mit Freiheit und Demokratie zu tun, wenn sich ein größenwahnsinniger Präsident Bush anmaßt, seinen Geheimdiensten zu befehlen, den höchsten Repräsentanten eines anderen Staates über dessen Territorium umzubringen? Solche Verbrechen, nämlich die der USA, gehören eigentlich vor den Internationalen Strafgerichtshof. (...)

Gottfried Fleischhammer, Leipzig

Der Leitartikel im Juni-„RotFuchs“ war Spitze! Mitgegangen, mitgefangen, mitgehangen ... Das ist das Dilemma der PDS, die sich irgendwann (leider!) von selbst erledigen wird. Gruß den noch aufrichtigen, kämpfenden Sozialisten und Kommunisten in dieser Partei, die mit einer einmaligen Ausdauer als konsequente Verfechter der Ideen von Marx, Engels und Lenin dort weitermachen.

Was sich Herr Claus bei Bush „abkotzte“ – entschuldigt dieses Wort! -, ist ein Skandal! Früher dunkelrot, heute farblos. Ich kenne noch seine kämpferischen FDJ-Referate, als er 1. Sekretär in Halle war!!! Kein Wunder, daß es bei solchen Typen irgendwann mit der DDR bergab gehen mußte! Wie haben sie bis ‚89 den Sozialismus, die Partei und unsere DDR beschworen!? Das sind die deutschen Gorbatschows, denen wir unsere heutige Situation mit zu verdanken haben! Hauptsache ankommen, egal wie und unter welchen Umständen ...

Trotz alledem, die DKP-Gruppe Hoyerswerda/Lausitz wird sich, beginnend im zweiten Halbjahr ‚02, verstärkt um die marxistisch-leninistische Weiterbildung kümmern. Der „RotFuchs“ ist dabei ab sofort „Pflichtlektüre“, und auf jeder monatlichen Mitgliederversammlung wird über ein Thema des RF ausführlich diskutiert. Auch wenn dabei mal die Fetzen fliegen sollten! Klarheit im Kopf ist das Gebot der Stunde!

Rolf Weinhold, Vorsitzender der DKP-Gruppe Hoyerswerda/Lausitz

Nicht um Lob loszuwerden, melde ich mich zu Wort, sondern um mein Unverständnis über die maßlose politische Arroganz zum Ausdruck zu bringen, die im „RotFuchs“ gegenüber der PDS vorherrscht. Ausschlaggebend war der Artikel von K. Steiniger „Mitgegangen, Mitgefangen, Mitgehangen“. Er strotzt nur so von verbalen, bis unter die Gürtellinie gehenden Beleidigungen und Verleumdungen. Die PDS hat mehr als deutlich gemacht, wie sie zur Regierungspolitik des Herrn Bush steht. (...) Wenn K. Steiniger hier von der stumm verharrenden Fraktion spricht, die von „Vorturnern“ dazu verpflichtet wurde, ist

das einfach nur billige Propaganda, die nicht den Tatsachen entspricht. Roland Claus dann auch noch als den „widerwärtigsten“ unter den „Tempelwächtern“ und als „stromlinienförmigen Karrieristen“ zu bezeichnen, ist unerhört. (...)

Der „RotFuchs“ schreibt sich auf die Fahne, sachlich, aber auch kritisch die DDR-Geschichte darzustellen. (...) Doch scheint mir das wohl nicht so ernst zu sein, wie es sich anhört. Nicht erinnern kann ich mich, im „RotFuchs“ solch drastische Formulierungen über all jene Volkskammerabgeordneten gelesen zu haben, die angesichts der letztlich verheerenden Untätigkeit der DDR-Regierung schwiegen und sich in Speichelleckerei und monarchischer Unterwürfigkeit gegenüber dem Generalsekretär bis zur Unkenntlichkeit verbogen haben und was es sich anhört. Nicht erinnern kann ich mich, im „RotFuchs“ solch drastische Formulierungen über all jene Volkskammerabgeordneten gelesen zu haben, die angesichts der letztlich verheerenden Untätigkeit der DDR-Regierung schwiegen und sich in Speichelleckerei und monarchischer Unterwürfigkeit gegenüber dem Generalsekretär bis zur Unkenntlichkeit verbogen haben und damit eine große, ja nicht wiedergutzumachende Schuld auf sich luden. Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen. Mir geht, ehrlich gesagt, diese politische Klugscheißerei gegenüber der PDS völlig gegen den Strich. Die PDS besitzt (...) solch ein Vertrauen – auch und gerade in Gestalt eines Gregor Gysi -, daß Ihr Euch mit Euren Haßtiraden ins politische Abseits manövriert. (...) Ihr zu unterstellen, diese Menschen zu verraten, um der eigenen Karriere nachzueilen, ist unverschämte.

Liest man im „RotFuchs“ so, wie toll das alles in der DDR war und was die PDS im Gegensatz zur SED so alles falsch macht, frage ich mich, ob es in diesem verdammten Land überhaupt noch jemanden gibt, der aus der Geschichte endlich mal zu lernen anfängt. **Matthias Bublitz, Berlin**

Zuerst Dank für die fundierte Wissensvermittlung; der „RotFuchs“ ist – wie mein täglich Brot – unentbehrlich. Neben anderem freute mich die Haltung der bekannten DDR-Schriftstellerin Gisela Steineckert, die ich teile. Im Gegensatz zu ihr wuchs ich in einem kommunistischen Elternhaus, als Nachkriegskind und zu meinem größten Glück in der DDR auf, was das Hineinwachsen in die Bewegung ganz sicher um vieles leichter machte.

Beim Lesen der Aufzeichnung des Gesprächs entsann ich mich meiner Abschlußarbeit zur Vollendung eines dreijährigen Direktstudiums der Pädagogik – mit anschließend zwei Jahren Fernstudium – aus dem Jahr 1967 zum Thema: „Die DDR – mein Vaterland“. Die Schlußbemerkungen dieser umfangreichen Arbeit lauteten: „Die DDR bedeutet für mich den Sinn des Lebens, sie sichert mir das Wichtigste, was der Mensch braucht – den Frieden. Soziale Sicherheit, Entwicklungschancen, die nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen, geistige und kulturelle Nahrung, mein täglich Brot und – was nicht zu unterschätzen ist – menschliches Miteinander sind die Markenzeichen dieses, meines Landes. Ich bin froh, in einem solchen Land, das die Meinen mitaufgebaut haben, leben zu können. Die DDR ist und bleibt mein Vaterland!“ (...)

Ich mußte beim Lesen meiner damaligen Abschlußarbeit feststellen, daß jede Zeile, jedes Wort auch – oder gerade – heute volle Gültigkeit für mich besitzen. Im Jahr 2002 füge ich nur einen Satz hinzu: Die DDR ist mein Vaterland geblieben und sie war die größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterklasse!

Monika Kauf, Berlin

Am 28. Juli 2002 werde ich 81 Jahre alt. Der „RotFuchs“ ist mir eine große Hilfe, auch in diesem Alter noch fruchtbringende Aufklärungsarbeit unter unseren desorientierten Mitbürgern zu leisten. Jetzt, da wieder Tausende wie Schlachtvieh beseitigt werden, und kein sogenannter Menschenrechtler aus der früheren DDR auch nur eine Meinung dazu äußert, wird der „RotFuchs“ als wichtiger Aufklärer dringend gebraucht. Ich freue mich auf jeden RF, weil er uns alten Genossen zeigt, daß wir mit unserem Lebenswerk richtig ge-

handelt haben und jederzeit vor der Geschichte bestehen können. **Manfred Wulf, Glauchau**

Herzlichen Dank für die regelmäßige Übersendung des „RotFuchs“, der ständig besser geworden ist. In einer Zeit, in der die Menschen mit demagogischen Informationen verwirrt werden, ist Euer Blatt mit seinen wissenschaftlichen Analysen, nicht zuletzt auch mit den persönlichen Erinnerungen an die DDR, die unsere politische Heimat war, unentbehrlich.

Wir wünschen dem „RotFuchs“ eine weiter steigende Leserschaft. Wir haben heute erneut eine Spende von 30 Euro auf das angegebene Konto überwiesen. **Ilse und Gerhard Geisler, Berlin**

Durch Vermittlung eines Bekannten aus Leipzig erhielt ich kürzlich einige Freixemplare und nun die Juni-Nummer der Zeitschrift. Als langjähriger parteiloser Leser der UZ möchte ich gern auch den „RotFuchs“ regelmäßig beziehen. Ich überweise in den nächsten Tagen 30 Euro als Entgelt für 12 Monate und bitte hiermit um Zusendung bis vorerst 1. Mai 2003. (...) Ihre Zeitschrift gefällt mir sehr gut, ob die UZ im Niveau nachziehen kann? **Heinz-Dieter Leißner, Leipzig**

Wir haben heute eine bescheidene Spende (25 Euro) an den „RotFuchs“ überwiesen. Seit verganginem Jahr erhalten wir ihn von einem Freund. Nahezu alle Beiträge finden unsere Zustimmung und sind im wesentlichen mit unserer Auffassung identisch. Das schafft auch eine gewisse Gemeinsamkeit. Nach gründlichem Lesen geben wir die Ausgaben an Freunde und Bekannte weiter, die oft überrascht sind, daß es einen „RotFuchs“ gibt. Dank an die Redaktion. Wir würden uns gern der Reihe ständiger Bezieher anschließen. **Franz und Thea Hurt, Oschatz**

Ich erhalte den „RotFuchs“ bereits seit einigen Jahren, lese ihn auch gründlich, finde die Beiträge zumeist sehr gut und besonders scharf und habe mich nunmehr entschlossen, Mitglied des Fördervereins zu werden. Für das Jahr 2002 möchte ich als Ausgleich für meine „Verspätung“ noch im Juni den Jahresbeitrag in Höhe von 30 Euro auf das angegebene Sonderkonto überweisen. **Gerhard Plomann, Berlin**

(...) Die aus meiner Sicht aufgrund von Differenzen bestehende Zersplitterung des linken Spektrums in der BRD macht die Schaffung einer neuen und einheitlichen Linken – links von der PDS – erforderlich. Ich glaube, der „RotFuchs“ hat gute Voraussetzungen, zu diesem Prozeß beizutragen. **Hans-Georg Vogl, Zwickau**

Gerade sah ich in 3sat eine Dokumentation über den Kriegsverbrecher Kissinger. Nichts Neues, Chile, Schneider, Pinochet, Allende, Vietnam usw. Doch dies kann nicht oft genug in die Öffentlichkeit gelangen. (...)

Im letzten Jahr kam der „RotFuchs“ wiederholt erst 5 bis 7 Tage nach dem Poststempel an. Wurde ein die Verzögerung beanstandender Leserbrief veröffentlicht, traf der RF pünktlich einen Tag nach der Aufgabe ein. Das ging so einige Monate. Dann wieder „ne Woche später, erneuter Leserbrief, Abdruck und abermals pünktlich. Die gutbezahlten Jungs unseres Innenministers arbeiten so verdammt schlecht und denken noch, keiner merkt's.

So wie's aussieht, hat es sich am 22. 9. mit der billigen, schlechten Vierjahresshow von Schröder, Fischer, dem Innenminister und allen anderen Marionetten erledigt. Aber es darf nicht so weit kommen, daß der Bayer mit Alt- und Neonazis im Kabinett unser nächster Kanzler wird. Stoiber als Kanzler ist das sichere Abgleiten in den braunen Sumpf.

Sozialismus, Kommunismus ... was sonst?

Meinen Aufnahmeantrag für den „RotFuchs“-Förderverein e. V. habe ich ausgefüllt und beigelegt. **Heinz Denné, Berlin**

Jürgen Möllemann, FDP, ist bei den Regierungen und ihrer „Opposition“ bestimmt nicht wegen seiner reaktionären Gesamthaltung in Ungnade gefallen. Ihm widerfuhr das nur, weil er Israel und Scharon scharf kritisierte.

Da das Israel Scharons der imperialistische Vorposten im Nahen Osten ist, wird jede Kritik an seiner Gewaltpolitik gegenüber den Palästinensern als antisemitisch ausgelegt. Dazu schreibt Peter Tichauer im ND vom 11. 6. 02 sehr treffend: „Wer heute die Politik Israels berechtigt kritisiert, gilt als Antisemit; wer sich mit den USA-Kriegs-

treibern kritisch auseinandersetzt, ist antiamerikanisch, wenn nicht gar antidemokratisch. Ist kritische Betrachtung der uns umgebenden Welt inzwischen gar nicht mehr möglich?“

Genauso sieht die bürgerliche Demokratie (die ja ohnehin nur eine Scheindemokratie ist) aus: Wenn ein bekannter Politiker aus dem eigenen Lager (zufällig oder aus was für Gründen auch immer) die Dinge beim Namen nennt, wird er sofort verteufelt und niedergemacht. In diesem Fall ist der Vorwurf des Antisemitismus das geeignetste Mittel. Die unsinnige Unterstellung, ein Antizionist sei ein Antisemit, ist Teil von Bemühungen, jede Kritik an Scharon und seinen Hintermännern in den USA zu ersticken.

Joachim Kaschig, Berlin-Reinickendorf

Als die Missionare erstmals nach Afrika kamen, hatten sie die Bibel und wir das Land. Sie sagten: Lasset uns beten! Wir schlossen die Augen. Als wir sie wieder öffneten, hatten wir die Bibel, und sie hatten das Land.

Desmond Mpilo Tutu



Grafik: Arno Fleischer

Am 16. August 2002 begeht unser Vereinsmitglied, Leser und Freund

Klaus M., Berlin

seinen 60. Geburtstag. Der studierte Pädagoge hat sich in verschiedenen staatlichen Funktionen für die DDR sehr engagiert und steht auch heute treu zur Sache.

Herzlichen Glückwunsch!

Letzte Nachricht

Botschafter a. D. **Rolf Berthold**, der die DDR in China diplomatisch vertrat, sprach am 1. Juli 2002 auf einer Veranstaltung der Leipziger Regionalgruppe des RF-Fördervereins und des Marxistischen Forums Sachsen vor mehr als 70 Interessierten über Entwicklungen in der Volksrepublik.

Noch einmal laden wir alle Freunde und Genossen zu der Veranstaltung mit Spanienkämpfer und Nahost-Spezialist Fritz Teppich am **26. Juli 2002 um 15.30 Uhr** in die Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstraße 205-207, herzlich ein.

Genosse Fritz Teppich

spricht über das
brennend aktuelle Thema

„Wie steht die Linke zu Israel und den Palästinensern?“

Wir kündigen schon jetzt
eine Zusammenkunft mit dem
legendären



Kundschafter
des Friedens
Genossen
Rainer Rupp
an.

Er spricht am 6. September 2002
um 18.00 Uhr im Blauen Salon
des alten ND-Gebäudes
am Franz-Mehring-Platz auf einer
Veranstaltung der Regionalgruppe
Berlin zu dem Thema

„Worauf zielt Bushs „Antiterror“-Strategie?“



Der traurigen Kulisse vom Klassenfeind belächelter Angekommener und Anpasser Paroli bietend, nehmen wir den 13. August zum Anlaß, um allen, die den sozialistischen deutschen Staat mit der Waffe geschützt haben, unseren solidarischen Gruß zu entbieten.

I M P R E S S U M

Gegründet im Februar 1998
als Zeitung der Gruppe Berlin-Nordost
der Deutschen Kommunistischen Partei

Herausgeber:

RotFuchs-Förderverein e. V.

Chefredakteur: Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)
Teterower Ring 37, 12619 Berlin,
Tel. 030/561 34 04, Fax 030/56 49 39 65
(Redaktionsadresse, an die bitte auch alle
Post zu richten ist)

Layout: Egon Schansker

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

E-Mail-Adresse: rotfuchs.berlin@t-online.de

Redaktionsschluß ist der 5. eines Monats

Autorenkreis:

Dr. Martin Baraki
Rolf Berthold
Isolda Bohler (Valencia)
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Dr. sc. Gerhard Feldbauer
Walter Florath
Peter Franz
Dr. sc. Kurt Gossweiler
Dr. Ernst Heinz
Hans-Dieter Hesse
Werner Hoppe

Prof. Dr. Ulrich Huar
Dieter Itzerott
Gerda Klabuhn
Prof. Dr. Eike Kopf (Peking)
Dr. Hans-Dieter Krüger
Wolfgang Metzger
Dr. Annemarie Mühlefeldt
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Dr. Norbert Pauligk
Rainer Rupp
Dr. Hartwig Strohschein
Fritz Teppich
Herbert Thomas

Dr.-Ing. Peter Tichauer
Stefan Warynski, (Warschau)

Künstlerische Mitarbeit:

Arno Fleischer
Heinz Herresbach
SHAHAR

Versand und Vertrieb:

Armin Neumann
Salvador-Allende-Straße 35
12559 Berlin
Telefon 030/654 56 34
arminneumann@web.de
Marianne Ahrens
Sonja Brendel, Bruni Büdler
Monika Kauf, Bernd Koletzki

Konto für Spenden und Beiträge: W. Metzger / RotFuchs
Berliner Sparkasse (BLZ 100 500 00), Konto-Nr. 220 160 759

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.